



Resoconto integrale

della seduta n. 132 del 26 giugno 2007

Wortprotokoll

der 132. Sitzung vom 26. Juni 2007

XIII. Legislatura
XIII. Legislatur
2004 - 2008



**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO
SÜDTIROLER LANDTAG**

SEDUTA 132. SITZUNG

26.6.2007

INDICE

Interrogazioni su temi di attualità.
. pag. 3

Mozione n. 371/06 del 23.5.2006, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante l'edilizia abitativa – necessari cambiamenti – sussidio casa. pag. 34

Mozione n. 381/06 del 5.7.2006, presentata dal consigliere Seppi, riguardante derogare dalla norma della proporzionale nella sanità provinciale. pag. 43

Mozione n. 391/06 del 13.7.2006, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Kury, riguardante rilevamento sanitario sistematico lungo l'asse del Brennero. pag. 54

Mozione n. 394/06 del 14.7.2007, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante Borse di studio – redditi. pag. 62

Mozione n. 395/06 del 14.7.2006, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante la reintroduzione del trasporto gratuito per i gemelli. .

INHALTSVERZEICHNIS

Aktuelle Fragestunde.
. Seite 3

Beschlussantrag Nr. 371/06 vom 23.5.2006, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Wohnbau – Änderungen sind notwendig – Wohngeld. Seite 34

Beschlussantrag Nr. 381/06 vom 5.7.2006, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend "Im Südtiroler Gesundheitswesen soll vom Proporz abgesehen werden". Seite 43

Beschlussantrag Nr. 391/06 vom 13.7.2006, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Dello Sbarba und Kury, betreffend Gesundheits-Monitoring entlang der Brennerroute. Seite 54

Beschlussantrag Nr. 394/06 vom 14.7.2006, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Stipendien – Einkommen. Seite 62

Beschlussantrag Nr. 395/06 vom 14.7.2006, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend "Freie Beförderung für Zwi-

.....pag. 67

Mozione n. 396/06 del 14.7.2006, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante Isarco – classificazione come monumento naturale. pag. 70

Mozione n. 397/06 del 24.7.2006, presentata dal consigliere Pöder, riguardante banca dati delle abitazioni. pag. 76

Mozione n. 400/06 del 8.8.2006, presentata dai consiglieri Kury e Heiss, riguardante l’Alpe di Villandro – designazione quale sito Natura 2000”. pag. 79

Mozione n. 401/06 del 10.8.2006, presentata dai consiglieri Kury e Heiss, riguardante LEROP – piano di settore “Linee guida natura e paesaggio in Alto Adige”. pag. 85

Mozione n. 406/06 del 15.9.2006, presentata dalla consigliera Klotz, riguardante il rinnovo della patente di guida – difficoltà. pag. 89

Mozione n. 413/06 del 12.10.2006, presentata dai consiglieri Urzi, Minniti e Sigismondi, riguardante monitoraggio sulla qualità della lingua italiana in Alto Adige. Seite 92

linge wieder einführen”. Seite 67

Beschlussantrag Nr. 396/06 vom 14.7.2006, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Eisack – Ausweisung als Naturdenkmal. pag. 70

Beschlussantrag Nr. 397/06 vom 24.7.2006, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Datenbank für Wohngebäude. Seite 76

Beschlussantrag Nr. 400/06 vom 8.8.2006, eingebracht von den Abgeordneten Kury und Heiss, betreffend Villanderer Alm – Nachnominierung als Natura-2000-Schutzgebiet. Seite 79

Beschlussantrag Nr. 401/06 vom 10.8.2006, eingebracht von den Abgeordneten Kury und Heiss, betreffend LEROP-Fachplan “Landschaftsleitbild Südtirol” – Umsetzung Maßnahmenkatalog”. 85

Beschlussantrag Nr. 406/06 vom 15.9.2006, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend die Erneuerung des Führerscheins – Belastungen. Seite 89

Beschlussantrag Nr. 413/06 vom 12.10.2006, eingebracht von den Abgeordneten Urzi, Minniti und Sigismondi, betreffend Überwachung der Qualität der italienischen Sprache in Südtirol. Seite 92

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.05 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

LADURNER (Sekretärin - SVP): *(Legge il processo verbale – verliest das Sitzungsprotokoll)*

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Le comunicazioni della Presidenza, come da accordi presi con i capigruppo, vengono date per lette e vengono allegate al verbale.

Per la seduta odierna si sono giustificati i consiglieri Minniti (pom.), Pahl e Pardeller (pom.), gli assessori Berger e Frick e il Presidente della Provincia Durnwalder.

Punto 1) dell'ordine del giorno: **“Interrogazioni su temi di attualità”**.

Punkt 1 der Tagesordnung: **“Aktuelle Fragestunde”**.

L'interrogazione n. 1/07/07 non può essere trattata, perché il Presidente della Provincia è assente giustificato dalla seduta odierna. Pertanto a questa interrogazione, così come a tutte le altre interrogazioni a lui rivolte verrà fornita risposta scritta.

Passiamo all'**interrogazione n. 2/07/07** del 7.6.2007, presentata dai consiglieri Kury, Dello Sbarba e Heiss, riguardante “cambio di destinazione illegale successivamente sanato dalla Giunta provinciale: un precedente che rende superflue le norme di legge”. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Im Frühjahr 2006 wurde, wie aus der Presse zu entnehmen war, eine Fläche von 3.000 m² Schilfmoor in der Bannzone beim Biotop Melsbach-Au in Plaus ohne jegliche Genehmigung von Herrn Markus Eisendle in einer Nacht und Neben-Aktion gerodet und ausgebaggert, um einer Unterschutzstellung als Biotop zuvorzukommen.

Diese illegalen Arbeiten wurden darauf vom Bürgermeister der Gemeinde Plaus und vom Amt für Landschaftsschutz eingestellt und der Staatsanwaltschaft gemeldet.

Die 1. Landschaftsschutzkommission hat mit dem neuen Landschaftsplan der Gemeinde Plaus am 26.7.2006 auch die entsprechende Fläche ins Biotop eingliedert. Die Landesregierung hat jedoch mit Beschluss Nr. 1266 vom 16.4.2007 diese illegal gerodete Fläche aus dem Biotop ausgegliedert und somit zur Umwandlung in eine Apfelplantage freigegeben.

Fragen:

- Mit welcher Begründung wurde die bestätigte Schutzwürdigkeit der genannten Fläche abgelehnt?
- Ist die Landesregierung nicht der Meinung, dass diese nachträgliche Sanierung von illegalen Eingriffen in ein Schutzgebiet eine indirekte Aufforderung zur Übertretung von Gesetzen darstellt?

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

ROSA THALER ZELGER

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

PRÄSIDENTIN: Herr Landesrat Laimer, bitte.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie – SVP): Im April 2006 wurde in einer bestehenden Schilffläche angrenzend an das Biotop Melsbach-Au ohne Landschaftsschutzermächtigung in der Bannzone auf einer Länge von 144 Metern sowie einer Breite von 8,5 Metern Torf- und Erdmaterial ausgehoben. Zum Zeitpunkt der Tat war die betroffene Fläche im Landschaftsplan bzw. im Bauleitplan als Waldgebiet ausgewiesen. Die illegalen Arbeiten sind von der Gemeinde daraufhin eingestellt worden. In der Wiederherstellungsverfügung der Abteilung Natur und Landschaft vom 15. Juni des letzten Jahres wurde angeordnet, dass die durch den Aushub im Schilfmoor entstandene Wasserfläche belassen werden kann, da eine Wiederaufschüttung den landschaftsökologischen Schaden nur noch vergrößern würde. Mit Beschluss der Landschaftsschutzkommission wurde beschlossen, das Biotop Melsbach-Au zu erweitern und die gesamte Feuchtfläche einzugliedern. Die Landesregierung hat bei der Beschlussfassung zum Landschaftsplan der Gemeinde Plaus den Vorschlag der Gemeinde Plaus übernommen.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich habe es jetzt nicht ganz verstanden. Es war ja so, dass der Bürgermeister der Gemeinde

Plaus die illegalen Arbeiten einstellen ließ. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Gemeinde Plaus bei der Landesregierung beantragt, die illegalen Arbeiten anschließend zu sanieren. Auch wenn dem so sein sollte, scheint es mir ein Widerspruch zu sein, wenn man zuerst eine Arbeit einstellen lässt, die Staatsanwaltschaft darüber informiert und anschließend sagt, dass es trotzdem gut geht. Wie dem auch sei und was immer die Gemeinde getan hat, ist es nicht nachzuvollziehen, dass die Landesregierung illegale Arbeiten, die Sie hier selber, Herr Landesrat, bestätigt haben, nämlich diesen Aushub von Erdmaterial saniert und damit verhindert, dass diese Fläche ins Biotop eingegliedert wird, wie es ursprünglich vorgesehen war. Warum ist das nicht einzusehen? Es ist nicht einzusehen, weil die Landesregierung vorher der Meinung gewesen ist, dass diese Fläche schutzwürdig sei und deshalb vorgeschlagen hat, dass man sie in ein Biotop aufnimmt. Wie kann man dann anschließend sagen, dass genau diese Gegend nicht mehr wertvoll ist und dass man auf die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes verzichtet?

Im Übrigen würde mich noch interessieren, wie viel an Verwaltungsstrafe und an wen diese Strafe bezahlt wurde. Diesbezüglich möchte ich den Landesrat ersuchen, mir das doch noch mitzuteilen. Ansonsten muss ich eine Anfrage einbringen, damit zumindest nachgewiesen ist, dass die Strafe bezahlt wurde, woran ich eigentlich auch zweifle. Wenn das einreißt, dass ich illegale Arbeiten durchführen kann, diese illegalen Arbeiten dazu führen, dass mein Grund nicht in ein Biotop eingegliedert wird und ich damit rechnen kann, dass mir die Landesregierung danach freundlichst auf die Schulter klopft und sagt, das ist schon recht so, dann ist das einfach ein schlechtes Zeichen und ein indirekter Appell Landesgesetze zu missachten, und davor möchte ich warnen.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 3/07/07** vom 7.6.2007, eingebracht vom Abgeordneten Lamprecht, betreffend die Neuvergabe von E-Werk-Großwasserkonzessionen. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

LAMPRECHT (SVP): Vorausgeschickt, dass für 17 Großkraftwerke im Jahre 2010 die Konzessionen erschöpft sein werden und innerhalb 2005 die Anträge auf Neuvergabe samt Umweltplänen eingereicht wurden und nun das Verfahren um Bewertung der eingereichten Projekte durchgeführt werden, ergehen an den zuständigen Landesrat folgende Fragen:

1. Wie sehen die Prozedur und die gesetzlich vorgesehenen Fristen und Schritte bei der Neuvergabe von E – Werk – Großwasserkonzessionen aus?
2. Werden konkurrierende Gesuche um Wassernutzung berücksichtigt?
3. Welche Fristen sind dafür vorgesehen?

4. Nach welchen Kriterien bzw. in welcher Prioritätenreihenfolge (Trinkwasser, Bewässerung, E-Werk usw.) werden konkurrierende Gesuche bewertet?
5. Welcher Verteilungsschlüssel wird bei der Neuvergabe von E – Werk - Konzessionen angewandt, wenn für Bewässerungszwecke Wasserbedarf besteht oder angemeldet wird?
6. Bis wann ist mit dem Abschluss des Verfahrens der Neuvergabe zu rechnen?

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie – SVP): Es stimmt, dass die Neuvergabe der Konzessionen anstehen. Es trifft nämlich 15 Kraftwerke der ENEL und 2 Kraftwerke der Etschwerke. Allesamt verfallen am 31. Dezember 2010. Dazu kommt noch ein Kraftwerk der EDISON, deren Konzession im März 2011 verfällt.

Laut Durchführungsbestimmung müssen die Projekte fünf Jahre vor Terminverfall eingereicht werden - das war der 31. Dezember 2005 bzw. März 2006 - was bereits erfolgt ist. Bei all diesen Kraftwerken haben sich zwischen 4 und 5 Bewerber beworben. Insgesamt sind es also 74 Projekte, die eingereicht worden sind. Konkurrierende Gesuche im Sinne einer anderen Nutzung sind keine eingereicht worden. Es sind nur Projekte für die Nutzung des Wassers als Kraftwerk für die Stromproduktion eingereicht worden. Die Fristen sind demgemäß bereits abgelaufen. Es können also keine konkurrierenden Projekte weder für E-Werke noch für andere Nutzungen eingereicht werden. Die Bewertung dieser eingereichten Projekte erfolgt durch eine Begutachtung von Seiten von drei verschiedenen Stellen, einmal von Seiten der betroffenen Ufergemeinden, zweitens von Seiten der Etscheinzugsbehörde und, drittens, von Seiten des UVP-Beirates. Alle diese drei angeschriebenen Stellen müssen zu jedem eingereichten Projekt ein begründetes Gutachten abgeben, wobei für die Bewertung die staatlichen Kriterien angewandt werden, wie sie in der "conferenza unificata" im Jahre 2001 festgelegt worden sind. Diese sind zwar relativ weitläufig, geben aber auch einen Spielraum für diese Bewertung.

Die Termine, die hier gesetzt worden sind, sind 60 Tage für die Gemeinden. Die Gemeinden haben laut Transparenzgesetz fast zur Gänze um Verlängerung des Termins angesucht. Diese Verlängerung ist für weitere 60 Tage gewährt worden. Die Etscheinzugsbehörde hat 90 Tage Zeit für die Begutachtung, in vier Wochen läuft also dieser Termin ab. Der UVP-Beirat entscheidet gemäß UVP-Gesetz, wobei diesbezüglich eigentlich kein genauer Termin angegeben ist. Er wird aber in den nächsten Wochen und Monaten die Begutachtung vornehmen.

Bei der Nutzung von Wasser gibt es eine Prioritätenliste, die bereits im Landesgesetz festgeschrieben ist und auch im Gewässernutzungsplan festgeschrieben

wird. An erster Stelle steht unbestritten natürlich das Trinkwasser, an zweiter Stelle ganz klar die Landwirtschaft und nachgereiht andere Nutzungen für E-Werke, für Industrie usw.

Mit dem Gewässernutzungsplan wird bezüglich der Restwassermengen eine neue Regelung, eine neue Gewichtung festgeschrieben, die zu Lasten der E-Wirtschaft und zu Gunsten der Landwirtschaft geht, und zwar in der Form, dass die derzeitige Regelung für Restwasser, die 2 Sekundenliter pro Quadratkilometer Einzugsgebiet vorsieht, für E-Werke natürlich aufrecht bleibt. Hinzu kommt der sogenannte variable Teil, der der Wassermenge im Jahreslauf, nämlich im Sommer mehr und im Winter weniger, entspricht. Dazu kommen noch 0,5 Sekundenliter pro Quadratkilometer als weitere Auflage. Diese 0,5 Sekundenliter pro Quadratkilometer, die bei großen Kraftwerken eine sehr große Wassermenge darstellen, sind für die Landwirtschaft reserviert. Sie werden den E-Werken für die Nutzung zur Verfügung gestellt. Sofern aber ein begründeter Antrag aus der Landwirtschaft eingereicht wird, wird diese Wassermenge in Konzessionsform der Landwirtschaft zugeschrieben, ohne dass dafür die E-Werke eine Entschädigung erhalten können.

Damit, Abgeordneter Lamprecht, gibt es auch nicht mehr das Problem von Terminen, die man nicht wahrgenommen hat usw., sondern diese Gesuche können heute, morgen, im nächsten Jahr, in zehn Jahren eingereicht werden und dienen sozusagen für die Nutzung in der Landwirtschaft. Darüber hinaus, wenn es zu Trockenperioden in der Landwirtschaft kommt, kann mit Dekret des Landeshauptmannes vorübergehend auch noch der variable Teil für die Landwirtschaft zweckgebunden werden, sodass hier in doppelter Hinsicht für die Belange der Landwirtschaft eine Verschiebung erfolgt. Die Neuvergabe soll noch in diesem Jahr erfolgen.

LAMPRECHT (SVP): Herr Landesrat, danke für die Antwort. Ich begrüße die Absicht, dass in Zukunft zu Lasten der zukünftigen E-Werkebetreiber eine Reserve für die Landwirtschaft vorgesehen wird. Ich glaube, es ist ein wichtiger Schritt, dass man für den zukünftigen Wasserbedarf gerade angesichts der derzeitigen Situation, dass nämlich Quellen versiegen, der Wasserbedarf steigen und die Beregnungsfläche zunehmen werden, im Wassernutzungsplan eine Reserve vorsieht. Ich glaube, das Wasser bedeutet Leben. Es ist vor allem die Existenzgrundlage und deshalb ist es wichtig, dass die Landwirtschaft in Zukunft eine bestimmte Priorität erhält, dass nicht nur E-Werke aufgrund der größeren Wertschöpfung zum Zuge kommen, sondern dass auch eine Reserve für die Landwirtschaft eingebaut wird. Danke schön.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 4/07/07** vom 7.6.2007, eingebracht vom Abgeordneten Lamprecht, betreffend E-Werk-Großwasserkonzessionen – Umweltpläne. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

LAMPRECHT (SVP): Bei der Neuvergabe von E-Werk- Großwasserkonzessionen ist die Erstellung von Umweltplänen vorgesehen.

An den zuständigen Landesrat ergehen deshalb folgende Fragen

- Welche Begutachtungsfristen werden vorgesehen?
- Können die Termine verlängert werden?
- Wie lange können die Fristen für die Begutachtung noch verlängert werden?
- Welche Behörden geben ein Gutachten ab?
- Nach welchen Kriterien werden die Umweltpläne bewertet?

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie – SVP): Ich wiederhole es ganz kurz. Die Termine betragen für die Gemeinden 60 Tage, welche laut Transparenzgesetz verlängerbar sind, was bereits erfolgt ist. Die Begutachtungsfrist für die "autorità di bacino" beträgt 90 Tage, und diese Frist verfällt in 3 bis 4 Wochen. Es sind der Beirat, die Entscheidungsbehörde und die Gemeinden, welche die Gutachten abgeben. Die Kriterien sind die vereinheitlichten Kriterien, die die Staat- und Regionenkonferenz im Jahre 2001 verabschiedet hat. Sie geben einen großen Spielraum für die Bewertung, reichen vom Flusslauf selbst über das Landschaftsbild, über ökologische Ausgleichsmaßnahmen bis hin zu technischen Ausgleichsmaßnahmen im Sinne von Verkabelungen usw. Es erfolgt also eine Gesamtbewertung des ökologischen Wasserhaushaltes, der durch das E-Werk entsteht. Es wird bewertet, welcher Projektwerber diese Gesamtkonzeption in der besten Form - Landwirtschaft, Trinkwasser, miteingeschlossenen Fischtreppe - gewährleisten kann. Hier soll also das Gesamtpaket bewertet werden. Unter diesen Gesichtspunkten werden die eingereichten Projekte von den einzelnen angeschriebenen Stellen auch begutachtet und bewertet werden.

LAMPRECHT (SVP): Danke schön für diese weitere Präzisierung. Ich wäre dem Landesrat dankbar, wenn er mir die schriftlichen Unterlagen aushändigen würde.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 8/07/07** vom 11.6.2007, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend das Fernheizwerk Ahrntal. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

PÖDER (UFS): Die Entscheidung der Landesregierung gegen den Standort „Posterfeld“ für das Fernheizwerk im Ahrntal hat dazu geführt, dass das Projekt grundsätzlich in Frage gestellt ist.

Die Kosten für einen Alternativstandort würden die Gesamtkosten dermaßen erhöhen, dass die späteren Abnehmer um über 20 Prozent höhere Preise in Kauf nehmen müssten.

Planung, Verpflichtungserklärungen für Bankkredite und dergleichen wurden aufgrund der Zusicherung des Landeshauptmannes für den Standort „Posterfeld“ in Angriff genommen bzw. abgegeben.

Der Gemeinderat der Gemeinde Ahrntal hat am 07. Juni 2007 mit Zweidrittelmehrheit einen Antrag an die Landesregierung gestellt, den Weg für die Errichtung am Standort „Posterfeld“ erneut frei zu machen.

- Warum wurde die ursprüngliche Zusage für das „Posterfeld“ nicht eingehalten bzw. warum hat sich die Landesregierung gegen diesen Standort entschieden?
- Wird die Landesregierung diese Entscheidung im Lichte der neuen Argumente – vor allem hinsichtlich des Kostenfaktors überdenken und sich doch für den ursprünglichen Standort aussprechen?

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie – SVP): Das geplante Fernheizwerk im Ahrntal ist ein Kapitel für sich. Mit dem Bau eines Fernheizwerkes beginnt man normalerweise erst dann, wenn der Standort für eine solche Anlage geklärt ist, was in diesem Fall nicht der Fall war. Im Ahrntal scheint es nicht leicht zu sein, einen geeigneten Standort ausfindig zu machen. Die Gemeinde hatte einen ursprünglichen Standort vorgeschlagen, der dann auch von der Landesregierung genehmigt worden ist. Dieser ist dann in einem zweiten Moment von der Gemeinde wieder annulliert worden. Zugleich hat man einen neuen Standort, nämlich den Standort "Posterfeld" vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist zwar in der Raumordnungskommission bei Stimmengleichheit mit der ausschlaggebenden Stimme des Vorsitzenden genehmigt worden, er hat aber in der Landesregierung keine Mehrheit gefunden.

Ich hatte mich zwar für diesen neuen Standort ausgesprochen, auch wenn er aus der Sicht des Landschaftsbildes sicherlich nicht der Idealfall ist, war mir aber auch bewusst, dass es nicht leicht sein würde, einen geeigneteren Standort zu finden, denn bei jedem neuen Standort, der jetzt auftaucht, hört man schon im Vorfeld, dass

sich entweder der Grundeigentümer oder die Nachbarn dagegen äußern bzw. Rekurse einreichen würden.

Die Entscheidung ist in der Landesregierung so mehrheitlich gefallen. Der Gemeinderat von Ahrntal hat einen Beharrungsbeschluss gefasst - diesen gibt es aber nicht -, die Entscheidung ist aber gefallen. Man kann als Gemeinde den gleichen Standort nochmals ausweisen, man kann aber auch einen neuen ausweisen. Es wäre ratsam, dass diese Entscheidung bald getroffen wird, denn die Genossenschaft hat bereits beträchtliche Summen in das Leitungssystem investiert. Die Vorstandsmitglieder selbst haben mit ihrem persönlichen Vermögen dafür bei der Bank gehaftet, sodass diesbezüglich auch ein persönliches Bewertungselement noch dazu kommt. Ich hoffe, dass es der Gemeinde gelingt, einen Standort ausfindig zu machen, der nicht bereits von vorneherein mit möglichen Rekursen behaftet ist, damit der entsprechende Vorschlag sobald als möglich in der Landesregierung behandelt und dann mit dem der Kraftwerkszentrale begonnen werden kann. Derzeit wird die Wärme über einen Generator, der mit Öl betrieben wird, geliefert, was nicht im Sinne des Erfinders ist. Deshalb ist eine schnelle und rasche Lösung anzupfeilen. Mir persönlich wäre es recht gewesen, dass der vorgeschlagene Standort "Posterfeld" genehmigt worden wäre. Er war und ist nicht sehr unproblematisch, aber er hat keine Mehrheit in der Landesregierung gefunden. Insofern muss ein neuer Standort ausfindig gemacht werden.

PÖDER (UFS): Danke, Herr Landesrat, für die offene Antwort. Ich denke, Sie wissen auch, dass die Problematiken auch eine erhebliche Kostenfrage mit sich bringen. Man spricht von einer Verteuerung für die Stromabnehmer von 20 bis 23 Prozent letztlich. Man spricht also von erheblichen Mehrkosten. Das eine sind natürlich die offiziellen Beschlüsse, das ist ganz klar. Das eine ist die Frage auch der Zusagen, die gemacht wurden. Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass die Landesregierung sich gegen den Standort "Posterfeld" ausgesprochen hat. Das andere ist natürlich das, wenn man den Ahrntaler Gemeindevertretern vorher die Zusage gemacht hat, speziell auch seitens des Landeshauptmannes, dass der Standort gut gehen würde, dass man alles in die Wege leiten könne. Dann musste man mit anschauen, wie in der Landesregierung eine gegenteiligen Entscheidung getroffen wurde, obwohl, wie Sie sagten, in der Raumordnungskommission ein entsprechendes positives Gutachten abgegeben worden war. Nichtsdestotrotz ist zur Kenntnis zu nehmen, dass der definitive Beschluss einfach gegen diesen Standort ausgefallen ist. Die Gemeinde hat dann noch einmal einen Zweidrittelmehrheits-Beschluss gefasst. Der Gemeinderat kann natürlich rein rechtlich nichts an der Situation ändern, aber es ist sicherlich eine politische Willensbekundung. Ich denke, man sollte schon auch in diesem Fall die Möglichkeit in Betracht ziehen, den Beschluss der Landesregierung,

der schlichtweg falsch ist, der aus der Sicht der Gemeinde falsch ist, der auch negativ ist, wenn man höhere Kosten vermeiden will und sich für geringere Strompreise ausspricht, zu überdenken. Auf der einen Seite geht man her und kündigt öffentlich an, dass man künftig in irgendeiner Form für Familien leichte Entlastungen bringen wird, auf der anderen Seite sieht man, dass man mit einem falschen, einem ungunstigen Beschluss der Landesregierung doch dann letztlich für höhere Kosten für die Stromabnehmer sorgen wird. Diese Frage ganz einfach so abzutun, dass man sagt, der Beschluss wurde gefasst, die Gemeinde soll jetzt etwas anderes in die Wege leiten, so leicht, denke ich, kann man sich das nicht machen.

Noch einmal. Es wurde ganz klar – ich glaube den Gemeindevertretern, die mir das noch letzte Woche und bestätigt haben –, dass die entsprechenden Zusagen bereits vorhanden waren. Die Zusagen durfte man dann nicht geben. Das ist so die Gangart in Südtirol. Man gibt aber einmal eine Zusage, meistens werden sie eingehalten, aber nicht immer werden sie eingehalten. In diesem Fall wurden sie nicht eingehalten, und in diesem Fall bringt das für die Gemeinde, für die Betroffenen, für die Abnehmer, für all jene, die bereits auch Geld in diese Richtung ausgegeben haben, erhebliche Mehrkosten mit sich. 23 Prozent mehr Stromkosten für die Abnehmer sind nicht tragbar! Deshalb sollte man dem Umstand Rechnung tragen, dass der Gemeinderat mit Zweidrittelmehrheit noch einmal die Landesregierung ersucht bzw. aufgefordert hat, diesen Beschluss zu überdenken. Da würde der Landesregierung kein Zucken aus der Krone fallen, wenn man den ungunstigen, ich würde sagen falschen Beschluss revidiert.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 11/07/07 del 12.6.2007, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Kury, riguardante Merano-Jazzfest, Südtirol-Jazz-Festival-Alto Adige, World-Music-Trauttmannsdorff: collisione temporale al posto di sinergie? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Das Südtiroler Jazzfestival trumpft heuer an vielen Standorten in Südtirol beeindruckend auf und bietet zum 25-Jahr-Jubiläum ein Programm, das neben Jazz- und Musikfreunden auch Eventgänger und Touristen anzieht. Es ist jedoch auffallend, dass wenige Wochen später auch in Meran das kleine, hochkarätige Meran/o-Jazzfest mit guten

Namen stattfindet. So sehr die Pflege von Jazz als zeitgenössischer Musikform in Südtirol zu begrüßen ist, so ist dennoch die dichte zeitliche Abfolge gleichartiger Angebote in unmittelbarer Nachbarschaft wenig zielführend. Durch eine solche Aufsplitterung wird weder dem Genre Jazz noch einer überregionalen Bewerbung ein guter Dienst erwiesen, sondern ein eher verwirrendes Angebot in den Sommer gesetzt. Zudem bietet auch Schloss Trauttmansdorff genau zur selben Zeit eine Serie von jazznahen World-Music-Konzerten.

Daher wäre eine bessere Vernetzung der Angebote dringend zu empfehlen, um Werbe- und Gagen zu sparen und den im Sommer Südtirols scheinbar obligaten „culture clash“ und Kultur-Wildwuchs überschaubar zu gestalten.

Daher folgende Anfragen an die Südtiroler Landesregierung:

1. Gibt es Bestrebungen, das Angebot besser abzustimmen und zu vernetzen?
2. Wie hoch sind die Beiträge der Kulturabteilungen des Landes für die einzelnen Jazz-Events des Sommers 2007?

MUSSNER (Landesrat für ladinische Kultur und ladinische Schule sowie Bauten – SVP): Was diese Anfrage anbelangt, weisen wir darauf hin, dass die Kulturträger und Kulturvereine ihre Jahresprogramme autonom gestalten und dass die Kulturabteilungen diesbezüglich keinen Koordinierungsauftrag haben. Natürlich ist eine terminliche Abstimmung der einzelnen Veranstaltungen von Seiten der organisierten Vereine und Institutionen wünschenswert. Deshalb haben wir die zuständigen Personen vom Jazz-Festival ersucht, die Veranstaltungen nicht nur in Bozen, sondern auch außerhalb dieser Stadt zu organisieren. Seit zwei Jahren kann man sagen, dass dies auch geschehen ist.

Bezüglich der Beiträge für die einzelnen Jazz-Events 2007 möchten wir darauf hinweisen, dass lediglich das Südtirol-Jazz-Festival-Alto Adige, welches vom Verein Jazz-Musik-Promotion durchgeführt wird, mit 26.000 Euro bezuschusst wird. Das Merano-Jazzfest und das World-Music-Trauttmansdorff werden von der Kultur nicht unterstützt. Es muss auch gesagt werden, dass das Merano-Jazzfest vom Kulturverein Muspilli veranstaltet wird. Dieser Verein wird zwar von den Kulturabteilungen mit einem gemeinsamen Kulturbeitrag von 10.000 Euro unterstützt, jedoch wurde die Bezuschussung lediglich für einen Workshop zur Weiterbildung und nicht für das Festival selbst zugelassen.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich möchte dem Landesrat Mussner danken, der immer seine Stirn hinhält auch für Fragen, die nicht unmittelbar das Bildungs- und Kulturwesen Ladinien in Frage berühren. Hier nur der Hinweis darauf, dass mit dem Südtirol-Jazz-Festival heuer versucht worden ist, eine neue Dimension, eine größere Dimension, auch eine überregionale

Dimension zu erreichen, was wohl auch gelungen ist, nachdem sich die Besucherzahlen verdreifacht haben. Es ist begrüßenswert, wenn mit solchen Ereignissen für Südtirol markenprägend gearbeitet wird, wenn Jazz als Kulturform in dieser Weise sehr professionell etabliert wird. Es ist, aus unserer Sicht, eine Parallelität, wenn einige Wochen später das Merano-Jazzfest gewissermaßen isoliert dahinschippert. Für unsere Sicht der Dinge wäre es also wichtig, eine Art von Dachmarkervernetzung zu schaffen. Ganz eigene Wege beschreitet natürlich Trauttmansdorff, wo man um relativ teures Geld bei Musikgruppen einkauft. Von daher würden wir dringend eine stärkere Vernetzung empfehlen, was auch aus Marketingsicht absolut anzuraten wäre. Die Kulturabteilungen haben das Südtirol-Jazz-Festival-Alto Adige also mit 26.000 Euro gesponsert. Hinzu kommen natürlich noch die Beiträge aus dem Tourismus, die nicht unerheblich sind.

Unser Vorschlag ist, auf eine stärkere Vernetzung zu drängen. Südtirol kann es sich mittelfristig nicht leisten, den Kultursommer in viele kleine, mittlere oder größere Einzelevents aufzulösen, sondern die Kirchturmpolitik sollte zugunsten einer stärkeren Abstimmung vereinheitlicht werden. Das wird sich früher oder später als notwendig erweisen. Deshalb dieser Hinweis, ohne die Bemühungen der Veranstalter, die wirklich hoch anzurechnen sind - mit kleinen Abstrichen bei Trauttmansdorff - herabwürdigen zu wollen.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 12/07/07 del 12.6.2007, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante la "Casa dei ladini". Prego di dare lettura dell'interrogazione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): In Bozen wurde mit Geld, das vom geförderten Wohnbau von den Ladinern nicht angefragt wurde, ein „Haus der Ladiner“ gebaut. Bei der jüngst erfolgten Vergabe der Wohnungen sollen vor allem Ausländer zum Zuge gekommen sein, was von ladinischen Landsleuten natürlich heftig beanstandet wird. Ladiner, die in Bozen arbeiten, sind durch den Rost gefallen, weil sie zu viel verdienen.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

1. Welche Zielsetzung verfolgt das Land mit dem „Haus der Ladiner“?
2. Wie viele Wohnungen gibt es im „Haus der Ladiner“?
3. Stimmt es, dass darin auch Ausländer untergebracht wurden?
4. Wie viele Wohnungen wurden Angehörigen der ladinischen Sprachgruppe zugewiesen?
5. Warum verlangte das Land von jenen Ladinern, die ein zu hohes Einkommen aufweisen, nicht mehr Miete anstatt das gegenständliche Gebäude dem Institut für sozialen Wohnbau zur Verfügung zu stellen?

CIGOLLA (Assessore al patrimonio, alla cultura italiana e all'edilizia abitativa – Il Centro): Es ist so, dass jede Sprachgruppe eigene Merkmale bzw. Volkstümlichkeiten, Mundart und Sprache verfolgen sollte. Deshalb sollten auch die Ladiner in Bozen ein eigenes Haus bekommen. Die ladinische Sprachgruppe hat diesbezüglich einen eigenen Kreditbetrag ausgenutzt. Man kann als Hauptzielsetzungen sagen: Verteidigung der Mundart, der volkstümlichen Merkmale und der Sprache.

Laut Auskunft des Wohnbauinstitutes gibt es 32 Wohneinheiten in diesem Haus der Ladiner, in dem auch Ausländer untergebracht sind. Nachdem nicht genügend Ladiner dieses Haus bewohnen, sind 6 Wohneinheiten EU-Bürgern zugewiesen worden.

Man muss klar sagen, dass jeder Mieter laut den Voraussetzungen - Einkommen, Punktezahl -, die festgelegt sind, Anrecht auf eine Wohnung hat. Die gleichen Voraussetzungen gelten auch für die Ladiner. Es gibt keine Ausnahme und keine Abweichung von diesem Grundsatz.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Herr Landesrat! Ich nehme Ihre Antwort zur Kenntnis, stelle aber fest, dass es dann nicht mehr ein Haus der Ladiner, sondern eine Immobilie des Institutes für sozialen Wohnbau ist. Das hat mit der eigentlichen Zielsetzung nichts mehr zu tun. Man muss den Unmut der Ladiner verstehen. Es gibt Ladiner, die nicht zum Zuge gekommen sind, weil sie zu viel verdienen. Anstatt andere Mieter in die Wohnung zu lassen, könnte man von den Ladinern mehr Miete verlangen, wenn sie schon zu viel verdienen. Dass man sie aber vollkommen ausschließt und das Haus einer anderen Zweckbestimmung als der ursprünglichen zuführt, ruft Widerstand bzw. Unmut bei jenen hervor, für die es eigentlich gedacht war.

Wenn die Zielsetzung des „Hauses der Ladiner“ jene ist, die Muttersprache der Ladiner zu schützen, dann wird sie sicher nicht dadurch geschützt, wenn man in diesem Haus Wohnungen an Ausländer zuweist. Wir wissen aus Erfahrung – Sie, Herr Landesrat, wissen es am besten -, dass in Wohnungen, in denen Ausländer untergebracht sind, die Tendenz dahin geht, dass sich unsere Leute eher zurückziehen, weil sie sich nicht unbedingt wohl fühlen. Erst recht, wenn in dieses Haus andere hineinkommen, muss ich sagen, dass die Zielsetzung schlussendlich ignoriert wird. Das ist nicht im Interesse des Erfinders und in diesem Falle schon gar nicht im Interesse der ladinischen Volksgruppe.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 13/07/07 del 12.6.2007, presentata dai consiglieri Mair e Leitner, riguardante l'assunzione di personale presso la Provincia. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

MAIR (Die Freiheitlichen): Unlängst hat das Land ein Auswahlverfahren für Stellen als Sekretariatsassistenten abgehalten. Daran teilgenommen haben auch Personen, die bereits provisorisch beim Land bzw. bei der Region angestellt waren.

An die Landesregierung ergehen folgende Fragen:

1. Stimmt es, dass alle Teilnehmer, die bisher provisorisch beim Land oder bei der Region beschäftigt waren, beim Wettbewerb gescheitert sind?
2. Wie viele Personen haben sich insgesamt am Wettbewerb beteiligt und wie viele davon hatten zum Zeitpunkt des Wettbewerbes ein befristetes Dienstverhältnis beim Land?
3. Stimmt es auch, dass kein Teilnehmer die geforderten Voraussetzungen (Studientitel, Zweisprachigkeitsnachweis) hatte?
4. Was passiert mit jenen Personen, die bereits bisher ein befristetes Dienstverhältnis als Sekretariatsassistent hatten, den Wettbewerb jedoch nicht bestanden?
5. War der bisherige Dienst für die Beurteilung ein Kriterium?

WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen – SVP): Es stimmt nicht, dass alle BewerberInnen, welche als Grundbuchsgehilfen oder Grundbuchsgehilfinnen in der Region befristet angestellt wurden und welche wir zum Auswahlverfahren für das Berufsbild „Sekretariatsassistent/in“ eingeladen haben, bei der Prüfung gescheitert sind. Am Auswahlverfahren für das Berufsbild „Sekretariatsassistent/in“ haben sich insgesamt 16 Personen beteiligt, von denen 7 Personen die Eignung erlangt haben. Alle zur Prüfung angetretenen Personen haben ein befristetes Dienstverhältnis beim Land bekommen. Alle Teilnehmer an der Prüfung haben entweder die direkte, oder über die vertikale Mobilität, die indirekte Voraussetzung, um an der Prüfung teilnehmen zu können. Viele der Teilnehmer, speziell jene, welche der italienischen Sprachgruppe angehören, sind im Besitz eines Reifezeugnisses und des Zweisprachigkeitsnachweises B. Für die Teilnehmer, welche die Prüfung nicht bestanden haben, gedenkt man eine Eignungsprüfung im Berufsbild „Grundbuchsgehilfe“ durchzuführen, in welchem sie arbeiten. Dazu bedarf es einer kollektivvertraglichen Regelung, die in nächster Zeit ausgearbeitet werden wird. Der bisherige Dienst konnte kein Kriterium bei der Beurteilung darstellen, weil die Prüfung in einem ganz anderen Fachbereich stattgefunden hat und mit dem Personal als Absicherung in extremis ausgemacht war.

MAIR (Die Freiheitlichen): Ich bedanke mich beim Landesrat für die Antwort. Ich möchte ihn fragen, ob er mir die Antwort schriftlich aushändigen könnte. Danke schön.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 15/07/07 del 12.6.2007, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Kury, riguardante la mancata tutela sul lavoro causa carenza di ispettori del lavoro? Urge rimedio. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Die verheerenden Arbeits- und Lohnbedingungen vieler ausländischer Arbeiter, die vor kurzem durch die Gewerkschaft SGB/CISL aufgedeckt wurden, machen deutlich, dass im Arbeitsschutz vieles im Argen liegt. Vor allem im Baugewerbe sind wirksame Kontrollen auch nicht annähernd möglich, da nach Auskunft der Abteilung Arbeit im Land ca. 1600 Neubauten, 1000 Wiedergewinnungsarbeiten und 1400 öffentliche Arbeiten in Betrieb bzw. im Gange sind. Obwohl viele Bauunternehmen gewiss in aller Korrektheit gute Lohn- und Arbeitsbedingungen bieten, dürften trotzdem Fälle von Schwarzarbeit und Ausbeutung an der Tagesordnung sein.

Umso mehr überrascht, dass die Abteilung Arbeit nur über fünf Arbeitsinspektoren verfügt, die aufgrund des riesigen Untersuchungsfeldes allein im Baugewerbe und der Komplexität der Arbeitsinspektion vollkommen überfordert sind. Sogar der Leiter der Abteilung Arbeit bezeichnet die Zahl als „nicht ausreichend“.

Daher folgende Fragen an die Südtiroler Landesregierung:

- Wie viele Fälle können die Arbeitsinspektoren im Jahr bearbeiten?
- Besteht die Absicht, die Zahl der Inspektoren demnächst zu erhöhen?

GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative – Insieme a Sinistra – Pace e diritti/Gemeinsam Links – Frieden und Gerechtigkeit): Il tema della sicurezza del lavoro e la tutela del lavoro nero è di grande attualità. La ripartizione Lavoro ha stipulato un accordo di coordinamento con l'INPS e l'INAIL per riuscire a creare sinergie fra gli ispettori dei diversi enti.

Gli ispettori del lavoro dell'ufficio tutela sociale sono 13, di cui 5 hanno l'esperienza specifica nei cantieri, quindi la specializzazione legata alla tutela sociale del lavoro rispetto ai cantieri. A questi si aggiungono anche gli ispettori tecnici della ripartizione Lavoro, di un altro ufficio, che contribuiscono alla sicurezza legata ai criteri specifici tecnici, non solo sociali, rispetto al lavoro nero.

È vero che ci piacerebbe tanto avere ispettori in più, non posso negarlo, però la votazione rispetto la riduzione di personale e l'attuazione del blocco delle assunzioni per quanto riguarda la Provincia autonoma di Bolzano, di cui all'art. 7 della legge provinciale 23 dicembre 2005, n. 13, è la conseguenza della legge finanziaria nazionale del 2005, quindi del Governo precedente a questo, che ha vincolato anche le regioni a statuto speciale e le due province autonome di Trento e Bolzano al patto di stabilità. Purtroppo la dotazione organica del personale della Provincia deve essere diminuita di 200 unità a tempo pieno su tutti gli uffici provinciali. La ripartizione Lavoro è molto grande, perché ha al proprio interno i servizi di tutela lavoro ma anche i servizi all'impiego ed altro, quindi nella previsione ha una riduzione addirittura dei propri posti. Giusto ieri la Giunta provinciale ha deciso comunque tre posti in più per il servizio all'impiego, quindi la ripartizione Lavoro manterrà la sua situazione ante 2005, però da questo riuscire ad aumentare il personale purtroppo passano altri obblighi e non ce la facciamo.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Frau Landesrätin, herzlichen Dank für die Beantwortung dieser Anfrage. Sie räumen selbst ein, dass die Kontrollen absolut unzureichend sind. Das wird auch vom Abteilungsdirektor Sinn bestätigt. Diese vielen tausend Baustellen allein würden ein Vielfaches an Kontrollen erfordern. Vom Abteilungsdirektor Sinn selber ist in einer Antwort auf eine frühere Anfrage nachdrücklich festgestellt worden, dass die Kontrollen durch fünf Arbeitsinspektoren nicht ausreichend ist. Es ist bedauerlich, dass der Stabilitätspakt hier herangezogen wird, um einen sehr sensiblen Sektor ungedeckt zu lassen. Ich höre auch aus Ihrer Antwort ein gewisses Bedauern heraus.

Ich glaube, der Arbeitsschutz ist eine der vornehmsten Pflichten, die eine öffentliche Verwaltung hat. Die Arbeit ist ein in der Verfassung verankertes Grundrecht, der Schutz der Gesundheit ebenfalls, und es wäre ein zentrales Anliegen, durch eine angemessene Zahl von Arbeitsinspektoren dafür zu sorgen, dass diese Normen eingehalten werden. Aus unserer Sicht ist es schwer verständlich, dass dagegen die Zahl der Arbeitsvermittler aufgestockt werden sollen, nachdem ja faktisch Vollbeschäftigung herrscht, nur um dem Südtirol-Zuerst-Prinzip Rechnung zu tragen. Wir halten das für eine entschiedene Fehlinvestition oder eine entschiedene Fehlsteuerung. Wir sind der Meinung, dass es nicht lange dauern wird, bis die nächsten Fälle von Ausbeutung, die nächsten Arbeitsunfälle auftreten werden und damit wird die Problematik neuerdings aufgeworfen werden wird. Das wissen Sie, Frau Landesrätin, ganz genau. Wir sollten nicht diese bittere Lektion, die absehbar ist, abwarten, sondern entschiedene Weichenstellungen setzen.

Deshalb unsere Anfrage, deshalb unsere nachdrückliche Mahnung an die gesamte Landesregierung, nicht allein an Sie, Frau Landesrätin, die richtigen

Weichenstellungen vorzunehmen. In anderen Abteilungen scheint es leichter zu fallen nachzurüsten, wenn wir etwa an den Schulbereich, Kollege Saurer, bei aller Wertschätzung, denken, aber dieser sensible Bereich des Arbeitsschutzes sollte nicht so stiefmütterlich behandelt werden. Ich darf auch ein bisschen an Ihr soziales Herz und nicht nur an jenes von Frau Gnecci, welches sehr bekannt ist, appellieren. Vergessen Sie nicht ihren sozialdemokratischen Ursprung und unterstützen bitte in absehbarer Zeit eine Nachrüstung für diesen sensiblen Bereich und lassen die Menschen, die davon betroffen sind, nicht allein! Danke schön.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 16/07/07 del 13.6.2007, presentata dalla consigliera Klotz, riguardante la medicina alternativa. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KLOTZ (Südtiroler Freiheit – Freies Bündnis für Tirol): Auf Anregung des Landtages hatte der Landesrat für Gesundheitswesen eine eigene Kommission eingesetzt, welche die Möglichkeiten der Anwendung von alternativen Heilmethoden prüfen sollte.

Was hat die Arbeit der Kommission ergeben?

Was ist davon bis heute umgesetzt worden und was ist für die Zukunft diesbezüglich geplant?

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Die Kommission, welche Frau Klotz angesprochen hat, hat sich in erster Linie mit dem Bereich der Ausbildung in Komplementärmedizin befasst. Es ging auch darum, dass man Kriterien festlegen will, damit sich Ärzte sowohl im In- als auch im Ausland in verschiedenen Bereichen der Komplementärmedizin ausbilden können. Es sind Vorschläge unterbreitet worden. Unter anderem ging es darum, welche Kriterien von dieser Körperschaft, von dieser Schule, die das anbieten soll, erfüllt werden müssen, und wie die Beiträge für Ärztinnen und Ärzte, welche an einem solchen Kurs teilnehmen, gestaltet werden sollen.

Wir können sagen, die Ausbildung im Bereich Komplementärmedizin wurde in den letzten Jahren stetig intensiviert. Ich darf nur daran erinnern, dass gerade im heurigen Frühjahr zwei Kurse abgeschlossen wurden. Einmal wurde ein zweijähriger Kurs im Bereich Akupunktur für Allgemeinmediziner abgeschlossen. Gleichzeitig wurde der erste Kurs in Homöopathie für Apothekerinnen, ich sage bewusst Apothekerinnen, weil ausschließlich Frauen daran teilgenommen haben, abgehalten. Es war dies der erste Kurs im Bereich Homöopathie für Apothekerinnen, der italienweit vom öffentlichen Gesundheitsdienst angeboten wurde und der auch in der Presse auf gesamtstaatlicher Ebene dementsprechend Widerhall gefunden hat.

Wir werden diese Aus- und Weiterbildung weiter forcieren und können sagen, dass wir mittlerweile auf eine sehr, sehr gute Nachfrage gestoßen sind.

Die Südtiroler Landesregierung hat im Frühjahr dieses Jahres das Tätigkeitsprogramm 2007-2008 im Bereich Komplementärmedizin genehmigt, das ein umfangreiches Angebot vorsieht. Zusätzlich fand vor drei Wochen in Bozen eine sehr interessante Tagung zum Thema "Komplementärmedizin" statt, bei der Fachleute aus verschiedensten Regionen über die Erfahrungen berichtet haben, und somit hat eigentlich ein recht reger Gedankenaustausch stattgefunden. Sie wissen, dass wir dem Thema Komplementärmedizin eine sehr große Bedeutung beimessen.

KLOTZ (Südtiroler Freiheit – Freies Bündnis für Tirol): Danke, Herr Landesrat. Wir haben inzwischen aus Presseartikeln erfahren, die kurz nach der Einreichung dieser Anfrage erschienen sind, dass von einem Start in einem Jahr die Rede ist. Demnach soll der Dienst für Komplementärmedizin eingerichtet werden. Man spricht von einem eigenen Dienst, denn Dr. Oswald Mayr, der Sanitätsdirektor des Sanitätsbetriebes, hat in die Richtung argumentiert, dass man ein Zusatzangebot zur Schulmedizin schaffen wolle. Es sind also Bereiche, die sich bisher gerade bei Krebspatienten besonders bewährt haben. Dieser Dienst für Komplementärmedizin sollte auch in der vereinigten Sanitätseinheit - ich weiß nicht wie man sie anders nennen sollte – angesiedelt werden, um der Scharlatanerie vorzubeugen. Das wird sicherlich ein guter Weg sein, auch wenn sehr, sehr viele skeptisch sind.

Sie haben sich hier recht standhaft verteidigt, indem Sie gesagt haben, man wolle ebenfalls das tausend Jahre alte Wissen anwenden, das sich in vielen Bereichen, vor allem in der chinesischen Medizin bewährt hat. Insofern habe ich diese Artikel mit Interesse gelesen, die ankündigen, dass es mit der Einrichtung dieses Dienstes innerhalb eines Jahres so weit sein soll, und dass auch noch bis zum Ende des Monats – so habe ich es den Artikeln entnommen – genauere Vorstellungen kommen sollen.

Was Ihre Antwort anbelangt, dass laufend Kurse stattfinden, dass sie vermehrt genutzt werden, ist sicherlich sehr, sehr gut. Es ist sicherlich der richtige Weg, dass auch Südtirol eigene Wege geht und nicht wartet, bis gesamtstaatliche Vorgaben bzw. Initiativen gestartet werden, sondern dass es auf diesem Gebiet schon ein eigenes Angebot hat. Insofern bin ich sehr, sehr gespannt und werde das, Herr Landesrat, weiterhin mit großem Wohlwollen und Interesse verfolgen.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 17/07/07 del 13.6.2007, presentata dalla consigliera Stirner Brantsch, riguardante il regolamento per l'assegnazione di palestre in orario extrascolastico. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

STIRNER BRANTSCH (SVP): Turnhallen werden mit öffentlichen Geldern gebaut und müssen deshalb in der unterrichtsfreien Zeit den verschiedenen Vereinen zur Verfügung gestellt werden. Leider hat die Vergabe von Hallen in den letzten Jahren immer wieder zu Konflikten zwischen Vereinen, Direktoren und Gemeinden geführt.

Eine Arbeitsgruppe hat sich bereits seit längerer Zeit mit der Ausarbeitung einer Verordnung zur Vergabe von Turnhallen auseinandergesetzt.

Die Arbeiten sind nunmehr seit Monaten abgeschlossen. Dennoch ist das Reglement in der Landesregierung noch nicht verabschiedet worden.

Die Planungsarbeiten für das Sommertraining und die Hallenbenützung im nächsten Schuljahr haben bereits begonnen, die Anfragen für die Benützung der Hallen im Sommer sind bereits gestellt worden.

Laut Landesrat Saurer liegt das Reglement noch beim Rat der Gemeinden.

Die Landesregierung wird ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum liegt die Verordnung schon so lange beim Rat der Gemeinden?
2. Wann wurde die Verordnung dem Rat der Gemeinden übermittelt?
3. Wann wird die Verordnung endlich in der Landesregierung verabschiedet und wann tritt sie frühestens in Kraft?
4. Wie gedenkt man die Benützung der Turnhallen im Sommer zu regeln, da das Reglement ja noch nicht in Kraft ist?

SAURER (Landesrat für deutsche Schule, deutsche und ladinische Berufsbildung, sowie Bildungsförderung – SVP): Was die Frage Nr. 1 anbelangt, ist zu sagen, dass der Zeitrahmen für die Begutachtung durch den Rat der Gemeinden nicht überzogen ist, sondern im Rahmen liegt. Man muss davon ausgehen, dass das Gutachten von der Generaldirektion am 29. Mai 2007 angefordert worden ist, weil es bis zuletzt immer noch unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Gemeindeverband und der Landesregierung, vor allem was die Regelung betreffend die Zurverfügungstellung von Räumen für kulturelle Zwecke anbelangt, gegeben hat. Insofern war der Generaldirektor erst nach Klärung dieser Fragen in der Lage, das Gutachten anzufordern.

Das Gutachten ist inzwischen erstellt worden und, wie der Geschäftsführer des Gemeindeverbandes mitteilt, ist das Gutachten positiv und enthält eigentlich keine besonderen Bemerkungen, sodass ich davon ausgehe, dass am Montag, den 2. Juli, das Reglement von Seiten der Landesregierung behandelt und definitiv genehmigt werden kann. Allerdings ist für das Reglement eine Vorgangsweise bis zur Veröffentlichung derselben vorgegeben. Die Zeiten hängen dann nicht allein von der Landesverwaltung ab, sodass der Zeitpunkt für das In-Kraft-Treten der

Verordnung nicht genau angegeben werden kann. Es wird aber angenommen, dass dies für die Vergabe der Räume im nächsten Schuljahr noch rechtzeitig erfolgen kann.

Was die Frage Nr. 4 anbelangt, möchte ich darauf folgendermaßen antworten. Grundsätzlich ist dafür das geltende Reglement anzuwenden, welches die Verwendung der Turnhallen auch im Sommer zulässt. Natürlich ist die Voraussetzung die Verfügbarkeit des Reinigungspersonals, die Instandhaltung und die Grundreinigung. Auch die Aufsicht kann ohne neues Reglement den Vereinen übertragen werden. Im spezifischen Fall des Sportclubs Meran ist zwischen der Schule und dem Sportklub vereinbart worden, dass die Dreifachturnhalle im Oberschulzentrum im August zur Verfügung steht. Im Juli werden noch verschiedene Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Mit dem neuen Reglement wird die Situation natürlich wesentlich verbessert werden. Wenn sich die Köpfe miteinander wieder vertragen, dann sind immer gute Lösungen gefunden worden.

STIRNER BRANTSCH (SVP): Danke, Herr Landesrat, für diese ausführliche Beantwortung der Anfrage. Ich weiß, dass Sie sich immer sehr bemüht haben, dass diese Verordnung sobald wie möglich in Kraft tritt und dass Sie auch die Notwendigkeit einer solchen Verordnung sehen. Mir tut es Leid, dass die Verordnung für den Sommer noch nicht greift, da es wiederum, wie in der Vergangenheit, bereits Probleme mit den Schuldirektionen gegeben hat, und das nicht nur in Meran. Es sind ja nicht nur die Spitzenvereine, die den Sommer über die Hallen benützen müssen, sondern es sind teilweise auch Kinderbetreuungseinrichtungen bzw. Sportvereine, die Sport-, Spiel- und Spaßwochen im Sommer für Kinder organisieren und immer wieder davon abhängig sind, wie die Direktoren darauf reagieren. In diesem Sinne möchte ich Sie darum ersuchen, dass Sie auch in Zukunft die Direktoren oder die Schulleitungskräfte dazu bringen bzw. sensibilisieren, dass sie die Schulgebäude und die Turnhallen nicht als persönliches Eigentum betrachten, sondern dass sie diese der Allgemeinheit, besonders der Jugend zur Verfügung stellen. Danke.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 18/07/07 del 13.6.2007, presentata dalla consigliera Klotz, riguardante misure antizecche. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KLOTZ (Südtiroler Freiheit – Freies Bündnis für Tirol): In den Nachbarregionen nimmt die Zeckenplage ständig zu, angeblich auch deshalb, weil vor allem in Berggebieten das Gras nicht mehr gemäht wird, und sich die Zecken so viel schneller vermehren können.

Auch in Südtirol wird in letzter Zeit vor zunehmender Zeckengefahr gewarnt. Gibt es konkrete diesbezügliche Erkenntnisse oder auch Erhebungen?

Wer ist in Südtirol für diesen Bereich zuständig und welche Maßnahmen werden bzw. wurden ergriffen?

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Jahren hat eine rege Zusammenarbeit mit den zuständigen österreichischen Stellen stattgefunden und die wesentlichen Ergebnisse und Fakten dieser Zusammenarbeit wurden in dem Heft "Informationen über die Zecken und die von ihnen übertragbaren Krankheiten" zusammengefasst. Diese Broschüre wurde vor zwei Jahren veröffentlicht und auch in Südtirol verteilt. Wir können feststellen, dass das Zeckenproblem in Südtirol nicht mit jenem in Österreich zu vergleichen ist, besonders deshalb, weil die Zeckenmeningitis-Gefahr in Südtirol weitaus geringer ist. Deshalb wird von unseren Experten in diesem Zusammenhang keine Impfung angeraten. Jedenfalls wird die Situation, was die Inzidenz der Zeckenerkrankungen betrifft, ständig unter Kontrolle gehalten und gegebenenfalls werden auch die Prophylaxe-Maßnahmen erhoben.

Wie gesagt, eine flächendeckende Impfung der Bevölkerung wie in Österreich erscheint unseren Fachleuten nicht angemessen. Das Amt für Hygiene und öffentliche Gesundheit sowie die Dienste für die Hygiene und die öffentliche Gesundheit der Gesundheitsbezirke können der Bevölkerung diesbezüglich alle erforderlichen Informationen bieten.

KLOTZ (Südtiroler Freiheit - Freies Bündnis für Tirol): Herr Landesrat, ich bräuchte nur eine kleine Bestätigung auf die Frage, wer in Südtirol für diesen Bereich zuständig ist und welche Maßnahmen ergriffen wurden. Zuständig ist demnach das Amt für Hygiene und öffentliche Gesundheit, aber dieses Amt ist ja ein Teil der öffentlichen Gesundheit ...

THEINER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (Südtiroler Freiheit - Freies Bündnis für Tirol): Die Ämter in den jeweiligen Sprengeln! Danke!

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione 19/07/07 del 14.6.2007, presentata dal consigliere Lamprecht, riguardante l'assegnazione di concessioni a scopo idroelettrico – riserva per l'uso agricolo. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

LAMPRECHT (SVP): Im neuen Gewässernutzungsplan sollen die Kriterien für die Konzessionsvergabe für die verschiedenen Nutzungen (Trinkwasser, Bewässerung, E-Werk usw.) sowie die Restwassermengen neu geregelt werden. Bei der Vergabe neuer Konzessionen für Stromerzeugung soll eine fixe Restwassermenge (2 l / sec / km², für Einzugsgebiete unter 5 km² sogar 4 l / sec / km²) vorgesehen werden und ein sog. variabler Anteil des natürlichen Abflusses, der je nach Größe des Einzugsgebietes variieren kann.

Wasser bedeutet in erster Linie Leben und Lebensgrundlage für die Landwirtschaft. Damit auch zukünftigen Generationen eine Entwicklung der landwirtschaftlichen Tätigkeit ermöglicht wird, braucht es Mechanismen, damit der Bedarf an Bewässerungswasser für die Landwirtschaft auch in Zukunft gedeckt wird. Es braucht die Möglichkeit, dass auch nach erfolgter Konzessionsvergabe für Stromproduktion, Wasser für landwirtschaftliche Tätigkeit beantragt werden kann.

An den zuständigen Landesrat ergehen deshalb folgende Fragen:

- Besteht bei der Neuvergabe einer Konzession für Stromerzeugung die Möglichkeit, dass dem künftigen Stromproduzenten eine sog. fixe Wassermenge konzessioniert wird und ein weiterer Teil (z.B. 0,5 l / sec / km²) nur zeitlich befristet, und zwar bis der Bedarf der Landwirtschaft über ein Konzessionsgesuch beantragt wird?
- Besteht die Möglichkeit, dass bei Wassernotstand, mit Dekret oder Notverordnung, der sog. variable Anteil der Restwassermenge für eine andere, prioritäre Wassernutzung (z.B. Bewässerung) zeitlich befristet verwendet werden kann?

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie – SVP): Danke, Herr Präsident! Einige Fragen habe ich bereits anlässlich der Aktuellen Anfrage Nr. 4 beantwortet. Mit der Konzessionsvergabe für die großen Kraftwerke wird eine Konzession für die Dauer von 30 Jahren vergeben. Die Sorge der Landwirtschaft besteht darin, dass diese Wassermengen dann 30 Jahre lang für die E-Werks-Nutzung reserviert sind. Das ist grundsätzlich richtig so. Wir haben allerdings, um den künftigen Bedarf der Landwirtschaft auch gebührend berücksichtigen zu können, im Gewässernutzungsplan eine Formulierung vorgeschlagen - diese muss nur noch beschlossen werden -, die der Landwirtschaft sozusagen eine Reserve sichert. Somit muss dieser Antrag nicht bei der Konzessionsvergabe gestellt werden, weil er heute vielleicht noch nicht vorhanden ist. Der Bedarf kann sich im Verlauf der nächsten Jahre, sprich in 10, 15 oder 20 Jahren, ergeben und in diesem Moment sollte dann noch ein Potential für die Landwirtschaft vorhanden sein. Um dem zu entsprechen, soll im Gewässernutzungsplan festgeschrieben werden, dass die Betreiber bzw. die

Konzessionsinhaber eine Wassermenge im Ausmaß von 0,5 l/sec/km² Einzugsgebiet zwar für die Stromproduktion nutzen dürfen, dass diese Wassermenge aber bei Bedarf von Seiten der Landwirtschaft in Form einer Konzession abgegeben werden muss. Folglich beantragt der betroffene Bauer eine Konzession, die er über das zuständige Amt erhält, und der E-Werks-Betreiber muss diese Wassermenge sozusagen abgeben, ohne dafür eine Entschädigung verlangen zu können. Damit ist dem künftigen Bedarf, der sich noch ergeben kann, eine Reserve vorbehalten. Wenn man das hochrechnet, sind es beträchtliche Mengen, sodass auch der prognostizierte Bedarf nach unseren Einschätzungen mit dieser Formel abgedeckt werden kann. Sollte es dennoch zu einer Trockenperiode kommen und die Konzessionen würden nicht mehr ausreichen, weil das Wasser einfach fehlt, dann kann mit Notverordnung des Landeshauptmannes der sogenannte variable Teil für die Landwirtschaft genutzt werden, ohne dass es dafür eine Entschädigung für die Konzessionsinhaber geben würde. Zum einen Teil wird also ein Reservepotential und zum anderen ein Notstandspotential festgeschrieben. Das unterstreicht erneut die Verschiebung der Gewichtung zugunsten der Landwirtschaft und zulasten der E-Wirtschaft.

LAMPRECHT (SVP): Danke schön, Herr Landesrat! Der alte Wassernutzungsplan aus den 80er-Jahren, der jetzt in Diskussion ist, sieht diese Regelung nicht vor. Ich begrüße es, dass man jetzt Rechtssicherheit schafft. Wenn Konzessionen für 30 Jahre vergeben werden, ist es verständlich, dass der zukünftige Betreiber wissen will, wie viel Wassermenge für diesen Zeitraum zur Verfügung stehen wird. Der von Ihnen unterbreitete Vorschlag, dass auch in Zukunft eine bestimmte Wassermenge für die Landwirtschaft reserviert wird, ist, glaube ich, extrem wichtig. Die bäuerlichen Organisationen haben Erhebungen durchgeführt, aus denen hervorging, dass die bewässerbare Fläche in Zukunft um 6.000 bis 8.000 Hektar zunehmen wird. Wenn gerade in diesem Jahr - wie Sie vorhin bemerkt haben - die Großwasserkonzessionen für 17 Großwasserkraftwerke neu vergeben werden, wäre das Wasser praktisch 30 Jahre lang gebunden. Gerade in Tälern wie dem Ultental, wo wir Stauseen und Großwasserkraftwerke haben, wäre 30 Jahre lang kein Wasser mehr für die Landwirtschaft vorhanden. Wir haben in solchen Gegenden jetzt schon das Problem, dass zwar viel Wasser vorhanden ist, dass dieses aber für die Landwirtschaft nicht zugänglich ist, weil es eben durch E-Werks-Konzessionen verkonzessioniert ist. Nach dem Grundsatz, dass zuerst der Landwirtschaftsbedarf gedeckt werden muss, bevor andere Nutzungen in Frage kommen, ist diese Regelung für die Zukunft sehr positiv zu bewerten. Insofern wird eine bestimmte Wassermenge, sprich 0,5 l/sec/km² Einzugsgebiet - wie Sie gesagt haben - für die Landwirtschaft reserviert bleiben. Wenn der Bedarf von Seiten der Landwirtschaft angemeldet wird - was nach den zukünftigen Entwicklungen anzunehmen ist -, sollte

dieser auch gedeckt werden. Das ist nur zu begrüßen. Wir hoffen, dass der Wassernutzungsplan sehr bald verabschiedet wird und noch dieses Jahr über die Bühne gehen kann.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 20/07/07 del 15.6.2007, presentata dai consiglieri Kury, Dello Sbarba e Heiss, riguardante la strada provinciale Prato-Glorenza: rotatoria nei pressi dell'incrocio per Montechiaro. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): An der Landesstraße Nr. 50 Prad-Glurns ist eine Kreisverkehrsanlage bei der Kreuzung nach Lichtenberg projektiert worden. Begründet wird dieser Bau als Maßnahme zur Entschärfung der bekannten Raserstrecke. In der Tat zwingen Kreisverkehrssysteme – wenn sie fachgerecht geplant sind – alle Verkehrsteilnehmer zu Drosselung der Geschwindigkeit. Der Kreisverkehr-Vorschlag findet deshalb auch allgemeinen Konsens. Das vorliegende Projekt beinhaltet aber auch den Bau eines Parallelweges mit großzügiger Einfahrtsschleife in den Kreisverkehr. Die Zweckmäßigkeit dieses Parallelweges ist für viele nicht nachvollziehbar und er wird in ihren Gutachten sowohl von der Nationalpark-Verwaltung als auch von der II. Landschaftsschutzkommission abgelehnt. Es hält sich aber das Gerücht, dass der Kreisverkehr nur gebaut würde, wenn auch der Parallelweg realisiert wird.

Fragen:

- Warum braucht es den Parallelweg?
- Warum schließt man sich nicht der Argumentation von Nationalpark-Verwaltung und Landschaftsschutz an?
- Stimmt es, dass die Kreisverkehrsanlage nur gebaut wird, wenn auch der Parallelweg realisiert wird?

MUSSNER (Landesrat für ladinische Kultur und ladinische Schule sowie Bauten – SVP): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Parallelweg wurde vorgesehen, um zwei landwirtschaftliche Zufahrten - aus Sicherheitsgründen - von der Landesstraße zu entfernen. Trotzdem möchte man die Grundstücke intern von der Zufahrt zum Sportplatz Lichtenberg erschließen. Der Parallelweg würde zu 75 Prozent auf Straßengrund bzw. in einer Böschung, die dem Land gehört, gebaut. Inzwischen wurde das Vorhaben zur Errichtung eines Parallelweges gestrichen. Er wird somit nicht mehr gebaut. Die Zufahrt zum Sportplatz muss aber ermöglicht werden, weshalb der Kreisverkehr ohne Parallelweg gebaut wird.

PRESIDENTE: La consigliera Kury rinuncia alla replica.

Passiamo all'**interrogazione n. 23/07/07** del 18.6.2007, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Kury, riguardante mediazione ampliamento dell'aeroporto: Quanto costa lo scambio di opinioni su posizioni consolidate? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Die von der Landtagsabgeordneten Rosa Thaler animierte Mediation zur Entscheidungsfindung über die Zukunft des maroden Flughafens Bozen geht in die Endrunde. Ob es nach dem derzeitigen Stand der nach wie vor gegensätzlichen Positionen noch zu einem allgemein zufriedenstellenden Ergebnis kommen wird, darf bezweifelt werden. Das frühzeitige Ausscheiden maßgeblicher Teilnehmer aus der Mediation ist kein gutes Vorzeichen.

Frage:

Welche Kosten sind für das gesamte Mediationsverfahren zur Frage des Flughafenausbaus veranschlagt und mit welchem tatsächlichen Kostenaufwand wird letztendlich zu rechnen sein?

PRESIDENTE: L'assessore Widmann chiede di rinviare temporaneamente l'esame dell'interrogazione visto che gli mancano ancora delle informazioni per poter dare una risposta adeguata.

Passiamo all'**interrogazione n. 24/07/07** del 24.7.2007, presentata dalla consigliera Klotz, riguardante l'accertamento di idoneità alla guida – trasmissione ininterrotta di programmi radiofonici in sala d'attesa. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KLOTZ (Südtiroler Freiheit – Freies Bündnis für Tirol): Leute, die zu Visiten bei der überörtlichen Ärztekommision für die Feststellung der Fahrtauglichkeit in der Bozner Galilei-Straße 10 B vorgemerkt sind, müssen oft lange warten, bis sie an die Reihe kommen. Im Wartesaal läuft Dauerbeschallung, vornehmlich handelt es sich um italienisches Radio- Geplapper.

Kommt man vom Stiegenhaus in der Galileistraße in den 2. Stock mit den Hinweistafeln, in welchem Teil des Stockwerks welche Einrichtungen zu finden sind (rechts Fahrtauglichkeit und Verkehrspsychologie, links Führerscheinkommision usw.), hört man das Geplapper. Im Wartesaal ist die Lautstärke am höchsten. Viele klagen über diese Qual: für jemanden, der nach einer Herzoperation zur Visite, oder der zum Hörtest muss, ist das nicht nur eine Zumutung, sondern eine gesundheitliche Beeinträchtigung!

Ist solche Dauerbeschallung in öffentlichen Räumen erlaubt?

Wer ist in diesem Fall verantwortlich und welches Radioprogramm läuft?
Seit wann ist dauerbeschallt, hat es noch keine Beschwerden gegeben?

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe diese Aktuelle Anfrage von Frau Kollegin Klotz zum Anlass genommen, nachzufragen, wie der Sachverhalt liegt. Vom zuständigen Dienst wurde mir mitgeteilt, dass normalerweise entweder klassische Musik oder leise englische Pop-Musik gespielt wird. Der Dienst ist der Meinung, man sollte den Aufenthalt der Patientinnen und Patienten so angenehm wie möglich gestalten. Im Allgemeinen führt dies auch zu positiven Rückmeldungen. Wenn hier aber augenscheinlich - wie Sie es geschildert haben - ein Fehlgriff erfolgt ist, so ist dies sehr bedauerlich und der Dienst möchte sich dafür auch entschuldigen. Der zuständige Dienst hat aber bekräftigt, dass es in der Regel nicht dazu kommt, dass in den Räumlichkeiten laute Musik gespielt wird, sondern dass man stets versucht, vorwiegend klassische Musik oder leise englische Pop-Musik bzw. leise Hintergrundmusik abzuspielen. Wenn es sich aber so zugetragen hat, wie Sie es dargelegt haben, möchte sich der zuständige Dienst hierfür entschuldigen. Man wird weiterhin bemüht sein, den Patienten ihren Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Die Verantwortung liegt natürlich beim Dienst für Rechtsmedizin. Auf die Frage, ob es hier nicht zu mehreren Klagen gekommen ist, muss man feststellen, dass es natürlich Menschen gibt, die überhaupt keine Musik wünschen, aber überwiegend gab es für diese leise Hintergrundmusik positive Rückmeldungen.

KLOTZ (Südtiroler Freiheit - Freies Bündnis für Tirol): Herr Landesrat, ich möchte Ihnen den Vorfall noch einmal genauer schildern, da ich selber an Ort und Stelle war, um mich zu überzeugen, ob die Klagen auch berechtigt sind. Manchmal erweisen sich die Klagen ja bei einer näheren Überprüfung als übertrieben. Am Freitag, den 15. Juni, hatte ich die entsprechende Klage entgegengenommen. Eine Person, die vor kurzem eine Herzoperation hatte, hat die Aufforderung erhalten, die Feststellung der Fahrtauglichkeit vornehmen zu lassen. Der Mann hatte mir auch den Vormerkschein gezeigt, mit dem er für 9.30 Uhr vorgeladen wurde. Er ist erst nach 12.00 Uhr an die Reihe gekommen, obwohl er überpünktlich - wie viele Leute aus unseren Tälern - schon um 8.30 Uhr dort war, um auf jeden Fall nach Aufruf vor Ort zu sein. Er hat sich bei mir beklagt, dass im Wartesaal mehrheitlich - es wurde auch Musik abgespielt - „italienisches Geplapper“ zu hören gewesen sei. Nun möchte ich in Klammer sagen, dass mich auch deutsches Geplapper stören würde. Es handelte sich offensichtlich um ein Radioprogramm. Daraufhin bin ich am Montag - also nicht mehr am selben Tag -, den 18. Juni, am

Vormittag gegen 11.00 Uhr selber dort hingegangen. Schon im Stiegenhaus konnte ich mich davon überzeugen, dass die Klagen des besagten Mannes stimmten. Im Wartesaal war das Geplapper am lautesten zu hören. Ich habe mir die Situation ein wenig angeschaut. Einige Damen waren hinter den Glasscheiben, es war eher ein ruhiger Tag. Daraufhin habe ich den Wartesaal verlassen und etwas abgewartet. Ich bin dann noch einmal hineingegangen, um mich zu vergewissern, ob danach vielleicht doch Musik abgespielt würde. Es war nicht der Fall, es lief immer nur das Radioprogramm mit diesem italienischen Geplapper. Jetzt stellen Sie sich vor, Herr Landesrat, Sie sitzen da und haben eine Herzoperation hinter sich! Der Mann hat sich bei mir beklagt, dass es eine Zumutung gewesen sei. Die Kommission habe sich korrekt verhalten, aber er sei völlig entnervt hineingegangen. Denken Sie an jemanden, der einen Hörtest vor sich hat, nicht jeder liebt die Dauerbeschallung, Herr Landesrat! Deswegen habe ich die Frage gestellt, ob die Dauerbeschallung in öffentlichen Räumen überhaupt erlaubt und vorgesehen ist. Ich weiß, dass bei den meisten Zahnärzten und wahrscheinlich auch bei anderen Ärzten leise Musik abgespielt wird, aber in öffentlichen Räumen und gerade in Sälen, in denen eine gesundheitliche Prüfung erfolgt, ist dies äußerst bedenklich. In diesem Fall ging es darum, für wie lange Zeit der Mensch den Führerschein bekommt. In der Tat wurde der Führerschein dieses Mannes um ein Jahr verlängert. Deshalb, Herr Landesrat, nehmen Sie diesen Vorfall bitte ernst! Diese Klage ist nicht aus der Luft gegriffen. Ich hätte das Warten keine vier Stunden ausgehalten. Ich hätte mich vor Ort und Stelle beschwert, aber Sie kennen ja unsere gutmütigen Leute! Sie denken daran, dass sie vor eine Kommission kommen und es sein könnte, dass, wenn eine Sekretärin ungehalten wäre, die Prüfung deswegen vielleicht nicht gut verlaufen könnte. Es könnte auch heißen, man wäre ein Querulant. Wie gesagt, Sie kennen unsere Leute, sie lassen das einfach über sich ergehen. Solche Zustände sind wirklich eine Zumutung, weil - wie gesagt - manche Leute das auch gesundheitlich nicht aushalten. Nicht alle sind es gewohnt, dauerbeschallt zu werden, wie vielleicht viele Leute in der Stadt, die ohne Dauerbeschallung gar nicht mehr leben können.

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Frau Kollegin Klotz, das, was Sie soeben ausgeführt haben, macht mich betroffen. Deshalb werde ich noch heute die notwendigen Vorkehrungen treffen, damit dieser Misstand, sollte er noch bestehen, umgehend behoben wird.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 26/07/07 del 19.6.2007, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Kury, riguardante il centro di guida sicura a Vadena. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Es ist ruhig geworden um das geplante, kostspielige und heftig bekämpfte Motorzentrum in der Frizzi Au. Was nun nach verschiedenen Varianteprojekten tatsächlich in Pfatten errichtet wird, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit.

Fragen:

1. Wurde das Projekt nach dem November 2005 noch einmal geändert? Falls ja, in welcher Form? Gibt es hierfür ein positives Gutachten des UVP-Beirats?
2. Wer ist für das Projekt, die Bauausführung und die Projektsteuerung verantwortlich?
3. Welche Termine gibt es für die Fertigstellung des Zentrums? Wurden die bisherigen Bauarbeiten termingerecht abgeschlossen?
4. Wie teuer wird das schlüsselfertige Projekt?
5. Führung: Weiß die Landesregierung inzwischen, wer das Zentrum führen wird? Welches Führungskonzept hat sie hierfür? Gibt es bereits Interessenten? Falls nein, wie und wann soll geeignetes Führungspersonal gesucht werden?
6. Ist die Landesregierung nach wie vor überzeugt, dass sich dieses Motorzentrum „selbst tragen und sogar Erlöse abwerfen wird“ (O-Ton LR Widmann Landtag 3.2.2004)? Falls ja, mit welcher Begründung?

WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen - SVP): Verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Projekt selbst hat im Laufe der Zeit einige kleinere technische Anpassungen erfahren. Aufgrund von Gesprächen mit den potentiellen Betreibern sind kleine Verbesserungen vorgenommen worden, wie zum Beispiel die Zusammenführung von Einheiten, Erweiterung der Grünzonen, Abänderung der Technik der Sprinkleranlagen usw. Allesamt sind absolut im Einklang mit den UVP-Bestimmungen und, wie gesagt, es handelt sich nur um kleine, sinnvolle, technische Anpassungen.

Die STA ist für die Verwirklichung des Projekts verantwortlich. Voraussichtlich werden die Arbeiten noch innerhalb dieses Jahres abgeschlossen. Die technischen Arbeiten sind absolut im Rahmen des Geplanten und verlaufen genau nach Ausschreibung. Danach folgen die sogenannten weichen Arbeiten, sprich die Software, die Einrichtung, die Fluglichtanlagen und anderes. Wir werden das Zentrum dann Anfang des nächsten Jahres einweihen können. Die Kosten bleiben im Rahmen des Vorgesehenen. Auf die Frage, wer die Betreiber sein werden, möchte ich mitteilen, dass es einige wenige professionelle Betreiber gibt und dass sich noch einige neue Betreiber gemeldet haben. In Italien gibt es bereits zwei, drei professionelle Betreiber, welche Sicherheitszentren führen, wobei zu bemerken ist,

dass die Tradition nicht so groß und auch nicht sehr lang ist. In Deutschland gibt es den ADAC, in Österreich gibt es den ÖMTC. Wir haben mit allen Gesprächen geführt, auch mit Autohäusern, welche das Programm "Sicherheit auf den Straßen" groß geschrieben haben. Es handelt sich beispielsweise um Audi, BMW und einige weitere Autoproduzenten. Wir sind dabei die Statuten zu erarbeiten und diese der Landesregierung vorzulegen. Anschließend werden wir entscheiden, welche Betreiber für die Führung des Fahrsicherheitszentrums in Frage kommen.

Ich komme nun zur letzten Frage, ob sich dieses Fahrsicherheitszentrum sinnvoll und positiv führen lassen wird. Ich kann nur sagen, dass sich alle Zentren ähnlicher Größenordnung in Europa, welche schon seit einigen Jahren bestehen, rechnen, und zwar in dem Sinn, dass sie alle schwarze Zahlen schreiben. Natürlich braucht es eine bestimmte Anlaufzeit. Die Anlaufzeit beträgt, je nach Standort, zwischen drei und fünf Jahren. Wir gehen genauso davon aus, dass das Sicherheitszentrum in Bozen nicht nur sinnvoll ist, sondern auch dazu beitragen wird, viele Unfälle auf den Straßen zu verhindern. Das ist natürlich nicht belegbar. Die Statistiken sprechen eine klare Sprache, wenn wir uns Finnland, Schweden, aber auch andere Realitäten anschauen, wo der Betrieb von Fahrsicherheitszentren bereits ein Teil des gesamten Programms für Sicherheitsprävention auf den Straßen ist. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Projekt nach einer bestimmten Anlaufzeit schwarze Zahlen schreiben wird.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Herr Präsident, danke, Herr Landesrat Widmann, für die Antworten, die durchwegs positiv klingen, wenn auch eine Spur weit unkonkret für ein bereits weit fortgeschrittenes Projekt! Die Antwort auf die Frage nach den Kosten ist in Ihrer Argumentation elegant untergegangen. Vielleicht könnten Sie uns, Landesrat Widmann, danach noch kurz die Kosten mitteilen. Die Führungskonzeption scheint ja wirklich einen "Run" auf diese Führung hervorzurufen. Wir hoffen, dass dem so sein wird! Die „kleinen Anpassungen“ müssen wir uns noch ansehen. Wir hoffen, dass das nicht die geplante, diskutierte Motocross-Piste sein wird. Mit einer Verschiebung der Rentabilität auf eine Zeit zwischen drei und fünf Jahren ist sicherlich zu rechnen. Unsere Frage, ob es dafürsteht, das Fahrsicherheitszentrum bzw. dieses sogenannte Motorsportzentrum zu errichten, steht nach wie vor. Wie wir alle wissen, sind die Unfallzahlen beachtlich in den Keller gesunken. Die Anzahl der tödlichen Unfälle ist aufgrund von Aufklärung, aufgrund von Prävention und aufgrund von Straßenpolizeikontrollen - man nennt es auch die sogenannte "Mockisierung" der Verkehrskontrollen - sehr gesunken. Wir denken, dass diese Form der Prävention sehr viel billiger ist als die Errichtung des geplanten Fahrsicherheitszentrums. Es wird höchstwahrscheinlich nur noch kleinere Senkungsraten der Anzahl der Unfälle

geben. Vielleicht könnten Sie uns gelegentlich noch die Antwort auf die Kosten liefern?

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 27/07/07 del 19.6.2007, presentata dalla consigliera Klotz, riguardante Scientology – campagna pubblicitaria contro la psichiatria. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KLOTZ (Südtiroler Freiheit – Freies Bündnis für Tirol): Mehrere Gemeinderäte der Bewegung "SÜD-TIROLER FREIHEIT (z. B. jene in Tramin, Riffian und Montan) haben von der Scientology- Organisation "Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte" Broschüren und DVDs mit dem Titel "Psychiatrie Tod statt Hilfe" erhalten. In Baden- Württemberg wurde dieses Material landesweit an Bürgermeister verschickt. Das dortige Landesamt für Verfassungsschutz hat sich mit dieser "Hetzkampagne gegen die Psychiatrie" befasst und zu Wachsamkeit aufgerufen: "Die gegen die Psychiatrie gerichtete Hetze... ist stärker denn je. Scientology hat einem... Teil aller Psychotherapieangebote den Kampf angesagt, weil sie offenkundig selbst Dominanz im Gesundheitswesen erlangen will. Die Agitation steht auch in Zusammenhang mit ihren ehrgeizigen gesellschaftspolitischen Ambitionen." (s. Anlage).

Sind dem Landesrat für Gesundheitswesen solche Werbesendungen an Gemeinderatsmitglieder in Südtirol bekannt?

Will der LR gegen diese Hetzkampagne etwas unternehmen?

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist allgemein bekannt, dass die Organisation Scientology bereits seit Jahren versucht, die Psychiatrie schlecht zu machen, und dass sie ihre eigene Lehre als Heilmittel gegen seelische Krankheiten hat. Unsere Primare bekunden, dass in der letzten Zeit keine verstärkte Aktivitäten in diesem Bereich festzustellen waren.

Was die Zusendung von Werbesendungen an Gemeinderatsmitglieder betrifft, haben wir den Gemeindenverband kontaktiert. Der Geschäftsführer des Gemeindenverbandes, Dr. Galler, hat uns mitgeteilt, dass er von Seiten der Gemeinden keine Mitteilungen erhalten hätte. Scientology versucht immer wieder, mit den verschiedensten Methoden neue Anhänger zu finden. Wir wissen, dass die Vorwürfe, die gegen die Psychiatrie erhoben werden, haltlos sind und jeglicher wissenschaftlichen Grundlage entbehren. Natürlich sollten wir alle vermeiden, dass Menschen in Not bei derart zweifelhaften Organisationen Halt suchen. Ich kann Ihnen versichern, dass unsere Primare in den Abteilungen für Psychiatrie und in den psychologischen Diensten jetzt schon sehr wachsam sind. Wir haben die Dienste über

diese neuen Aktivitäten informiert. Wir haben die Problematik auch im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt und die verantwortlichen Dienste ersucht, die entsprechende Angelegenheit wachsam zu verfolgen.

KLOTZ (Südtiroler Freiheit - Freies Bündnis für Tirol): Danke, Herr Landesrat! Ich kann Ihnen weitere Details nennen, weil sich in der Zwischenzeit einige Leute bei mir gemeldet haben. Darunter befindet sich auch die Schulleiterin der Grundschule Welschnofen. Sie haben besagte DVD interessanterweise in Italienisch zugeschickt bekommen, mit dem Titel: "Psichiatria: industria di morte", was auf Deutsch soviel heißt wie: "Psychiatrie: Tod statt Hilfe". Ich weiß jetzt nicht, ob das auch für andere Schulen zutrifft, aber wenn die Broschüre in eine Grundschuldirektion verschickt worden ist, kann man annehmen, dass noch weitere folgen werden. Nach welchen Kriterien die Gemeinderäte ausgewählt worden sind, weiß ich nicht. Nach welchen Kriterien diese Volksschule ausgewählt wurde, weiß ich auch nicht. Daran zeigt sich, dass es nicht nur einzelne Gemeinderäte waren. Diese Unterorganisation macht keinen Hehl daraus und bekennt sich ganz offen zu Scientology. Ich habe die Broschüre jetzt leider nicht hier, weil ich nicht annahm, dass die Anfrage noch heute zur Behandlung kommen würde. Ich werde Sie Ihnen bei Gelegenheit zeigen. Jedenfalls beinhaltet sie den Verweis darauf, dass Scientology als Kommission für die Einhaltung der Menschenrechte - eine gute Tarnung - 1967 oder 1969, gegründet wurde. Was diese DVD's und Broschüren enthalten, ist ungeheuerlich! Wenn das Leute in die Hand bekommen, die vielleicht ohnehin psychisch nicht sehr stabil sind, stellen diese Dinge sicherlich eine ganz große Gefahr dar. Alles, was darin vermittelt wird, kann die Leute sehr schwer treffen. Die Absicht von Scientology in diesem Zusammenhang ist ganz klar, sie will die geistige Heilung - wie sie Scientology-Anhänger nennen - in die eigenen Hände bekommen. Ich habe deshalb den Bericht des Verfassungsschutzes beigelegt. Am Samstag hat der Fernsehsender "ARD" eine ganz große Fernsehdiskussion über Scientology ausgestrahlt. Darin sind ganz andere Töne gekommen, nicht nur von Seiten der Ärzte und Professoren, sondern auch von Lehrern und verschiedenen Gruppierungen! Sie warnen vehement vor den Umtrieben von Scientology, welche nicht zu unterschätzen sind. Vor circa zehn Jahren hat es hier ziemlich viel Wirbel um Scientology-Aktivitäten gegeben. Dann war zehn Jahre lang Ruhe und jetzt merkt man, dass Scientology wieder die Fühler nach Südtirol ausstreckt.

Sie haben bereits bestätigt, dass Sie die Psychiater bzw. Primare der psychiatrischen Abteilungen angewiesen haben, in diesem Bereich wachsam zu bleiben. Sollte ich noch Rückmeldungen erhalten, werde ich sie gleich an Sie weiterleiten.

PRESIDENTE: Ritorniamo ora alla trattazione dell'interrogazione n. 23/07/07, di cui era già stata data lettura e il cui esame era stato temporaneamente sospeso su richiesta dell'assessore Widmann.

Prego, assessore Widmann.

WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen - SVP): Verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich komme zur Frage, wie hoch die Kosten des gesamten Mediationsverfahrens waren. Die Mediation ist - so glaube ich - auf Vorschlag von einigen Exponenten aus dem Unterland eingerichtet worden. Ich muss sagen, dass sie aus meiner Sicht sehr sinnvoll verlaufen ist. Es sind sehr viele Meinungen zu Tage getreten und ich glaube, dass die Mediation jetzt langsam zum Schluss kommt. Ich bin davon überzeugt, dass einige sinnvolle Lösungsvorschläge herauskommen werden. Teilweise wurden bereits Kompromissvorschläge diskutiert, welche recht konsensfähig waren.

Die Ausgaben für das Mediationsvorhaben belaufen sich, was das Honorar des Mediators Dr. Falk betrifft, auf 231.000 Euro. Mitinbegriffen sind in diesem Betrag die Ausgaben für Aufenthalt, Reise usw. Die Ausgabe für die Simultanübersetzung jedes wöchentlichen Treffens beläuft sich auf 1.000 Euro und die Ausgaben für Getränke und Imbisse betragen für jedes wöchentliche Treffen 200 Euro. Das macht insgesamt 20.400 Euro, plus 231.000 Euro.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke für diese Auskunft, die zumindest den Kostenrahmen aufschlüsselt. Natürlich ist es fraglich, ob die Mediation das Erhoffte gebracht hat. Die Einigungen sind im politischen Raum unter politischen Exponenten erfolgt. Ob es hierfür eine Mediation gebraucht hätte, ist sehr fragwürdig. Danke schön!

PRESIDENTE: Sono scaduti i 90 minuti previsti per la trattazione delle interrogazioni su temi di attualità. Alle interrogazioni non esaminate verrà fornita risposta scritta entro i prossimi cinque giorni.

Continuamo con la trattazione dell'ordine del giorno e passiamo al punto n. 31 dell'ordine del giorno.

Prego, consigliere Leitner, ha la parola sull'ordine dei lavori.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Auch wenn die sechs Monate seit der Behandlung eines inhaltsgleichen Beschlussantrages vergangen sind, möchten wir die Behandlung dieses Beschlussantrages vertagen, weil wir die Baukostenabgabe erst eingeführt haben. Deshalb hätte eine Diskussion in diesem Moment wenig Sinn.

PRESIDENTE: Consigliere Leitner, si tratta della mozione n. 371/06 che riguarda il sussidio casa.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ach so, ja diesen Beschlussantrag möchten wir natürlich behandeln.

PRESIDENTE: Va bene.

Punto 31) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 371/06 del 23.5.2006, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante l'edilizia abitativa – necessari cambiamenti – sussidio casa”**.

Punkt 31 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 371/06 vom 23.5.2006, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Wohnbau – Änderungen sind notwendig – Wohngeld”**.

In Provincia di Bolzano è sempre più difficile costruire oppure acquistare una casa o un appartamento. Nonostante o a causa (vedi la ricerca dell'Istituto per la Promozione dei Lavoratori - IPL) degli attuali contributi provinciali, molte/i sudtirolesi non possono più permettersi l'acquisto di una casa. Inoltre sono moltissimi coloro che hanno contratto ingenti debiti con le banche.

Non basta che il diritto ad avere una casa sia sancito dalla Costituzione, bisogna anche poterlo mettere in pratica e le attuali misure di sostegno non bastano più, né i criteri sono adeguati. Urge un serio riordino della materia con l'introduzione del risparmio immobiliare per accumulare capitale. Questo tipo di agevolazione edilizia ha già dato ottimi risultati in Austria e in Germania e, con le debite modifiche dovute alla nostra situazione particolare, va introdotto anche qui da noi.

Nella maggior parte dei casi i prezzi alti delle case costringono entrambi i coniugi a lavorare, il che crea anche una serie di problemi di natura sociale. A ciò si aggiunge il carico fiscale. Questo è uno dei motivi principali per cui le giovani coppie non si sposano più e optando per altre forme di convivenza si sottraggono alla morsa del fisco.

Negli ultimi anni in relazione alle cosiddette abitazioni convenzionate sono sempre più spesso emersi problemi. Sempre più spesso c'è chi se ne approfitta e fruisce indebitamente di un provvedimento di per sé sensato come quello di sfruttare al meglio la cubatura edilizia e metterla a disposizione di persone che cercano casa e che sono in possesso dei requisiti per ottenere i relativi contributi provinciali, per usare come seconda casa o, in alcuni casi, persino come casa da affittare ai turisti alloggi sovvenzionati con i soldi dei contribuenti. Questa prassi, chiamata "svendita della Heimat", sta sempre più spesso sollevando forti critiche. Ha portato a un generale aumento dei prezzi delle case e

al fatto che la gente del luogo non può più permettersi l'acquisto di una casa.

Con l'art. 9 della legge provinciale 18 novembre 2005, n. 10, pubblicata sul supplemento n. 2 al Bollettino Ufficiale della Regione del 22-11-2005, nell'art. 79-bis della legge urbanistica provinciale (LP 11-8-1997, n. 13) è stato aggiunto un comma 4 che riserva al Consiglio comunale la decisione se e in quali casi trova applicazione la cancellazione anticipata del vincolo di cui all'art. 79.

La decisione della Giunta provinciale di costruire le cosiddette case albergo per lavoratori non raccoglie un consenso unanime. Visto che in provincia continuano ad arrivare nuovi immigrati, il problema casa si aggrava sempre più. Nel frattempo alcuni lavoratori stranieri restano nelle case albergo più a lungo di quanto sarebbe previsto, il che porta di fatto a un uso diverso se non improprio. Si chiede giustamente che l'edilizia abitativa agevolata favorisca essenzialmente e in primo luogo la popolazione locale. Visto che è l'economia a chiamare in provincia un numero sempre maggiore di lavoratori, si può anche pretendere che contribuisca alla loro sistemazione. Sarebbe troppo comodo lasciare questo compito esclusivamente alla Provincia e scaricare i relativi costi sul contribuente. E' ovvio che questa pratica fa aumentare la domanda e non porta a una reale soluzione. Al contrario, con i ri-congiungimenti familiari ogni anno arrivano in provincia dalle 700 alle 800 persone, accentuando così ulteriormente il problema della casa. La situazione degli ultimi anni è la seguente:

Jahr / anno	Ansuchen / domande	Anzahl Begünstigte (Ehepartner, Eltern und minderjährige Kinder der Antragsteller) numero beneficiari (coniugi, genitori e figli minori dei richiedenti)
2001	438	644
2002	436	776
2003	477	819
2004	467	762
2005 (01.01. – 30.06.05)	224	375

Sussidio casa

Il fatto che nel frattempo agli stranieri vada più del 30% dei sussidi casa complessivamente erogati (ovvero 6.562.076,97 euro di complessivi 21.284.712,87 euro) suscita malumore fra la popolazione. Risulta necessario introdurre nuovi criteri per l'accesso a questa agevolazione. Abusi si verificano per es. anche per il fatto che stranieri che lavorano in Trentino trasferiscono la residenza in Provincia di Bolzano per poter così usufruire del sussidio casa.

Tutto ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna*

la Giunta provinciale ad adottare le seguenti misure in materia di edilizia abitativa:

Gli immigrati possono abitare nelle case albergo al massimo per tre anni.

Per il sussidio casa è necessario introdurre il requisito dei cinque anni di residenza.

Anche per l'assegnazione di un alloggio dell'Istituto per l'edilizia sociale bisogna aver maturato cinque anni di residenza in Provincia di Bolzano.

Non esiste più la possibilità di riscattare alloggi convenzionati e gli alloggi convenzionati sono esclusivamente riservati alla popolazione locale.

Bisogna verificare la possibilità di introdurre il risparmio immobiliare per accumulare capitale, di modo da facilitare l'acquisto di una casa.

Wohnbau

Die Chancen und Möglichkeiten, in Südtirol ein Eigenheim oder eine Wohnung zu errichten bzw. zu erwerben, werden immer stärker eingeschränkt. Trotz bzw. wegen (siehe AFI-Studie) der aktuellen Landesförderung, können sich viele Südtirolerinnen und Südtiroler ein Eigenheim nicht mehr leisten. Zudem sind sehr viele Südtiroler bei den Banken hoch verschuldet.

Das Recht auf ein Eigenheim darf nicht nur in der Verfassung garantiert sein, es muss auch konkret zur Anwendung gebracht werden können. Dazu reichen die bisherigen Förderungskriterien und -maßnahmen nicht mehr aus. Eine grundsätzliche Neuausrichtung ist dringend notwendig, wobei die Einführung des Bausparens zur Kapitalbildung ein neuer Ansatz sein soll. Diese Art der Wohnbauförderung hat sich in den Nachbarstaaten Österreich und Deutschland bestens bewährt und soll, unter Berücksichtigung der besonderen Lage, auch in Südtirol eingeführt werden.

Die hohen Wohnungspreise zwingen in den meisten Fällen beide Ehepartner zur Berufstätigkeit, wodurch eine Reihe sozialpolitischer Probleme entstehen. Die Besteuerung trägt zu einer weiteren Belastung bei. Dies ist ein Hauptgrund dafür, dass junge Paare nicht mehr heiraten und durch andere Formen des Zusammenlebens dem steuerlichen Würgegriff entfliehen.

Im Zusammenhang mit den so genannten konventionierten Wohnungen sind in den vergangenen Jahren immer öfter Probleme aufgetreten. Eine an sich vernünftige Maßnahme, nämlich Baukubatur bestmöglich auszunützen und Wohnungssuchenden zur Verfügung zu stellen, welche die Voraussetzungen für die entsprechende Landesförderung haben, wird nicht selten dahingehend missbraucht, dass diese mit Steuergeldern geförderten Wohnungen als Zweitwohnungen bzw. in machen Fällen sogar als Fremdenwohnungen genutzt werden. Diese Praxis geriet unter der Bezeichnung "Ausverkauf der Heimat" immer mehr ins Kreuzfeuer der Kritik. Sie führte zu einer allgemeinen Verteuerung der Wohnungen und dazu, dass sich Einheimische eine Wohnung nicht mehr leisten können.

Mit Landesgesetz Nr. 10 vom 18. November 2005, veröffentlicht im Beiblatt Nr. 2 zum Amtsblatt vom 22.11.2005, wurde im Art. 9 zum Art.

79-bis Absatz 3 des Raumordnungsgesetzes (L.G. Nr. 13 vom 11.8.1997) in geltender Fassung der Absatz 4 hinzugefügt, der dem Gemeinderat die Entscheidung vorbehält, ob und in welchen Fällen eine vorzeitige Löschung der Bindung laut Art. 79 zur Anwendung kommt.

Das Vorhaben der Landesregierung, für Einwanderer so genannte Arbeiterwohnheime zu errichten, stößt nicht auf uneingeschränkte Zustimmung. Aufgrund der Tatsache, dass ständig neue Einwanderer ins Land strömen, verschärft sich auch das Wohnungsproblem entsprechend. Mittlerweile verbleiben ausländische Arbeitskräfte länger in den Arbeiterwohnheimen als eigentlich vorgesehen. Dies führt zu einer grundsätzlichen Zwecksentfremdung. Die einheimische Bevölkerung verlangt mit Recht, dass die Wohnbauförderung vordergründig und in erster Linie ihr zugute kommt. Weil die Wirtschaft immer mehr Arbeitskräfte ins Land holt, kann auch verlangt werden, dass sie sich an deren Unterbringung beteiligt. Es wäre zu einfach, diese Aufgabe allein dem Land zu übertragen und die entsprechenden Kosten auf den Steuerzahler abzuwälzen. Diese Praxis erhöht natürlich die Nachfrage und führt zu keiner wirklichen Lösung. Im Gegenteil, durch die so genannte Familienzusammenführung kommen jährlich 700 bis 800 Menschen ins Land, wodurch die Wohnungsprobleme zusätzlich angeheizt werden. Die Situation der letzten Jahre stellt sich folgendermaßen dar:

Jahr / anno	Ansuchen / domande	Anzahl Begünstigte (Ehepartner, Eltern und minderjährige Kinder der Antragsteller) numero beneficiari (coniugi, genitori e figli minori dei richiedenti)
2001	438	644
2002	436	776
2003	477	819
2004	467	762
2005 (01.01. – 30.06.05)	224	375

Wohngeld

Der Umstand, dass die Ausländer mittlerweile über 30 % des gesamten Wohngeldes erhalten (6.562.076,97 Euro von insgesamt 21.284.712,87 Euro), sorgt bei der Bevölkerung für Unmut. Es erscheint notwendig, für den Zugang zu dieser sozialen Leistung neue Kriterien einzuführen. Missbrauch entsteht beispielsweise dadurch, dass in Trentino arbeitende Ausländer ihren Wohnsitz nach Südtirol verlegen, um in den Genuss des Wohngeldes zu gelangen.

All dies vorausgeschickt,

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung im Bereich Wohnbau folgende Maßnahmen zu treffen:

Arbeiterwohnheime dürfen von Zuwandern höchstens drei Jahren besetzt werden.

Für den Bezug des Wohngeldes ist eine fünfjährige Ansässigkeit in Südtirol erforderlich.

Für die Zuteilung einer Wohnung des Instituts für den sozialen Wohnbau ist ebenfalls eine fünfjährige Ansässigkeit in Südtirol erforderlich.

Die Möglichkeit zum Freikauf von konventionierten Wohnungen wird abgeschafft und die konventionierten Wohnungen werden ausschließlich der einheimischen Bevölkerung vorbehalten.

Prüfung der Einführung des Bausparens zur Kapitalbildung, um den Erwerb eines Eigenheimes erschwinglicher zu machen.

La parola al consigliere Leitner per l'illustrazione della mozione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Ich möchte vorausschicken, dass einige Zahlen in den Prämissen nicht mehr stimmen, denn der Beschlussantrag stammt vom Mai 2006. Bezüglich des Wohngeldes ist zu sagen, dass die Ausländer mittlerweile 35 und nicht mehr 30 Prozent des Wohngeldes beziehen. Im Jahr 2006 sind insgesamt 1.350 Personen nach Südtirol gekommen. Aufgrund einer Anfrage, die wir an die Landesregierung gerichtet haben, mussten wir feststellen, dass man nicht mehr unterscheidet, wie viele Personen aufgrund von Familienzusammenführungen und wie viele sonst nach Südtirol gekommen sind. Offensichtlich ist die Zahl zu hoch und man will sie lieber vertuschen! Das Problem der Familienzusammenführung ist eines der größten Probleme in diesem Lande. Wenn es um die Kriterien betreffend die Größe der Wohnungen geht, macht die Quästur andere Berechnungen als etwa die Gemeinden aufgrund geltender Landesgesetze, in denen klar festgeschrieben ist, wie groß eine Wohnung sein muss. Die Aussage der Landesregierung "Südtiroler zuerst" lässt darauf schließen, dass die Landesregierung erkannt hat, dass die Südtiroler in einigen Bereichen wirklich das Nachsehen haben. Das sagen wir Freiheitlichen seit Jahren und dafür hat man uns auch kritisiert! Jetzt hat man offensichtlich erkannt, dass man hier etwas tun muss. Gerade im Bereich der Zuteilung von Wohnungen, aber auch von anderen sozialen Leistungen ist es so, dass die einheimische Bevölkerung immer öfter das Nachsehen hat. Das hat natürlich viele Gründe, aber einer der Hauptgründe ist jener, dass es den Südtirolern oft zu dumm ist, auf Sozialleistungen zurückzugreifen. Auf der anderen Seite ist aber auch zu sagen, dass sie die nötige Punktezahl nicht erreichen. Die Landesregierung hat eine kleine Kurskorrektur vorgenommen, und zwar mit Dekret des Landeshauptmannes Nr. 53 vom 10. Oktober 2006. Dabei wurden die Kriterien für die unbewohnbaren und überfüllten Wohnungen abgeändert, aber das ist bestenfalls Kosmetik. Die Probleme müssen an der Wurzel gepackt werden, denn

alles andere sind nur kurzfristige Verbesserungen. Wenn man eine gute Einwanderungspolitik betreiben will, dann muss man damit beginnen, wenn die Menschen ins Land kommen. Man muss sich die Frage stellen, wie viele Leute wir brauchen, wo diese Menschen gebraucht werden usw. Es ist aufzupassen, dass wir nicht eine emotionale Diskussion "Einheimische gegen Ausländer" führen, aber es ist auch eine unbestrittene Tatsache, dass es Bestimmungen gibt, die den Südtirolern zum Nachteil gereichen. Deshalb haben wir die Forderungen in diesem Zusammenhang so formuliert, dass Arbeiterwohnheime beispielsweise höchstens für drei Jahre besetzt werden dürfen sollen. Innerhalb von drei Jahren sollte der Zuwanderer schon in der Lage sein, eine Wohnung zu finden. Das ist schon zumutbar, denn sonst werden diese Arbeiterwohnheime dauernd besetzt sein. Für die Unterbringung in einem solchen Arbeiterwohnheim muss man 200 Euro im Monat zahlen, und deshalb ist die Dimension gegenüber dem, was Südtiroler zahlen, sehr bedenklich.

Für den Bezug des Wohngeldes ist eine fünfjährige Ansässigkeit in Südtirol erforderlich, eine Forderung, die wir schon seit Jahren vorantreiben. Es ist zu sagen, dass mittlerweile schon viele diese Voraussetzung haben.

Was die Zuteilung einer Wohnung des Wohnbauinstitutes anbelangt, schlagen wir vor, dass dies für Ausländer erst nach zehn Jahren Ansässigkeit in Südtirol möglich sein soll. Die Möglichkeit zum Freikauf von konventionierten Wohnungen sollte abgeschafft werden, denn die konventionierten Wohnungen sollen ausschließlich der einheimischen Bevölkerung vorbehalten werden. Mit dem jüngsten Raumordnungsgesetz haben wir im Bereich des konventionierten Wohnungsbaus ja Änderungen vorgenommen. Außerdem soll die Landesregierung endlich ernsthaft prüfen, das Bausparen einzuführen, um den Erwerb eines Eigenheimes erschwinglicher zu machen. Wir haben oft nachgewiesen, dass durch diese Art der Förderungspolitik die Wohnungen in Südtirol sehr teuer und teilweise unerschwinglich sind. Ich beziehe mich hier nicht nur auf die Gemeinden, in denen es das Phänomen der Zweitwohnungen gibt. In den touristisch hoch entwickelten Gemeinden ist das Phänomen teilweise extrem, denn wenn man in Corvara für eine Wohnung einen Quadratmeter-Preis von 10.000 bis 13.000 Euro zahlen muss, so ist das nicht zumutbar. Die Wohnungen sind in Südtirol grundsätzlich viel zu teuer und belasten die Familien. Die Menschen heiraten nicht mehr, weil sie zu zweit verdienen, aber nur ein Einkommen aufscheinen soll. Außerdem gibt es die Problematik der sogenannten Alleinerziehenden, die in Wirklichkeit oft gar keine Alleinerziehenden sind, wobei die wirklichen Alleinerziehenden dann oft zu kurz kommen. Es kann doch nicht sein, dass die Menschen zum Schwindeln gezwungen werden! Oft müssen sie schwindeln, damit sie überhaupt eine Chance haben, zum geförderten Wohnbau zugelassen zu werden!

Wie gesagt, in diesem Beschlussantrag sind einige Maßnahmen enthalten, mit denen man die Situation verbessern könnte.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ausgehend vom letzten vom Kollegen Leitner behandelten Punkt kann man sagen, dass diesem durchaus zuzustimmen ist, denn das Bausparen wäre wichtig und ist in Deutschland und Österreich gut eingeführt worden. Bausparen diszipliniert auch und ist eine Sparform, die bereits von Jugendlichen in Anspruch genommen werden kann und dazu führt, dass die Planung von Wohnungseigentum frühzeitig möglich wird. Es wäre auch wünschenswert, dass der Mietmarkt etwas in Bewegung geriete. Man sollte endlich versuchen, erschwingliche Mieten zu erreichen, was beispielsweise dadurch erreicht werden könnte, wenn man einen Teil des Wohngeldes in relativ günstige Mietwohnungen investieren würde. Da sind wir weitestgehend d'accord, Kollege Leitner, und das wissen Sie auch.

Zu Punkt 1. Dass Arbeiterwohnheime höchstens für drei Jahre besetzt werden dürfen, ist bereits der Fall. Ebenso ist der Freikauf von Konventionierungen aufgrund des neuen Raumordnungsgesetzes zumindest gesetzlich sehr stark eingeschränkt worden. Wir werden ja sehen, wie sich das konkret auswirkt. Kollege Leitner, Du weißt aus längerer Erfahrung hier im Landtag, wie sich die Gesetze in der Wirklichkeit niederschlagen.

Im Hinblick auf die Frage des Wohngeldes sind wir naturgemäß etwas anderer Auffassung, weil man den Zusammenhang sehen muss. Das Wohngeld ist sehr stark angestiegen, auch für Ausländer. Heuer sind wir bereits bei 8,5 Millionen Euro angelangt. Diese Ziffern sind nicht herbeigeschwindelt worden, aber man muss immer auch den Kontext sehen. Der Markt für den Ankauf von Wohnungen ist für Ausländer so gut wie verschlossen. Die Eigentumswohnungen in Ausländerhand sind minimal, und deshalb ist der Mietmarkt ein primäres Ziel von Ausländern. Deshalb wird auch ganz intensiv auf das Wohngeld zurückgegriffen, aber man muss sagen, dass primär nicht die Ausländer das Wohngeld kassieren. Es ist vor allem eine Einnahme, die in den Taschen der Vermieter landet. Es gibt sehr viele Vermieter, die sich an diesem Bereich gesundstoßen. Sicher wird das Mietgeld von den Ausländern relativ stark in Angriff genommen, aber es gibt ja keine bzw. nur sehr begrenzte Alternativen.

Im Bereich der Sozialwohnungen muss man immer wieder betonen, dass diese bis zu drei Prozent von Nicht-EU-Bürgern besetzt werden. Der Anteil ist also sehr begrenzt. Die Ansuchen sind zwar relativ stark und werden sicher auch zunehmen, aber in diesem Zusammenhang besteht kein Anlass zu Alarmismus.

Noch ein letzter Hinweis. Wenn es um die Vergabe von Sozialwohnungen geht, so sind von 25 Punkten 11 Punkte für die Ansässigkeit vorgesehen. Wer hier

punktet, muss man auch sehen, denn es sind vor allem die Einheimischen. Es braucht also eine differenzierte Betrachtungsweise und eine Verfolgung des Missbrauches. Die Ausländerbevorteilung hat sehr enge Grenzen.

PRESIDENTE: Do lettura di un emendamento, presentato dai presentatori della mozione: “Il punto 3 della parte impegnativa è così sostituito: ‘Anche per l’assegnazione di un alloggio dell’Istituto per l’edilizia sociale bisogna aver maturato dieci anni di residenza in provincia di Bolzano’”.

“Punkt 3 des beschließenden Teiles des Beschlussantrag erhält folgenden Wortlaut: ‘Für die Zuteilung einer Wohnung des Instituts für den sozialen Wohnbau ist ebenfalls eine zehnjährige Ansässigkeit in Südtirol erforderlich’”.

La parola all’assessore Cigolla per la presa di posizione da parte della Giunta.

CIGOLLA (Assessore al patrimonio, alla cultura italiana e all’edilizia abitativa - Il Centro): Come ha già annunciato il dott. Heiss, il punto 1 è già diventato operante attraverso delibere di Giunta provinciale. Per il punto 2 è in corso una serie di simulazioni condotte dal collega Theiner nell’ambito di una armonizzazione dei requisiti e dei criteri per l’accesso a tutti i benefici sociali, e tra questi anche all’edilizia abitativa. Proprio in questo momento in una sala di questo palazzo vi sono delle trattative fra il nostro dott. Bacchin, l’assessore Theiner e i suoi funzionari. Hanno detto che entro un mese si dovrebbe arrivare ad un testo unico dei requisiti per l’ammissione a tutti i benefici sociali, però in questo momento non abbiamo niente di scritto.

Per quanto riguarda i cinque anni di residenza per l’alloggio sociale debbo dire che questo è già previsto, e la residenza l’abbiamo già scaglionata fino a 9 anni per quanto attiene il secondo punto e fino a 12 per il terzo punto. Quindi è stata fatta una certa selezione dal punto di vista del punteggio relativo all’ammissione per l’alloggio sociale, e lo stesso vale per il punteggio per sovraffollamento.

Per quanto riguarda il punto 4, non esiste più la possibilità di riscattare alloggi; nella terminologia tecnico-legislativa non esiste più la dicitura “riscatto alloggio convenzionale”, perché l’alloggio convenzionale è sottoposto a due impegni ben precisi, cioè si sottoscrive una convenzione con la quale il richiedente si impegna a vendere o locare. Con le ultime modifiche introdotte nella convenzione, la lettera g) in particolare dà una facoltà sola di locare o vendere ad ascendenti, per cui se fra poco si toglie anche questo, non esisterà più il termine “convenzionalità di alloggi” sulla base della lettera g) che sparirà.

Per quanto riguarda il punto 5, ho citato le parole dette dalla precedente presidente Ipes Franzelin che per anni si è battuta nel settore risparmio casa. Tutta

questa buona intenzione è stata trasmessa a tutti i comuni, alle banche, ma se poi nessuno va in banca e inizia ad attuare il deposito mensile, semestrale o annuale, resta solo una pia intenzione.

Tutta questa problematica è legata ad un altro grave problema, alla cubatura, che non la si inventa. Se c'è si può parlare di cubatura esistente, se non c'è possiamo solo raccontarci le pie intenzioni. Se il piano regolatore, specialmente nella città capoluogo, non viene modificato, non c'è un metro quadrato su cui costruire, per cui anche l'ipotesi alloggi convenzionati, nuovi quartieri per chi costruisce la prima casa, per chi è in cooperativa, per chi vuole, e qui entra in ballo un'altra ipotesi, attraverso l'impresa sociale si possono costruire alloggi da dare a canone provinciale, anche questa idea è legata a cubatura che deve esistere. Non possiamo inventarci alloggi che non ci sono e sui quali si può fabbricare o costruire una politica della casa. Finché la cubatura resterà poca, i prezzi non scenderanno. L'ho detto anche a tutti i nostri amministratori, specialmente dei comuni capoluogo dove c'è il maggiore fabbisogno, che se non mettiamo in moto il meccanismo mirato a reperire nuove zone di espansione con questa ipotesi di dare alloggi anche in locazione a canone provinciale, non riusciremo ad uscire da questo vicolo cieco. La nuova cubatura non si inventa, bisogna costruirla, e per costruirla ci vogliono nuove zone di espansione, e quindi una modifica al piano regolatore.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Herr Landesrat, das, was Sie zu den Punkten 1 und 4 gesagt haben, stimmt, denn inzwischen ist eine andere Regelung eingetreten. Aber in Bezug auf den letzten Punkt muss ich fragen, ob in Ihrem Amt die eine Hand nicht weiß, was die andere tut. Ich zitiere noch einmal Abteilungsdirektor Spitaler, der vor Monaten Folgendes gesagt hat: *“Der Wohnungsbedarf in Südtirol ist gedeckt, außer für die Ausländer.”* Das wurde auch nie dementiert! Ich weiß nicht, von welchem Zahlenmaterial Dr. Spitaler ausgegangen ist. Wir wissen auch, dass es sehr viele leere Wohnungen gibt. Natürlich ist es eine Möglichkeit, jede Menge neues Bauland auszuweisen, denn gebaut wird dann sicher. Stellt sich die Frage, ob wir damit der Bauindustrie einen Gefallen tun wollen oder ob wir den Wohnungsbedarf decken wollen. Die Wohnungen sind ja da. Sie werden einfach aus irgendwelchen Gründen nicht vergeben! Wenn Sie sagen, dass man den Vorschlag zum Bausparen an die Banken, Gemeinden usw. weitergeleitet habe, so reicht das nicht, solange die Geschäfte mit den anderen Möglichkeiten größer sind. So, wie man die jungen Menschen bei der Zusatzrente zum Sparen anmahnt, so müsste es auch beim Bausparen sein. Da habe ich diese Vehemenz nicht gesehen! Bei den Zusatzrenten hat man sehr wohl sehr viel getan, weil es hier auch eine staatliche Regelung gibt, die vorsieht, dass sich die jungen Menschen entscheiden müssen, ob sie einem Zusatzrentenfonds beitreten wol-

len oder nicht. Auch bei der Wohnungssuche müsste man den jungen Leuten sagen: "Wenn Ihr eine Wohnung kaufen wollt, dann müsst Ihr dafür auch sparen!" Das, was früher selbstverständlich war, hat man mit der Landesförderung über den Haufen geworfen. Im Bausparen gibt es keine Kultur mehr! Heute meint jeder Zwanzigjährige, eine Eigentumswohnung haben zu müssen. Das ist das höchste der Gefühle in diesem Land, und wir rühmen uns, 80 Prozent Eigentumswohnungen zu haben. Das ist eine tolle Sache, aber schauen wir uns auch die Verschuldung an! Ich kenne den Kampf der Rosa Franzelin, den ich übrigens immer unterstützt habe. Auch Makler und Bauunternehmer sagen das, obwohl diese natürlich ein anderes Interesse hätten. Auf jeden Fall ist in diesem Bereich etwas zu tun, und nur zu sagen, dass man ein Rundschreiben an die Banken und Gemeinden verschickt habe, ist zu wenig. Hier braucht es den politischen Willen. Menschen horten Wohnungen, das heißt, sie lassen sie lieber leer stehen, weil es nicht interessant ist, sie zu vermieten. Auch auf Mietwohnungsmarkt braucht es also Bewegung. Da gibt es wenig Tradition, aber man tut auch nur wenig in diese Richtung. Man schreibt das Bestehende fort und nimmt in Kauf, dass die Preise noch ansteigen. Das ist keine Lösung des Wohnungsproblems, und die Leidtragenden sind wirklich unsere jungen Leute! Wir wissen, wie viele Menschen sich aufgrund des Kaufs einer Eigentumswohnung verschulden. Leider Gottes ist es heute auch so, dass die Menschen nicht mehr nur zum Wohnungskauf, sondern auch zum Kauf eines Autos und sogar zur Finanzierung des Urlaubs einen Kredit aufnehmen. Die Wohnung schlägt aber am meisten zu Buche.

Wie gesagt, in Bezug auf den Zugang zu Sozialwohnungen zwischen Einheimischen und Ausländern ist Handlungsbedarf gegeben, und das hat die Landesregierung ja selber zugegeben. Wenn sie sagt "Südtiroler zuerst", dann wird man gerade an diesem Bereich erkennen, ob es ihr ernst ist.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione sulla mozione: respinta con 5 voti favorevoli, 1 astensione e i restanti voti contrari.

Punto 39) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 381/06 del 5.7.2006, presentata dal consigliere Seppi, riguardante derogare dalla norma della proporzionale nella sanità provinciale"**.

Punkt 39 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 381/06 vom 5.7.2006, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend 'Im Südtiroler Gesundheitswesen soll vom Proporz abgesehen werden'"**.

Derogare dalla norma della proporzionale nella sanità provinciale

La tristezza con cui dobbiamo ancora una volta affrontare il tema della proporzionale, in questo caso relativo alla ASL unificata, non ci pone assolutamente sulle posizioni di retroguardia sposate all'unisono, e questo è un'ulteriore questione degna di un approfondimento ideologico, da alcuni partiti italiani. Calcoli su calcoli per verificare quanti posti saranno guadagnati o persi da quel gruppo linguistico; ragionamenti di proporzionale ibrida in cui entrano in gioco le percentuali provinciali con quelle delle aree di riferimento delle ex quattro ASL; conteggi sul numero dei primariati così come dei portantini destinati a italiani, tedeschi e ladini. È davvero angosciante vedere una classe politica impegnata con la calcolatrice invece che in proposte politiche di più alto profilo legislativo. Ora, che l'impianto sanitario provinciale abbia già dimostrato da anni quanto sia insipiente, ingiusto e addirittura inapplicabile il criterio della proporzionale è un dato di fatto: centinaia di assunzioni in deroga alle norme statutarie così come centinaia di operatori non dipendenti forniti a caro prezzo dalle cooperative dove non solo non è garantito il bilinguismo e la proporzionale ma nemmeno la conoscenza di una lingua, sono divenuti un disservizio normale; come inaccettabile, ma purtroppo "digerito" dai più è stato l'allontanamento da Bolzano di primari della qualità e della conoscenza del professor Scienza perché non bilingui. Questa è l'occasione per prendere definitivamente atto che la proporzionale non può essere prioritaria rispetto alla meritocrazia dei singoli candidati a un concorso di qualsiasi ordine e grado; questa è la ragione per cui UNITALIA non intende assolutamente prestarsi al gioco distruttivo di un impianto sanitario che prima di rispondere ai requisiti di una qualitativa prestazione agli utenti pretende che il personale venga imprigionato in gabbie etniche per l'assunzione a discapito del servizio e della professionalità dei singoli operatori. Mai come ora convinti che la proporzionale vada immediatamente abolita nella sanità come in qualsiasi altro settore della vita pubblica e professionale, denunciando apertamente la nostra profonda diversità di opinioni nei confronti dei propositi di altri partiti italiani: non ci interessa se perderemo o guadagneremo dei primariati come gruppo italiano. Ci impegniamo affinché i migliori professionisti all'interno dell'ASL siano nominati primari. I migliori punto e basta, a prescindere dalla lingua che parlano e dalla appartenenza etnica!

*Si impegna
la Giunta provinciale*

a operare una deroga definitiva alla norma statutaria della proporzionale relativamente alle assunzioni di personale medico, paramedico e di tutte le altre categorie previste in organico dalla sanità provinciale.

Im Südtiroler Gesundheitswesen soll vom Proporz abgesehen werden. Die Tatsache, dass wir wieder einmal das Thema Proporz angehen müssen, dieses Mal im Zusammenhang mit dem einzigen Sanitätsbetrieb, stimmt uns traurig, bedeutet allerdings nicht, dass wir die gleichen rückständigen Positionen einnehmen wie einige italienische Parteien; dies ist ein weiterer Punkt, der ideologisch unter die Lupe genommen werden muss. Berechnungen über Berechnungen, um herauszufinden, wie viele Stellen diese oder jene Sprachgruppe dazu

gewonnen oder verloren hat; Überlegungen über einen hybriden Proporz, mit einer Verquickung des Landesproporz mit einem auf die Einzugsgebiete der ehemaligen vier Sanitätsbetriebe bezogenen Proporz; Berechnungen über die Anzahl der Primariate ebenso wie der Krankenträgerstellen, die für Italiener, Deutsche und Ladiner bestimmt sind. Es ist wirklich beängstigend, zusehen zu müssen, wie sich Politiker mit der Rechenmaschine beschäftigen, anstatt mit politischen Vorschlägen, die auf einer höheren gesetzgeberischen Ebene angesiedelt sind. Nun, da es sich beim Landesgesundheitsapparat seit Jahren erwiesen hat, wie dumm, ungerecht, ja unanwendbar der Proporz ist, steht Folgendes fest: Hunderte von Aufnahmen in Abweichung von den Statutsbestimmungen sowie Hunderte von Mitarbeitern, die in keinem Angestelltenverhältnis stehen und zu einem hohen Preis von Genossenschaften gestellt werden, wobei nicht nur die Zweisprachigkeit und der Proporz nicht gewährleistet sind, sondern nicht einmal die Kenntnis einer Sprache, sind nunmehr der Regelfall; ebenso unannehmbar, aber leider von den meisten "geschluckt" worden ist die Tatsache, dass Primare vom Format und mit dem Wissen eines Prof. Scienza von Bozen verjagt wurden, weil sie nicht zweisprachig sind. Das ist der Moment, um endgültig zur Kenntnis zu nehmen, dass dem Proporz nicht mehr Gewicht eingeräumt werden darf als dem Verdienst der einzelnen Kandidaten bei welchem Wettbewerb auch immer; das ist der Grund, aus welchem UNITALIA absolut nicht beabsichtigt mitzuspielen bei der Zerstörung eines Gesundheitsapparates, der nicht in erster Linie die Voraussetzungen für eine qualitativ hochstehende Betreuung der Patienten schafft, sondern stattdessen verlangt, dass das Personal bei seiner Einstellung in ethnische Käfige gesperrt wird auf Kosten des Dienstes und der Professionalität der Mitarbeiter. Mehr denn je in der festen Überzeugung, dass der Proporz im Gesundheitswesen und in jedem anderen Bereich des öffentlichen und Berufslebens unverzüglich abgeschafft werden muss, betonen wir, dass wir einen ganz anderen Standpunkt vertreten als andere italienische Parteien: es interessiert uns nicht, ob wir als italienische Sprachgruppe Primariate verlieren oder hinzugewinnen. Wir setzen uns dafür ein, dass die besten Ärzte innerhalb des Sanitätsbetriebes zu Primaren ernannt werden. Einfach die Besten, unabhängig von der Sprache, die sie sprechen, und unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit!

*Die Landesregierung wird
verpflichtet,*

die Proporzbestimmung laut Autonomiestatut für die Aufnahme von ärztlichem und nicht ärztlichem Personal und aller anderen im Stellenplan des Landesgesundheitswesens vorgesehenen Kategorien definitiv nicht mehr anzuwenden.

La parola al consigliere Seppi per l'illustrazione della mozione.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Voglio usare in termini positivi il problema della sanità, che soffre di queste prerogative segnalate nella mo-

zione, per allargare il ragionamento. Sicuramente la ASL è la realtà più evidente di quanto assurda sia l'applicazione della proporzionale riferita alle assunzioni, ma non è l'unica situazione che fa acqua da tutte le parti. Certo la sanità è il problema più serio, non meno seri sono tutti gli altri uffici pubblici che rivestono la loro importanza, perché se è vero che non si deve mandare via un primario perché non fa parte di quel gruppo a cui quel posto è destinato o lo si manda via perché non è in possesso del patentino di bilinguismo gruppo A, quando è una "scienza" a livello universitario, ritengo che siamo arrivati ai limiti di una follia talmente legata a concetti che potevamo trovare forse nel 200 avanti Cristo. Siamo arretrati, incapaci di capire, perché non può esistere altro che il merito nell'acquisizione di un ingegnere negli uffici che si occupano di opere pubbliche, non solo di un primario all'ospedale. Certamente del primario all'ospedale se ne accorgono tutti, forse dell'ingegnere assunto all'Archivio di Stato se ne accorgono di meno, ma esiste anche lì, ma noi ormai assuefatti da questa realtà, non ci rendiamo nemmeno conto di quanto sia assurda e astrusa.

Se un suo amico toscano, presidente, viene a trovarla in Alto Adige e Lei racconta queste cose, Le chiede sicuramente se ha bevuto, perché non può crederci che si possa mandare a casa un medico bravo solo perché non ha il requisito della proporzionale. Allora siccome finalmente qualcuno queste cose le comincia a capire, ci vorrebbe la volontà di dire che forse un ragionamento di questo tipo sta anche in piedi, ci vorrebbe la volontà di aprire una riflessione legislativa, di aprire una riflessione istituzionale sull'applicazione della proporzionale. Invece si preferisce continuare a sottoscrivere centinaia di deroghe. Non sta in piedi un sistema, altrimenti le deroghe sarebbero infinitesimali rispetto alle situazioni in atto. Quindi è il sistema che va cambiato, non la deroga che va sottoscritta.

Se non faremo riflessioni di questo tipo, è inutile poi andare a dire che uno è un autonomista o meno. Io posso essere autonomista e anche automobilista, sicuramente non mi adegua alla proporzionale. E se per essere autonomisti bisogna essere adeguati alla proporzionale, io non lo sono, e rimango un automobilista! Quelli che hanno sponsorizzato Alex Langer sul quotidiano "Alto Adige" per quattro giorni, e sia chiaro che Unitalia, a differenza del capogruppo in consiglio comunale, è d'accordo - anche noi a volte abbiamo opinioni diverse, ma non arriviamo al punto in cui è arrivata Alleanza Nazionale quando hanno opinioni diverse, noi riusciamo ancora a discuterne - ma quegli stessi che li sponsorizzano, di questi problemi non ne parlano più, e sono i problemi di Langer, sono la base stessa per cui è arrivato dove è arrivato e ha ottenuto l'ammirazione e la stima che tutti conosciamo. Poi ognuno fa gli affari suoi, se la lunghezza delle stanghe dove devono stare le galline è più importante della proporzionale e del bilinguismo, ognuno nella vita ha la sua scala di priorità, però su questi temi Langer aveva 100 volte ragione, nello stesso identico

modo in cui ce l'aveva Giorgio Almirante, schierato dall'altra parte, perché la proporzionale è un'aberrazione, è l'antimeritocrazia ed è una base dell'autonomia. Per questo sono antiautonomista, perché sono contro la proporzionale, sono contro il censimento etnico, sono contro la dichiarazione razzista della quale un medico, un primario, un portantino dell'ospedale, così come un autista della Provincia, si deve ingabbiare. È ora di finirla in uno stato civile! Questa non è civiltà, noi viviamo in una realtà delle più cupe caverne precedenti all'età del bronzo!

PASQUALI (Forza Italia): Io sono sempre stato contrario all'istituto della proporzionale, perché credo che un grande principio liberale è quello di avere il posto di lavoro secondo il principio della meritocrazia, secondo quello che effettivamente uno riesce a dare nella società. Questo principio molto spesso si riflette negativamente sul gruppo linguistico italiano, perché ad esempio i colleghi di Alleanza Nazionale sostengono che eliminare la proporzionale in questo momento sarebbe dannoso al gruppo linguistico italiano che in questo momento avrebbe benefici dalla sua applicazione. Pur consapevole di questo, sono talmente convinto del principio liberale della meritocrazia, che assumerei anche i rischi di vedere assegnati minori posti al gruppo linguistico italiano purché prevalga il principio del merito e non dell'appartenenza etnico-linguistica.

Ma se questo è un principio generale, particolare è il settore della sanità dove non si scherza con la vita umana e con i rischi della salute. Noi vediamo cosa succede in ospedale tutti i giorni non solo per quanto concerne i primariati, dove si dice tutti i giorni che questo primariato spetta al gruppo linguistico italiano o al gruppo linguistico tedesco ecc., ma in generale: in questo momento può arrivare il medico giapponese o olandese, importante è che sia bravo e in grado di salvare la vita ai pazienti! Ma lo vediamo anche nel personale dell'ospedale, dove vediamo extracomunitari, persone che non appartengono né al gruppo linguistico italiano, né al gruppo linguistico tedesco, né al gruppo linguistico ladino ma che sono obbligati a fare una dichiarazione di comodo per poter lavorare. Quindi particolarmente per quello che riguarda il settore salute è importante che ci sia un sacrificio in funzione del valore della vita umana.

Sono quindi perfettamente d'accordo con la mozione del collega Seppi e chiedo che venga fatta una deroga al principio della proporzionale per quello che riguarda il settore della sanità.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich möchte vorausschicken, dass die Annahme dieses Beschlussantrages, rechtlich gesehen, wahrscheinlich problematisch ist, denn es wird schwierig sein, das Autonomiestatut mit einem einfachen Landtagsbeschluss außer Kraft zu setzen. Abgesehen von

diesem rechtlichen Problem muss man aber schon über die Anwendung des Proporz und der Zweisprachigkeit im Sanitätswesen reden. Wir haben schon ausgiebig darüber diskutiert, Landesrat Theiner, und zwar sowohl in der Gesetzgebungskommission, als auch hier im Plenarsaal. Ich möchte diesen Beschlussantrag zum Anlass nehmen wollen, um dem Landesrat folgende Fragen zu stellen: Wie schaut es mit der Umsetzung dieses doch etwas balanceartigen Artikels, der einerseits den Landesproporz, andererseits aber auch jenen auf Sanitätsebene vorsieht, aus? Hat es nach der Zusammenlegung der vier Sanitätseinheiten Veränderungen des Proporz gegeben? Haben "Wanderungen" stattgefunden oder ist alles beim Alten geblieben? Das wäre die erste Frage.

Zur zweiten Frage. Ich denke, dass es im Sanitätswesen das Wichtigste ist, effiziente Ärzte und bestmöglich ausgebildetes Pflegepersonal zu haben. Das kommt zu dem hinzu, dass man imstande sein muss, mit den Patienten in ihrer Sprache zu kommunizieren. Proporz und Zweisprachigkeitsregelung, die momentan Gültigkeit haben, gehen nicht in diese Richtung. Da muss längerfristig nach einer Lösung gesucht werden. Ich hoffe, dass man sich endlich auch mit diesem Problem beschäftigt.

Zur dritten Frage. Bei der Diskussion über die Sanitätsreform haben wir ausdrücklich auch über das Problem der sogenannten "precari" gesprochen. Im Sanitätsbetrieb arbeiten circa 700 Personen, die nur kurzfristig angestellt werden, was bedeutet, dass sie sich weder um Fortbildung, noch um das Erlernen der zweiten Sprache kümmern. Sie wissen ja nicht, ob sie überhaupt einmal fix angestellt werden. Herr Landesrat, Sie kennen die diesbezüglichen Urteile von Gerichten besser als ich. Auch wenn sie über Jahrzehnte nur kurzfristig angestellt werden, erwachsen ihnen doch arbeitsrechtliche Sicherheiten, mit jenen sich das Land jetzt herumschlagen muss. Ich möchte fragen, was man tun wird, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

PRESIDENTE: Mancando solo 5 minuti fino alle ore 13.00, direi di interrompere adesso i lavori. Non vedo obiezioni, pertanto la seduta è sospesa fino alle ore 15.00.

ORE 12.54 UHR

ORE 15.04 UHR

(Appello nominale – Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Do la parola all'assessore Theiner per la presa di posizione da parte della Giunta sulla mozione n. 381/06.

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Seppi verlangt mit diesem Beschlussantrag ,die Proporzbestimmung laut Autonomiestatut für die Aufnahme von ärztlichem und nicht-ärztlichem Personal und aller anderen im Stellenplan des Landesgesundheitswesens vorgesehenen Kategorien nicht mehr anzuwenden. Der Kollege Seppi weiß, dass diese Proporzbestimmungen im Autonomiestatut vorgesehen sind, weshalb sie nicht so einfach mit einem Beschlussantrag abgeschafft werden können. Im Autonomiestatut ist vorgesehen, dass für die Besetzung der Stellen im öffentlichen Dienst der ethnische Proporz anzuwenden ist. Es versteht sich wohl von selbst, dass wir für den ethnischen Proporz sind. Wir haben im Herbst des letzten Jahres auch ein entsprechendes Landesgesetz verabschiedet, in welchem ausdrücklich festgehalten ist, dass nicht mehr der Proporz auf Bezirks-, sondern jener auf Landesebene gilt.

Die Frau Kollegin Kury hat gefragt, ob es bei der Anwendung des Proporztes Schwierigkeiten gegeben hat oder ob es zu Migrationsströmen in den einzelnen Bezirken gekommen ist usw. Dazu ist es nicht gekommen! Niemand musste wegen der Anwendung des Proporztes von einem Bezirk in den anderen wandern. Auch die Frage, ob man eine Flut von Ausnahmegenehmigungen erteilen musste, ist mit Nein zu beantworten. Der Sanitätsbetrieb kann das insgesamt ausgleichen. Wenn wir früher beispielsweise im Pustertal eine Stelle für eine italienischsprachige Krankenpflegerin ausgeschrieben haben, diese aber nicht besetzt werden konnte, dann musste eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Heute besteht die Möglichkeit, das auf Landesebene auszugleichen, was zu mehr Flexibilität und zu weniger Bürokratie führt. Insgesamt können wir da schon von sehr positiven Auswirkungen sprechen.

Nun zur Frage der Kollegin Kury in Bezug auf die prekären Arbeitsverhältnisse. Es stimmt, dass im Gesundheitsbereich rund 700 Personen mit Werkverträgen angestellt sind. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Personen, die nicht im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises sind. Ich möchte Ihnen Folgendes klar vor Augen führen: Eines ist der Beschlussantrag von Donato Seppi, der den ethnischen Proporz im Gesundheitswesen abschaffen möchte, etwas anderes ist aber der Nachweis der Zweisprachigkeit, der mit dem ethnischen Proporz nicht viel zu tun hat. Im öffentlichen Dienst muss dieser Nachweis erbracht werden, das heißt, beide Landessprachen – Deutsch und Italienisch – müssen beherrscht werden. Wer diesen Nachweis nicht erbringt, hat nicht die nötigen Voraussetzungen, um in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Wir sind hier mit den Gewerkschaften in sehr

intensiven Verhandlungen, um eine Lösung dieses Problems zu finden. Wir können natürlich nicht das Autonomiestatut ignorieren. Wir haben uns gestern auch in der Landesregierung darüber unterhalten, und in dieser Woche findet auch wieder ein Treffen mit den Gewerkschaften statt. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass bei uns fast alle Probleme in Zusammenhang mit prekären Arbeitsverhältnissen nicht darauf zurückzuführen sind, dass wir diese Personen nicht fix anstellen möchten. Diese Personen erfüllen subjektiv nicht die Voraussetzungen, um in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Wenn diese Personen den Zweisprachigkeitsnachweis erbringen würden, dann würden wir sie natürlich gerne in den öffentlichen Dienst aufnehmen.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Sull'ordine dei lavori. Preso atto dell'osservazione fatta stamattina dalla collega Kury e sottolineata anche dall'assessore, ritenendo opportuno considerare che non può essere il Consiglio provinciale ad operare una deroga alla proporzionale sulla sanità, vorrei modificare la parte impegnativa dicendo: "Si impegna la Giunta provinciale ad operare presso il Governo e le commissioni paritetiche competenti ...

PRESIDENTE: Consigliere Seppi, interrompiamo la seduta per 5 cinque minuti. Lei scriva il dispositivo e poi riprendiamo la seduta.

ORE 15.13 UHR

ORE 15.24 UHR

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Do lettura di un emendamento, presentato dal consigliere Seppi alla parte impegnativa della mozione: "La parte impegnativa della mozione è così introdotta: 'Si impegna la Giunta provinciale a sollecitare le competenti istituzioni parlamentari ...'".

"Der verpflichtende Teil des Beschlussantrages wird wie folgt eingeleitet: 'Die Landesregierung wird verpflichtet, die zuständigen parlamentarischen Institutionen aufzufordern ...'".

La parola al consigliere Seppi.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Non potevo non prendere atto dell'osservazione precisa e dettagliata fattami dalla collega Kury, e quando lei ha ragione ne prendo atto e ho fatto quello che dovevo.

Penso che le ragioni della compensazione tra la val Pusteria e la val d'Isarco, come mi ha espresso l'assessore Theiner, possono anche aver creato una maggiore funzionalità al sistema, ma la parola "compensazione" mi lascia perplesso. Sono convinto che la traduzione era perfetta, non so come si dice in lingua tedesca "compensazione", ma può esistere un concetto di compensazione fra uomini, fra italiani e tedeschi, o appartenenti allo stesso gruppo linguistico? Già i termini che si usano sono di una gravità estrema se letti in una giusta misura e in una situazione di asettica condizione rispetto alla totale assuefazione alla quale ormai la nostra cittadinanza è abituata. Compensazione. Ma può qualcuno "compensare" il collega Pasquali o il sottoscritto? Io non potrò mai "compensare" lui o viceversa! E quando si parla di compensazioni fra esseri umani solo perché le compensazioni derivano dall'appartenenza ad un gruppo etnico rispetto ad un altro, allibisco, perché siamo arrivati a parlare con totale superficialità di situazioni che invece dovrebbero essere misurate con il bilancino nel loro peso specifico.

Non sono una persona particolarmente fine, ma ho il pieno rispetto dell'uomo e della sua professionalità nel momento in cui entra e appartiene ad una professionalità quale quella dell'ambito sanitario. Continuare con questa norma avvilisce non solo la professionalità, il servizio sanità, ma il senso stesso dell'essere umano. Preferire qualcuno ad un altro solo perché sua mamma è nata a Sarentino anziché a Padova, è una cosa pazzesca. Assumere un dottore che viene da Hannover anziché uno che viene da Milano o viceversa è una cosa tremenda, quando tutte queste cose hanno precedenza sulla professionalità e sulla capacità dimostrata sul campo da queste persone che devono essere assunte. Non posso presumere oggi, oltre l'anno 2000, che possa esserci un concetto che superi la meritocrazia nelle assunzioni nella pubblica amministrazione, e questo a maggior ragione nella sanità in cui obiettivamente non va tutto bene, perché migliorerà pure il servizio, come l'assessore dirà, quando discuteremo la legge omnibus, ma una cosa non va bene, la professionalità e le capacità riscontrate in un passaggio di alcuni reparti dell'ospedale di Bolzano oggi non ci sono più. Non ci sono più le professionalità del dott. Dobrilla, gastrointrologo, da cui si recava gente da mezza Italia, non ci sono più le professionalità del dott. Scienza - e nominiamo sempre lui - ma nemmeno le professionalità della cardiologia di una volta. Siamo nella mediocrità totale. Non abbiamo nessun reparto che possa distinguersi a livello non nazionale, ma nemmeno triveneto. Quindi non mi si venga a dire che il servizio è migliorato. Sarà forse migliorato, ma è diminuita drasticamente la professionalità di chi ci sta lavorando. Noi non dobbiamo dire che abbiamo garantito meglio il servizio, perché magari abbiamo ridotto le liste di attesa da 3 mesi a 2 mesi e 20 giorni, ma non abbiamo migliorato il servizio nel momento in cui abbiamo perso le grandi capacità di persone che hanno fatto grande l'ospedale di Bolzano nelle loro specifiche specializzazioni. E

faccio il nome del dott. Dobrilla, del dott. Scienza non perché sono italiani, vi sono stati anche degli ottimi dottori tedeschi, il problema non è questo. Che non mi si venga a dire che li ho nominati perché sono italiani, non è vero. Mi è più facile pensare a loro ma mi è altrettanto semplice dire che tantissime professionalità del mondo tedesco non sono venute a Bolzano perché magari non disponevano del patentino o forse perché per queste ragioni mediocri antecedenti all'uomo delle caverne non ne posso nemmeno sentir parlare, perché sono avanti, non sono indietro come noi, né assuefatti a situazioni di questo tipo. Noi dobbiamo registrare oggi che nel reparto di traumatologia ci manca un primario. Non si può dire che siccome negli altri reparti - cardiologia, urologia - c'è un primario di madrelingua tedesca, lì deve andare un primario di madrelingua italiana. Ma siamo impazziti? Ma in che mondo vivete? Ma perché non deve occupare il posto il viceprimario che dimostra la migliore professionalità in questo momento? Siccome nel reparto radiologia ricopre il posto un primario di madrelingua tedesca, allora riserviamo questo posto per una persona di madrelingua italiana. C'è però un problema, che neanche questa proporzionale funziona, perché il primariato di radiologia, per esempio, non è importante come quello di cardiologia, e allora oltre al calcolo della proporzionale c'è pure il calcolo dei millesimali che vengono rilevati non so con quale forma, sulla base dell'importanza di un primariato rispetto ad un altro, perché non sono mica tutti uguali i primariati! Allora noi addirittura facciamo questi calcoli per arrivare a distribuire le poltrone dei primariati e abbiamo del tutto perso di vista la meritocrazia. Se questo è vivere in un sistema civile, abbasso la testa e mi vergogno di essere parte di questo sistema.

Chiedo la votazione per appello nominale.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione sulla mozione così emendata, per appello nominale, come richiesto dal consigliere Seppi e da altri due consiglieri.

Cominciamo con il numero 33:

UNTERBERGER (SVP): Nein.

URZÌ (AN): Astenuto.

WIDMANN (SVP): Nein.

BAUMGARTNER (SVP): Nein.

BERGER (SVP): (Assente)

CIGOLLA (Il Centro): No.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Sì.

DENICOLÒ (SVP): Nein.

DURNWALDER (SVP): (Abwesend)

FRICK (SVP): (Abwesend)

GNECCHI (Pace e diritti – Insieme a sinistra – Frieden und Gerechtigkeit – Gemeinsam Links): No.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ja.

KASSLATTER MUR (SVP): Nein.

KLOTZ (UFS): Nein.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ja.

LADURNER (SVP): Nein.

LAIMER (SVP): Nein.

LAMPRECHT (SVP): Nein.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Nein.

MAIR (Die Freiheitlichen): Nein.

MINNITI (AN): (Assente)

MUNTER (SVP): Nein.

MUSSNER (SVP): Nein.

PAHL (SVP): (Abwesend)

PARDELLER (SVP): (Abwesend)

PASQUALI (Forza Italia): Sì.

PÖDER (UFS): Nein.

SAURER (SVP): Nein.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Sì.

SIGISMONDI (AN): Astenuto.

STIRNER BRANTSCH (SVP): Nein.

STOCKER (SVP): Nein.

THALER (SVP): Nein.

THALER ZELGER (SVP): Nein.

THEINER (SVP): Nein.

Do lettura dell'esito della votazione: 5 voti favorevoli, 22 voti contrari e 2 astensioni. Pertanto la mozione è respinta.

Punto 44) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 391/06 del 13.7.2006, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Kury, riguardante rilevamento sanitario sistematico lungo l'asse del Brennero”.**

Punkt 44 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 391/06 vom 13.7.2006, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Dello Sbarba und Kury, betreffend Gesundheits-Monitoring entlang der Brenneroute”.**

*Rilevamento sanitario sistematico lungo l'asse del Brennero
Nelle città dell'Alto Adige e lungo le maggiori direttrici di transito, l'inquinamento atmosferico e quello acustico costituiscono un problema cronico. Si moltiplicano i segnali che il costante aumento delle emissioni comporti danni persistenti alla salute delle popolazioni interessate. È estremamente probabile che il livello sempre alto di patologie legate all'asma e di cancro ai polmoni dipenda, in parte rilevante, dalla continua crescita di volume del traffico. Anche altri frequenti disturbi*

come insonnia, mal di testa, artralgie, cali di concentrazione e di rendimento, allergie - disturbi non misurabili questi, ma che abbassano fortemente la qualità della vita – sono presumibilmente spiegabili con l'inquinamento persistente. In questo senso si sono espressi diversi esperti in medicina generale, che negli ultimi anni sono intervenuti sul problema più frequentemente ed energicamente che in passato.

Per il Land Tirolo il rapporto fra volume di traffico e danni alla salute è dimostrato da una serie di studi commissionati dal Land a riconosciuti esperti in medicina ambientale. Questi studi hanno indotto, soprattutto nella Wipptal settentrionale e nel Tiroler Unterland, a considerare realisticamente i problemi ambientali causati dal traffico. La situazione sanitaria delle popolazioni immediatamente limitrofe alle direttrici di traffico è stata costantemente analizzata per lunghi periodi. I risultati delle analisi hanno accelerato misure preventive e altre misure necessarie, e hanno motivato interventi urgenti di politica dei trasporti. Senza una credibile serie di prove, le autorità dell'UE non si faranno convincere ad approvare il trasferimento dalla gomma alla rotaia. Solo quando i danni alla salute saranno dimostrati sarà realisticamente possibile far approvare delle norme in questo senso.

L'Alto Adige potrebbe servirsi delle esperienze di regioni vicine e mettere in piedi un sistema organico di rilevamento sanitario sulla popolazione lungo gli assi di transito.

Per i motivi succitati

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

invita

la Giunta provinciale a costituire un gruppo di lavoro composto da esperti in medicina ambientale delle aziende sanitarie altoatesine e da esperti in medicina generale incaricandolo di elaborare le relative domande e di stabilire l'ambito delle analisi;

una volta definito l'ambito da esaminare, a incaricare il gruppo di lavoro di un'indagine di medicina ambientale a lungo termine sulla situazione lungo le direttrici nord-sud.

Gesundheits-Monitoring entlang der Brennerroute

Luft- und Lärmbelastung sind in Südtirols Städten und entlang der großen Transitachsen ein chronisches Problem. Die Hinweise mehrten sich, dass der ständige Zuwachs der Emissionen für die betroffene Bevölkerung zu nachhaltigen Gesundheitsschäden führt. Es ist höchst wahrscheinlich, dass der anhaltend hohe Pegel an Asthmaerkrankungen und Lungenkrebs zum nicht geringen Teil auf die wachsenden Verkehrsfrequenzen zurückgeht. Auch die häufigen, nicht messbaren, aber die Lebensqualität stark beeinträchtigenden Befindlichkeitsprobleme wie Schlafstörungen, Kopf- und Gelenkschmerzen, Konzentrations- und Leistungsminderung und Allergien finden eine denkbare Erklärung in der anhaltenden Umweltbelastung. Darauf verweist in Südtirol eine Reihe von Allgemeinmediziner, die sich in den letzten Jahren verstärkt zu Wort gemeldet haben.

Der Zusammenhang zwischen Verkehrsbelastung und Gesundheitsschäden wird im Bundesland Tirol durch eine Serie von Untersuchungen belegt, die im Auftrag des Landes von angesehenen Umweltmediziner durchgeführt wurden und vor allem im Wipptal und im Tiroler

Unterland eine realistische Sicht auf die durch den Verkehr induzierten Umweltprobleme bewirkt haben. Die konstant und über längere Zeit erhobenen Analysen zum Gesundheitsstatus der Transitanrainer haben Prävention und notwendige Eingriffe vorangetrieben, zudem bilden sie den notwendigen Hintergrund für dringende verkehrspolitische Eingriffe. Ohne medizinisch glaubhafte Beweiskette werden sich die EU-Behörden beispielsweise nicht dazu bewegen lassen, einer Verlagerung von der Straße auf die Schiene zuzustimmen. Erst wenn Gesundheitsschäden nachweislich belegt sind, besteht konkrete Aussicht auf die Genehmigung einschlägiger Normen.

Südtirol sollte die Erfahrungen von Nachbarregionen nutzen und ein umfassendes Monitoring der Bevölkerung an den Transitrouten in die Wege leiten.

Aus den genannten Gründen

fordert

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung auf, eine Arbeitsgruppe von Umweltmedizinern an den Sanitätsbetrieben Südtirols sowie von Allgemeinmedizinern zu bilden und diese mit der Entwicklung der entsprechenden Fragestellungen und des Analyserahmens zu beauftragen;

nach erfolgter Definition des Untersuchungsrahmens eine umweltmedizinische Langzeit-Studie zur Situation an den Nord-Süd-Transitrouten in Auftrag zu geben.

La parola al consigliere Heiss per l'illustrazione della mozione.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke, Herr Präsident! Der Verkehr entlang der Brennerroute nimmt beinahe täglich zu. Die aktuelle sehr günstige Konjunkturlage, die Präferenz für die Brennerstrecke im Rahmen des gesamten Alpentransits und die relativ niedrigen Mauttarife führen evidenterweise zu der Tatsache, dass die Brennerstrecke extrem belastet ist. Das können wir, die wir entlang dieser Route leben, problemlos feststellen. Die gesundheitlichen Auswirkungen dieser Verkehrszunahme stützen sich im südlichen Teil Tirols auf punktuelle Annahmen, Vermutungen und fallweise Untersuchungen, aber nicht auf eine systematische Erhebung. Wir wissen bis dato noch nicht in umfassendem Maße, wie sich die Verschlechterung der Luftwerte entlang der Brennerautobahn bzw. entlang der großen Transitstrecken auswirkt. Wir wissen nur annähernd, wie sich die wachsende Lärmbelastung entlang der Zugstrecken auswirkt. Das alles ist aus der internationalen medizinischen Literatur bekannt. Es gibt die Lancet-Studie und Public-Health-Studien, die relativ klar darauf hinweisen, aber es gibt noch keine spezifische, zusammenhängende Studie für die Strecke südlich des Brenners. Im nördlichen Tirol hingegen gibt es seit einem guten Jahrzehnt relativ ausführliche und umfassende Studien von - Kollegin Thaler weiß es - Hans Peter Lercher, einem Umweltmediziner, aber auch von Raimund Margreiter, dem

bekanntem Transplantationschirurgen, der vor einem Jahr bei der Bürgerversammlung auf dem Brenner in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen hat. Nicht zuletzt hat aber auch Klaus Romberg mit größtem Nachdruck aufgrund langfristiger Studien für Nordtirol darauf hingewiesen, welche Probleme sich vor allem für Kinder und Jugendliche ergeben, die entlang der Transitstrecken aufwachsen. Er verweist ganz klar darauf, wie etwa das Lungenwachstum von Jugendlichen und Säuglingen durch diese Belastung beeinträchtigt wird. In Ausarbeitung begriffen – das möchte ich ergänzend hinzufügen – ist diese große Public-Health-Studie, die im Zuge des Baus des Brennerbasistunnels in Auftrag gegeben wurde. Offenbar liegt sie als Einzeluntersuchung vor, und auch auf eindringliches Befragen hin wurde sie von Konrad Bergmeister noch nicht vorgestellt. Diese Studie betrifft vor allem das Wipptal nördlich des Brenners, mit einigen Schlussfolgerungen, die man für die Situation südlich des Brenners ziehen kann. Wir warten gespannt und ungeduldig auf diese Studie, weil man daraus doch auf unsere Situation schließen kann, aber sie ist nach wie vor nicht zugänglich. Um in diesem Bereich Klarheit zu haben und besser argumentieren zu können, vor allem im Hinblick auf die EU und Maßnahmen wie das sektorale Fahrverbot, das nur unter stringentem Verweis auf dieses Gesundheitsmonitoring erlassen werden kann, ist eine solche Studie dringend notwendig. Wir haben hier eine ganz klare Informationslücke, die auch südlich des Brenners von einzelnen Gemeindeärzten fallweise geschlossen wird. Sie weisen darauf hin, dass vor allem die Lärmbelastung und die Emissionen zu extrem negativen Folgen führen. Deshalb halten wir es für sehr dringlich, dass die Kompetenzen genützt werden, um eine Art von Verkehrsdepartment zu bilden, in welchem man diesen Auswirkungen gezielt nachgehen könnte, unter Berücksichtigung der internationalen Forschungsergebnisse. Dieses Thema wurde auch im Rahmen des Dreier-Landtages angemahnt und in einem einstimmig genehmigten Beschlussantrag wurde dann auch deutlich darauf hingewiesen, dass Handlungsbedarf besteht. Wir denken, dass es eine nicht unbillige Forderung ist, die Landesregierung zu ersuchen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die einen Analyserahmen setzt, daraufhin einen konkreten Arbeitsauftrag erteilt und dann eine Studie realisiert. Die Realisierung dieser Studie kann sicher noch ein, zwei Jahre dauern, aber deren Grundlagen könnten eine wesentliche Argumentation über Parteigrenzen hinweg bilden. Hier geht es wirklich um Schädigungen, die sich über Generationen hin erstrecken können. Deshalb bräuchten wir ein entschiedenes, scharfes und klares Monitoring in diesem Bereich. Dieser Beschlussantrag kann nicht ohne weiteres, politisch instrumentalisiert, zugeordnet werden, und deshalb ersuchen wir um seine Annahme.

SIGISMONDI (AN): Il principio espresso in questa mozione è più che valido. Queste sensibilità le abbiamo avute anche per quanto riguarda il capoluogo. Forse qualcuno ricorda quante volte è stato chiesto un gruppo di lavoro per esempio per gli effetti di ciò che produce l'autostrada nel tratto che attraversa la città. Non solo, ricordo quello "scandalo" che successe quando delle indagini sanitarie scoprirono che in via Marconi le patologie collegate ai polmoni dipendevano dal traffico!

In questa mozione si legge che *"si moltiplicano i segnali che il costante aumento delle emissioni comporti danni persistenti alla salute delle popolazioni interessate. È estremamente probabile che il livello sempre alto di patologie legate all'asma e di cancro ai polmoni dipenda, in parte rilevante, dalla continua crescita di volume del traffico. Anche altri frequenti disturbi come insonnia, mal di testa, artralgie, cali di concentrazione e di rendimento, allergie - disturbi non misurabili questi, ma che abbassano fortemente la qualità della vita - sono presumibilmente spiegabili con l'inquinamento persistente."* Allora serve qualche indagine affinché tutto ciò che è presumibile, che sembra collegabile al traffico lungo l'asse del Brennero possa produrre le patologie qui descritte. Ho sentito anche nominare una certa letteratura scientifica internazionale, ma mancano le evidenze pratiche. Quindi ci vuole il monitoraggio o uno studio approfondito? Secondo me questa mozione manca un po' di chiarezza. Si vuole un monitoraggio o si vuole un gruppo di lavoro che certifichi che il traffico lungo l'asse del Brennero comunque non provoca, oppure le provoca, le patologie scritte? Bisogna essere chiari su questo punto, perché non capisco se si vuole avere una panoramica o se si vogliono certezze. Per quanto riguarda l'inceneritore abbiamo avuto per esempio decine di problemi ed esempi. Abbiamo cinque tecnici che ci parlano a favore e secondo i quali potremmo bere l'acqua che esce dall'inceneritore, ne abbiamo altri cinque che dicono guai a voi avvicinarsi all'inceneritore, perché potreste morire di tumore.

Bisognerebbe essere un po' più chiari, capire quali sono le competenze della Provincia sulla possibilità di monitorare le conseguenze sanitarie che si possono avere sul traffico, per esempio riuscendo a collaborare, così come in altri settori, tipo agricoltura per quello che riguarda nel Burgraviato gli scopazzi del melo, per cui vi è una collaborazione con l'Istituto agrario di San Michele e non solo, ma credo anche con l'Austria e la Germania. Il vero punto è capire cosa si vuole, se esiste da parte della Provincia la possibilità di collaborare con altri enti, capire quale sia questo gruppo di lavoro, ma prima di tutto, e qui sta il punto debole della mozione, capire cosa si vuole, se si vuole monitorare il territorio o se si vuole avere la certezza sanitaria che lungo l'asse del Brennero, pur esistendo delle difficoltà, non vi sia la malaugurata possibilità di ammalarsi di tumore.

BAUMGARTNER (SVP): Das Anliegen, das die Kollegen der Grünen vorbringen, ist durchaus ernst zu nehmen. Soweit ich informiert bin, ist Landesrat Theiner mit seinen Leuten schon seit längerer Zeit dabei, so etwas auf die Beine zu stellen. Aber das reicht natürlich nicht aus, denn es geht auch darum, dass man sich in dieser Frage mit den Nachbarländern abspricht. Auch das ist bereits erfolgt. Jetzt stellt sich nur die Frage, ob wir uns mit diesem Beschlussantrag einengen wollen. Ich stimme mit dem Kollegen Sigismondi überein, wenn er sagt, dass es eine klare Zielsetzung braucht. Vor allem aber müssen wir die Arbeitsgruppe mit den richtigen Personen besetzen. Die Nachbarregionen befinden sich in einer ähnlichen Situation, und deshalb müssen wir uns diesbezüglich mit ihnen abstimmen. Ich glaube, dass es sinnvoll wäre, sich nicht allzu sehr einzuengen, sondern die Dinge etwas offener zu lassen. Wir müssen versuchen, eine gemeinsame Linie zu verfolgen, die wir dann aufgrund der Erkenntnisse der Arbeiten in der Arbeitsgruppe in Brüssel vorbringen können. Das war auch Sinn und Zweck des vom Dreier-Landtag genehmigten Beschlussantrags. Es sollen jene Maßnahmen weitergebracht werden, die am weitesten gehen. Auf jeden Fall warte ich die Antwort von Landesrat Theiner ab, denn von dieser möchte ich dann auch mein Stimmverhalten abhängig machen.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Herr Kollege Baumgartner, je weitergehend umso besser, und deshalb haben Sie jegliche Verhandlungsbereitschaft unsererseits sicher. Ich würde aber noch einmal dafür plädieren, dass man versucht, sich auf eine Formulierung zu einigen, die weitergehend ist und den Antrag des Dreier-Landtages rezipiert. Sonst können wir uns bei jedem Antrag darauf hinausreden, dass wir ja beim Dreier-Landtag schon ganz allgemein beschlossen haben, etwas tun zu wollen. Deshalb, Kollege Baumgartner, ersuchen wir Sie, Ihren Vorschlag zu deponieren. Wir sollten es auf jeden Fall nicht dabei belassen, nichts zu tun, denn das entspräche nicht dem Auftrag des Dreier-Landtages.

Ich möchte auch noch einmal nachfragen, was mit unserem genehmigten Beschlussantrag bezüglich der kontinuierlichen Lärmmessungen geschehen ist. Wenn Landesrat Theiner nicht antworten kann, dann möge bitte Landesrat Laimer antworten. Es ist nämlich so, dass wir manchmal aufgrund von Imagegründen etwas genehmigen und dann nichts geschieht.

Kollege Sigismondi, auf EU-Ebene gibt es Grenzwerte für Luft und Lärm. Aufgrund der Messungen in Schrambach und Neumarkt wissen wir, dass die von der EU festgesetzten Luft-Grenzwerte im Jahresmittelwert fast um das Doppelte überschritten werden. Und was ist mit den Lärmwerten? Diese werden nicht gemessen und deshalb können sie auch nicht überschritten werden. Wir ersuchen Landesrat Laimer, uns zu sagen, ob der genehmigte Beschlussantrag umgesetzt worden ist oder

nicht. Lärm ist genauso ein Grund für Krankheiten, und das, was mein Kollege Heiss beantragt, ist, ein regelmäßiges Monitoring über die gesundheitlichen Auswirkungen der Umweltbelastungen längs der Transitroute durchzuführen. Wir wollen wissen, wie es mit der Gesundheit der Menschen, die längs der Transitrouten wohnen, bestellt ist. Das ist legitim und höchst notwendig! Der Untersuchungsrahmen wird von den Experten definiert und danach wird eine Langzeitstudie in Auftrag gegeben. Das scheint mir weder schwierig, noch einschränkend zu sein, aber wenn es der Wunsch ist, auch auf eine Zusammenarbeit mit den Nachbarländern hinzuweisen, dann haben wir nichts dagegen einzuwenden.

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorausschicken, dass mir die Begründungen der Kollegen Heiss und Kury durchaus plausibel erscheinen. Im beschließenden Teil des Beschlussantrages steht: *“... fordert der Südtiroler Landtag die Landesregierung auf, eine Arbeitsgruppe von Umweltmedizinern an den Sanitätsbetrieben Südtirols sowie von Allgemeinmedizinern zu bilden und diese mit der Entwicklung der entsprechenden Fragestellung und des Analyserahmens zu beauftragen.”* Ich kann Ihnen nur sagen, dass es bereits solche Arbeitsgruppen gibt, aber damit geben wir uns nicht mehr zufrieden. *“... nach erfolgter Definition des Untersuchungsrahmens eine umweltmedizinische Langzeitstudie zur Situation an den Nord-Süd-Transitrouten in Auftrag zu geben.”* Es muss die Zielsetzung sein, an allen Transitrouten Daten zu erheben und epidemiologische Studien zu machen. Sie alle kennen die Studien in Tirol und Sie wissen, dass sich diese gehörig widersprechen. Deshalb wird auch immer von der Notwendigkeit gesprochen, nicht wieder die x-te Studie zu machen. Wir möchten eine epidemiologische Studie in Auftrag geben, die wissenschaftlichen Kriterien standhält. Mit Innsbruck sind wir uns diesbezüglich schon einig, und ich hoffe, auch Trient miteinbeziehen zu können. Auf jeden Fall werden wir nicht genau spezifizieren, welche Art von Medizinern dabei sein wird, denn das geht wirklich nicht. Wir möchten nach einheitlichen Kriterien Messungen entlang der gesamten Route vornehmen. Es ist also nicht damit getan, den Beschlussantrag abzuändern. Ich bin relativ zuversichtlich, dass es gelingen wird, bis zum September konkrete Vorschläge unterbreiten zu können. Wenn Sie wollen, können wir die Behandlung dieses Beschlussantrages bis dahin aussetzen. Es ist unser aller Anliegen, eine wissenschaftliche Studie über die gesundheitlichen Auswirkungen des Transitverkehrs zu erarbeiten, die in Nordtirol, Südtirol und Trentino gleich gehandhabt wird.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich möchte vorschlagen, die Sitzung kurz zu unterbrechen.

THEINER (SVP): *(unterbricht)*

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Dieser Beschlussantrag lässt genügend Raum, um die Verbindungen mit Nordtirol und mit dem Trentino zu formulieren. Es würde genügen, eine paar Kleinigkeiten zu ändern und die spezifische Nennung der Mediziner herauszunehmen. Dann ließe sich der Beschlussantrag doch ohne weiteres genehmigen.

Ich sehe deutlich, dass das Grundanliegen des Beschlussantrages geteilt und die Notwendigkeit erkannt wird. Es geht nicht darum, den Analyserahmen einzuengen. Dieser Beschlussantrag ist so formuliert, ...

THEINER (SVP): *(unterbricht)*

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich denke, dass es notwendig ist, dieses Thema aufs Tapet zu bringen. Ich möchte es jetzt aufs Tapet bringen. Einige Abänderungen könnten bis morgen früh angebracht werden. Es wäre kein Problem, den Rahmen für die Arbeitsgruppe zu definieren, und zwar auch in medizinischer Hinsicht. Den medizinischen Rahmen kann eine Arbeitsgruppe von MedizinerInnen definieren. Die politischen Optionen aus der Studie ziehen dann der Landtag und die Landesregierung. Das ist der Sinn der Sache, und wenn ich insistent bin, lieber Richard Theiner, so aus dem Grund, weil es wirklich um die Wurst geht. Es geht um gesundheitliche Schäden, und wir sollten diese Problematik nicht auf die lange Bank schieben. Deshalb erlaube ich mir, diesen Beschlussantrag zur Abstimmung zu bringen. Ich bin nicht der Typ, der parteipolitisches Kapital aus irgendetwas schlagen will, denn das geht mir meistens am Arsch vorbei!

PRESIDENTE: Allora votiamo sulla mozione: respinta con 9 voti favorevoli, 10 voti contrari e 1 astensione.

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

ROSA THALER ZELGER

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENTIN: Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Punkt 46 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 394/06 vom 14.7.2006, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Stipendien – Einkommen”**.

Punto 46) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 394/06 del 14.7.2007, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante Borse di studio – redditi”**.

Stipendien - Einkommen

Durch die Besteuerung von Sozialleistungen (z. B. Stipendien, Pflegegeld) werden diese in ihrer Wirksamkeit teilweise wieder zunichte gemacht. Sie wirken sich in letzter Konsequenz für Familien sogar nachteilig aus. Es widerspricht auch jeglicher Logik, soziale Leistungen als Einkommen zu bewerten.

Wenn eine Familie für einen Schüler unter 15 Jahren 2.900 Euro Studienbeihilfe bekommt, ist es eine soziale Ungerechtigkeit, dass dieser Schüler der Steuerpflicht unterzogen wird und für den Betrag des Stipendiums eine Steuererklärung machen muss. Die Studienbeihilfe führt dazu, dass der Schüler nicht mehr zu Lasten der Eltern aufscheint. Er ist zwar schulpflichtig, darf aber noch nicht arbeiten und fällt den Eltern voll zur Last. Von was sollte er sonst leben, vor allem wenn in der Familie auch andere Kinder leben, die noch in der Ausbildung sind?

Es nützt den Familien wenig, wenn sie auf der einen Seite von der öffentlichen Hand zwar eine Unterstützung erhalten, ihnen diese auf der anderen Seite aber wieder genommen wird.

Auch in anderen Bereichen besteht keine Gerechtigkeit. Wenn beispielsweise eine Frau Unterhaltszahlungen erhält, diese aber zum Einkommen dazuzählen muss, fällt sie bei anderen Sozialleistungen (z. B. Wohngeld) durch den Rost. Vor allem Familien mit mehreren Kindern leiden unter dieser Art von Förderpolitik.

DER SÜDTIROLER LANDTAG
beauftragt

die Landesregierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Sozialleistungen grundsätzlich vom Einkommen entkoppelt werden bzw. dass Sozialleistungen kein Einkommen darstellen.

Borse di studio - redditi

Aver tassato le prestazioni assistenziali (per es. le borse di studio e l'assegno di cura per l'assistenza domiciliare) ne ha in parte compromesso l'efficacia. In ultima analisi questi aiuti si ripercuotono persino negativamente sulle famiglie. Valutare le prestazioni assistenziali come reddito è contro ogni logica.

Se a una famiglia con un alunno di meno di 15 anni vengono concessi 2.900 euro di borsa di studio, è un'ingiustizia sociale che questa borsa di studio sia assoggettabile all'imposizione fiscale e l'alunno debba presentare una dichiarazione dei redditi per questo importo. Per via della borsa di studio l'alunno non risulta così più a carico dei genitori. E' soggetto all'obbligo scolastico, ma non può ancora lavorare ed è

completamente a carico dei genitori. E di cos'altro dovrebbe vivere, soprattutto se in famiglia ci sono altri figli in età scolare?

Alle famiglie serve poco, se da un lato beneficiano di un aiuto pubblico, quando dall'altro questo aiuto viene loro di nuovo tolto.

Anche in altri settori non c'è giustizia. Se per esempio una donna percepisce gli assegni di mantenimento, ma deve sommarli al suo reddito, non può più usufruire di altre prestazioni assistenziali come per es. il sussidio casa. Sono soprattutto le famiglie con più figli a essere penalizzate da questa politica assistenziale.

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

incarica

la Giunta provinciale di creare i presupposti, affinché le prestazioni assistenziali siano per principio svincolate dal reddito oppure non contribuiscano a formarlo.

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Wir bringen diesen Beschlussantrag zum zweiten Mal ein, und ich hoffe, dass er dieses Mal Zustimmung finden wird, auch weil innerhalb der SVP eine entsprechende Diskussion im Gange ist. Der Parteiohmann hat unlängst ja gesagt, dass man nicht auf die Stammtischparolen der Freiheitlichen hören sollte, aber Stipendien usw. sollten nicht zum Einkommen zählen. Kein einziger junger Mensch findet eine Motivation dafür, einen Sommerjob anzunehmen, wenn er aufgrund dieses geringen Einkommens damit bestraft wird, nicht mehr um ein Stipendium ansuchen zu können. Diese Diskussion ist nicht neu, und alle Kolleginnen und Kollegen werden damit in der Realität konfrontiert. Wir haben ein Beispiel angeführt, das symptomatisch für viele ist. Wenn beispielsweise eine Familie für einen Schüler unter 15 Jahren 2.900 Euro an Studienbeihilfe bekommt, dann ist es wohl eine soziale Ungerechtigkeit, dass dieser Schüler der Steuerpflicht unterliegt und für den Betrag des Stipendiums eine Steuererklärung machen muss. Die Studienbeihilfe führt dazu, dass der Schüler nicht mehr zu Lasten der Eltern aufscheint, weil er selber gearbeitet hat. Er ist einerseits zwar schulpflichtig, auf der anderen Seite darf er aber noch nicht arbeiten und fällt den Eltern voll zur Last. Von was soll er dann leben? Dieses Rätsel zu lösen ist Aufgabe der Politik. Jene, die sich durch Nebenbeschäftigungen oder Sommerjobs ein bisschen Geld verdienen, sollten nicht damit bestraft werden, dass man ihnen dann die Stipendien kürzt. Das kann es doch nicht sein! Das ist das Gegenteil von dem, was wir predigen. Deshalb schlagen wir vor, dass man die Sozialleistungen vom Einkommen abkoppelt bzw. dass Sozialleistungen kein Einkommen darstellen. Sonst schiebt man das alles hin und her. Auf der einen Seite werden Familien von der öffentlichen Hand unterstützt, auf der anderen Seite wird ihnen dieses Geld dann wieder genommen. Das ist nicht

unbedingt ein Anreiz, eine Motivation, irgendetwas zu tun. So schlägt sich die Philosophie durch: Wenn ich weniger tue, habe ich zum Schluss mehr. Die Fleißigen sind die Dummen und die Faulen werden belohnt! Dieses Merkmal unserer Gesellschaft ärgert sehr viele Leute und es ist auch von der wirtschaftlichen Seite her ein völlig falscher Ansatz. Anstatt jene zu belohnen, die etwas mehr tun, werden sie bestraft. Der Parteiobmann der SVP hat vor ungefähr einer Woche genau das gesagt. *“Wenn der Student nicht mehr jobbt, weil er dann kein Stipendium mehr bekommt, so ist das nicht richtig.”* Offensichtlich diskutiert man jetzt auch in der SVP ernsthaft über unsere Stammtisch-Parolen, aber wenn sie von der SVP aufgegriffen werden, dann sind es keine Stammtisch-Parolen, sondern aktuelle Probleme. Uns soll das Recht sein, denn die Probleme sollen gelöst werden. Auf jeden Fall fühlen wir uns in unseren Vorhaben bestätigt, wenn diese jetzt auch aus dieser Ecke Unterstützung erhalten. Deshalb wäre es nur folgerichtig, wenn die SVP diese Anträge auch im Landtag unterstützen würde. Sonst ist das wirklich billiger Populismus im Vorfeld von Landtagswahlen, aber wir werden ja sehen, wie sich die Kollegen der SVP verhalten. Uns ist es ein Anliegen, den Familien und jungen Menschen zu helfen. Deshalb ersuchen wir die Kolleginnen und Kollegen, diesem Beschlussantrag zuzustimmen.

SIGISMONDI (AN): Questa mozione dice che incarica la Giunta provinciale affinché si creino i presupposti affinché le prestazioni assistenziali siano per principio svincolate dal reddito oppure non contribuiscano a formarlo. In questa frase vi è il principio di tutta la mozione. Perché vengono elargite queste prestazioni assistenziali? Perché qualcuno ne ha i requisiti, come si prendono le borse di studio o si riceve l'assegno per l'assistenza domiciliare, perché i requisiti decidono che per la tal persona quell'assegno per la cura di assistenza domiciliare ne è un diritto. Ha ragione il collega Leitner quando dice che nel momento in cui io posseggo i requisiti per queste prestazioni assistenziali, vuol dire che ne ho diritto, dall'altra parte questo diritto mi viene tolto, quando non mi vengono svincolate dal reddito o contribuiscano a formarlo.

Ieri è successa un'altra cosa, quando a proposito di politica energetica, di programmazione di energia alternativa riferita ai pannelli fotovoltaici e ai pannelli solari dove lo Stato ha dato questa possibilità di detrazione dei costi per i pannelli solari nell'ordine del 55% dalle tasse, la Provincia decide di non dare più il contributo del 30% per la costruzione. I comparti sono diversi, ma il principio è lo stesso: non è possibile che nel momento in cui posso avere un pacchetto di diritti ben definiti, dall'altra parte questi diritti mi vengono in parte tolti in virtù di una tassazione che in senso etico e della morale politica è fuori luogo. Non so quale sia il sistema, ma un certo ragionamento la Giunta provinciale lo deve fare, anche perché

per esempio per quanto riguarda i contributi all'economia la legge Tremonti l'ha utilizzata, sfruttata, e nel momento in cui bisognava dare i contributi sono stati comunque dati laddove c'erano le aziende che ne potevano beneficiare. Allora si rischia di creare comparti di serie A e comparti di serie B, ma con un'ulteriore differenziazione che in questo settore è facile colpire. Per quanto riguarda le prestazioni assistenziali, specialmente le borse di studio e quelle per la cura e assistenza domiciliare, se ciò che prendo come diritto e che mi serve essenzialmente come prestazione assistenziale mi va a cumulo nel reddito, a quel punto ha ragione il collega Leitner quando dice che preferisce farne a meno perché rischia di essere "cornuto e mazziato", perdonate la citazione italianissima!

SAURER (Landesrat für deutsche Schule, deutsche und ladinische Berufsbildung sowie Bildungsförderung - SVP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Man muss in dieser Sache unterscheiden zwischen dem, was das Steuerrecht vorsieht – das können wir nicht beeinflussen – und dem, was wir miteinrechnen bzw. nicht miteinrechnen, wenn es darum geht, Sozialleistungen in Empfang zu nehmen. Das sind zwei Paar Schuhe! Was das italienische Steuerrecht anbelangt, sind gewisse Bezüge den Einkünften aus nicht selbständiger Tätigkeit gleichgestellt, obwohl sie keinerlei Verbindung zu einem abhängigen Arbeitsverhältnis aufweisen. Studienstipendien haben eigentlich mit einem nicht selbständigen Arbeitsverhältnis nichts zu tun. Bei den Studienstipendien ist es so, dass die Universitätsstipendien nicht steuerpflichtig sind, wohl aber die Stipendien für die Oberschüler. Wir persönlich sind sowohl im Unterrichtsministerium als auch im Finanzministerium vorstellig geworden, und vielleicht fällt unseren Abgeordneten jetzt in der großen Diskussion auch diese kleine Geschichte ein. Es ist nämlich nicht nachvollziehbar, dass ein Universitätsstudent nicht steuerpflichtig ist und ein Oberschüler schon.

Der Gesetzgeber hat als Höchstgrenze für die Geltendmachung der Absatzbeträge für zu Lasten lebenden Familienmitglieder 2.840 Euro festgelegt. Schüler mit einem Höchststipendium – das sind die Bedürftigsten – werden dann schon steuerpflichtig, und das ist eine Inkongruenz, die nicht hingenommen werden kann. Schüler, die im Jahr 2006 das Höchststipendium erhalten haben, sind voraussichtlich gemäß Steuerregelung für das Jahr 2006 nicht mehr als zu Lasten lebende Familienmitglieder anerkannt. Die Eltern können dieses Kind nicht mehr als steuerlich zu Lasten lebend abschreiben. Dieser Umstand wirkt sich stärker aus, je geringer das Einkommen des Elternteiles ist. Ich denke, dass hier ein bestimmter Handlungsbedarf gegeben ist. Wir haben das erkannt und auch schon bei Minister Fioroni und Unterstaatssekretärin De Torri vorgetragen. Hier braucht es eine gerechtere Regelung.

Eine andere Geschichte ist es, ob beispielsweise die Pensionen der Zivilinvaliden, der Kriegsinvaliden usw. für die Inanspruchnahme der Sozialleistungen zählen oder nicht. Das gilt auch für die Unterhaltszahlungen. Die Kollegin Unterberger sagt, dass die Unterhaltszahlungen nicht besteuert werden. Wie gesagt, darauf möchte ich nicht näher eingehen, denn das ist nicht mein Bereich. Für meinen Bereich muss ich aber klar sagen, dass großer Handlungsbedarf besteht. Der Kollege Theiner hat letztthin eine Vermögens- und Einkommensbewertung für den sozialen und Gesundheitsbereich vorgelegt, und die Erhebung als solche könnte für alle Bereiche gelten. In Bezug auf die einzelnen Bereiche muss man dann aber noch einmal differenzieren. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen, aber was den Staat und die Steuern anbelangt, besteht großer Handlungsbedarf.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Herr Landesrat, ich bedanke mich für diese offene Antwort. Sie sind ein Realpolitiker und sagen vorweg, dass wir das Steuerrecht nicht beeinflussen können. Wenn man in den letzten Tagen die Medien verfolgt hat, so hat man den Eindruck bekommen, als ob die SVP das staatliche Steuerrecht ändern würde. Das gilt zumindest in Bezug auf die Branchenrichtwerte. Das höre ich gerne. Es würde uns natürlich freuen, wenn die SVP so viel Macht hätte, das Steuerrecht bestimmen zu können, ab er wir werden ja sehen, was dabei herauskommt.

Es ist natürlich eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, dass Universitätsstudenten nicht besteuert sind und Oberschüler schon. Damit trifft man die Familien erst recht! Der Landesrat hat ja zugegeben, dass diesbezüglich Handlungsbedarf besteht. Es geht uns darum, dass man diese ganze Angelegenheit ein bisschen entzerrt. Wir weisen schon seit langem auf diese Problematik hin, und ich muss sagen, dass man das für lange Zeit nicht sehr ernst genommen hat. Jetzt geht der Obmann der SVP her und versucht, einen Mittelweg zwischen den Stammtischparolen der Freiheitlichen und der Politik der Grünen zu suchen. Ich zitiere Elmar Pichler Rolle: *“In Südtirol gibt es ein großzügiges Förderungssystem für Familien bei Wohnbau, für Schulbücher oder Stipendien. Nur kommt man dafür schon bald nicht mehr zum Zug. Ein Beispiel: Wenn eine Südtirolerin keine Halbtagsarbeit annimmt, weil ihre Familie wegen der paar zusätzlichen 100 Euro Kürzungen bei der Wohnbauhilfe hinnehmen muss oder die Schulbücher vom Land nicht mehr gefördert werden, dann ist das falsch. Ebenso, wenn der Student nicht mehr jobbt, weil er damit kein Stipendium bekommt.”* Das haben wir immer schon gesagt, und wenn das jetzt auch in der Brennerstraße angekommen ist, dann freut uns das. Dann erwarten wir uns aber auch, dass die nötigen Schritte folgen! Uns ist nicht bekannt, dass hier weiß Gott welcher Druck ausgeübt worden wäre. So sehr wir uns für die Abänderung der Branchenrichtwerte einsetzen, so sehr muss man die gesamte Steuerpolitik

beobachten und nicht nur einen Teil herausgreifen. Wenn man in der Steuerpolitik glaubwürdig sein will, dann muss man dort beginnen, wo man zuständig ist.

Wie gesagt, es freut mich, wenn man auch von Seiten der Landesregierung zugibt, dass Handlungsbedarf besteht. Dieses eklatante Beispiel der Ungleichbehandlung von Universitätsstudenten und Oberschülern kann einfach nicht aufrecht erhalten bleiben. Ich ersuche die Landesregierung, tätig zu werden und nicht nur eine Absichtserklärung zu bekunden.

Was die Differenzierung anbelangt, so ist natürlich klar, dass man nicht alles – Unterhaltungszahlungen usw. – über einen Kamm scheren kann.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 4 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 47 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 395/06 vom 14.7.2006, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend ‘Freie Beförderung für Zwillinge wieder einführen’”.**

Punto 47) dell’ordine del giorno: **“Mozione n. 395/06 del 14.7.2006, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante la reintroduzione del trasporto gratuito per i gemelli”.**

Freie Beförderung für Zwillinge wieder einführen

So sehr sich die Eltern von Zwillingen darüber gefreut hatten, dass diese einen Ausweis für die freie Beförderung bei öffentlichen Verkehrsmitteln erhielten, so sehr sind sie nun darüber enttäuscht, dass diese entsprechende Ausweise wieder zurückgegeben werden müssen.

Das Amt für Personennahverkehr hat dies den Betroffenen vor kurzem mitgeteilt und darauf verwiesen, dass laut Artikel 20, Absatz 3 des Beschlusses der Landesregierung Nr. 3897 vom 17. Oktober 2005 nur Drillinge, Vierlinge usw. die öffentlichen Verkehrsmittel von Landesinteresse bis zur Erreichung des 18. Lebensjahres unentgeltlich benutzen können. Das Amt teilte den Betroffenen auch mit, dass das Kontrollpersonal an Bord bereits über die Ungültigkeit der Ausweise informiert worden sei.

Sollte es sich bei dieser Maßnahme um Sparmaßnahmen handeln, scheint der Ansatz verfehlt. Es dürfte nicht viele Drillinge, Vierlinge usw. geben, weshalb die ursprüngliche Absicht grundsätzlich über Bord geworfen wird.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung, ihren eigenen Beschluss so abzuändern, dass auch Zwillinge die öffentlichen Verkehrsmittel vom Landesinteresse

bis zur Erreichung des 18. Lebensjahres unentgeltlich benützen können.

Reintroduzione del trasporto gratuito per i gemelli

Si erano così rallegrati i genitori dei gemelli quando avevano saputo che avrebbero ricevuto una tessera per il trasporto gratuito dei propri figli sui mezzi pubblici, e ora sono profondamente delusi per la revoca di tale agevolazione.

L'ufficio trasporto persone ha loro recentemente comunicato che in base all'articolo 20, comma 3, della delibera della Giunta provinciale n. 3897 del 17 ottobre 2005 solo i gemelli trigemini, quadrigemini ecc. possono utilizzare gratuitamente i mezzi pubblici di interesse provinciale fino al compimento del 18° anno di età. L'ufficio ha anche comunicato agli interessati che il personale di controllo è già stato informato del fatto che le tessere non sono più valide.

Se si tratta di una misura di risparmio, non viene certo raggiunto l'obiettivo. Non dovrebbero esserci molti gemelli trigemini, quadrigemini ecc., per cui viene meno l'intento originario.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale a modificare la suddetta delibera affinché anche i gemelli possano viaggiare gratuitamente sui mezzi pubblici di interesse provinciale fino al compimento del 18° anno di età.

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Auch diesen Beschlussantrag haben wir zum zweiten Mal eingebracht. Wir waren wirklich erstaunt, als wir im Rahmen einer Sprechstunde mit diesem Thema konfrontiert wurden. Die Landesregierung hat mit Beschluss Nr. 3897 vom 17. Oktober 2005 verfügt, einen älteren Beschluss aufzuheben und die freie Beförderung nur mehr für Drillinge, Vierlinge usw. zu gewähren. Wir haben nachgefragt und dabei ist herausgekommen, dass es in Südtirol im letzten Jahr 91 Zwillingspaare gab, die den Ausweis zurückgeben mussten. Außerdem haben 9 Drillingspaare einen Antrag um freie Beförderung gestellt. Die Landesregierung wird sich sicher etwas dabei gedacht haben, als sie diese Maßnahme eingeführt hat. Wenn man sich dann diese Zahlen anschaut, dann sollte man diese Maßnahme entweder ganz abschaffen oder wirklich wieder auf die Ebene der Zwillinge zurückgehen. Man wollte ja Familien mit mehr Kindern entgegenkommen, denn eine Familie, die Zwillinge hat, ist sicher mehr belastet als eine Familie mit nur einem Kind. Wir verstehen immer noch nicht, warum man die freie Beförderung für Zwillinge abgeschafft hat, denn am Geld kann es sicher nicht liegen. Für 9 Drillingspaare eine eigene Maßnahme aufrecht zu erhalten, ist wirklich unverständlich. Ich weiß nicht, welcher Landesrat nachts

einmal schlecht geschlafen hat und auf so eine Idee kommen konnte. Das ist wirklich bei den Haaren herbeigezogen! Deshalb sollte man wieder zur ursprünglichen Regelung zurückkehren oder diese Maßnahme gänzlich streichen.

WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen – SVP): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es hat niemals eine Regelung gegeben, die vorsah, dass Zwillinge die öffentlichen Transportmittel gratis benutzen können. Mit Beschluss der Landesregierung Nr. 3897 vom 17. Oktober 2005 wurde festgelegt, dass nur Drillinge, Vierlinge usw. die öffentlichen Transportmittel bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres unentgeltlich benutzen können. Es ist immer schwierig, eine Grenze zu setzen, aber es wäre auch inhaltlich nicht richtig, die Unentgeltlichkeit für Zwillinge vorzusehen, denn es gibt sehr viele Familien, die ein drei- und ein vierjähriges Kind haben. Warum sollte dann die Unentgeltlichkeit nicht auch für diese gelten? Versehentlich wurden aber 176 Ausweise unentgeltlich an Zwillinge ausgegeben, was sehr unangenehm ist. Wir haben uns dafür entschuldigt und diese Ausweise zurückgenommen. Alle anderen 868 Ausweise haben wir kostenlos bereitgestellt, und zwar für Drillinge, Vierlinge, Taubstumme, die wegen einer dauernden körperlichen Behinderung den Entwertungsvorgang nicht durchführen können, Vollinvaliden und Rollstuhlfahrer. Wir finden, dass diese Regelung in Ordnung geht, und deshalb können wir diesem Beschlussantrag nicht zustimmen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Herr Landesrat, hier hat es sicher ein Missgeschick gegeben, aber man fragt sich schon, wie die Zwillingkinder in den Genuss eines unentgeltlichen Ausweises kommen konnten. Ich habe ein Schreiben hier, in welchem den Eltern Folgendes mitgeteilt wurde: *“In Folge der Kontrollen der Ausweise für die freie Beförderung von Seiten des schreibenden Amtes hat sich herausgestellt, dass das SII – Konzessionär der SAD – fälschlicherweise beiden Kindern einen Ausweis für die freie Beförderung ausgestellt hat.”* Dann kommt der Verweis auf besagten Beschluss, der vorsieht, dass eine freie Beförderung nur mehr für Drillinge, Vierlinge usw. möglich ist.

WIDMANN (SVP): Das ist immer schon so gewesen!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ja, aber die Eltern hatten den Eindruck, dass es, nachdem man ihnen diese Maßnahme gewährt hat, auch eine gesetzliche Grundlage dafür geben würde. Das scheint offensichtlich nicht der Fall gewesen sein!

Was die Zahlen anbelangt, so möchte ich sagen, dass wir diese im Rahmen einer Antwort auf eine entsprechende Anfrage erhalten haben, und zwar mit Unterschrift von Landesrat Dr. Thomas Widmann.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass es die ursprüngliche Maßnahme nicht gegeben hat. Die Formulierung des Beschlussantrages ist aber trotzdem gültig, denn wir verlangen von der Landesregierung, dass sie den Beschluss so abändert, dass auch Zwillinge in den Genuss dieser Maßnahme kommen können.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 6 Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 48 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 396/06 vom 14.7.2006, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Eisack – Ausweisung als Naturdenkmal”.**

Punto 48) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 396/06 del 14.7.2006, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante Isarco – classificazione come monumento naturale”.**

Eisack - Ausweisung als Naturdenkmal

Vor einigen Wochen war verschiedenen Medienberichten zu entnehmen, dass für den Bau eines Wasserkraftwerkes am Eisack sieben Projekte eingereicht worden sind. Aufgrund der Beantwortung einer Anfrage des Unterfertigten stellte sich heraus, dass es deren acht sind.

Landesrat Laimer teilte in seiner Antwort u. a. wörtlich mit: "Der Bau jedes Wasserkraftwerkes ist ein Kompromiss zwischen Ökologie und Ökonomie. Die grundsätzliche Ablehnung eines Wasserkraftwerkes am Eisack muss in jedem Fall respektiert werden. Die Stromproduktion mit Wasserkraft ist jedoch derzeit in Südtirol die einzige rationelle, wenn man davon ausgeht, dass thermische- und Atomkraftwerke nicht in Frage kommen. Die Landesregierung wird nach Einholen der nötigen Gutachten entscheiden, ob ein Kompromiss zwischen sinnvoller Stromproduktion unter Berücksichtigung aller ökologischen Aspekte möglich ist".

Der Widerstand gegen die Errichtung eines Wasserkraftwerkes am Eisack ist in den vergangenen Wochen kontinuierlich gewachsen. Nach den Fischern, Wassersportlern, Umweltgruppen war es vor allem der Protest einer Bürgerbewegung "SOS Eisack", der eine umfangreiche öffentliche Diskussion auslöste.

Die Talfläche des Wipptales ist beinahe zur Gänze öffentlichen Strukturen (Eisenbahn, Autobahn, Staatsstraße, SADOBRE, Bahnhöfe, Mülldeponie usw.) geopfert worden, sodass jede weitere Inanspruchnahme einen nicht zu verantwortenden Eingriff bedeuten würde. Wenn auch das Wasser öffentliches Gut ist, so muss doch die

Frage erlaubt sein, welche Rechte die Menschen in diesem Gebiet haben und was ihnen der Eisack bedeutet. In diesem konkreten Fall muss der Beweis angetreten werden, dass im Zweifelsfalle wirklich Ökologie vor Ökonomie geht.

Unter dem Vorwand, saubere Energie gewinnen zu wollen, darf nicht das letzte noch unverbaute Stück des Eisacks in Mitleidenschaft gezogen oder gar zerstört werden.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung, den Eisack im Bereich zwischen Sterzing und Franzensfeste als Naturdenkmal auszuweisen.

Isarco – classificazione come monumento naturale

Alcune settimane fa i media riportavano la notizia che per la costruzione di una centrale idroelettrica lungo l'Isarco erano stati presentati ben sette progetti. Da una risposta a un'interrogazione presentata dal sottoscritto si apprende che i progetti presentati sono otto.

Nella sua risposta l'assessore Laimer scrive testualmente che ogni costruzione di una centrale idroelettrica è un compromesso fra ecologia ed economia. Il rifiuto in linea di principio di una centrale idroelettrica lungo l'Isarco va in ogni caso rispettato. Tuttavia, in Alto Adige la produzione di energia elettrica attraverso impianti idroelettrici resta tuttora il modo più razionale, se si parte dal fatto che centrali termiche e nucleari non sono neanche da prendere in considerazione. Dopo aver acquisito i pareri necessari, la Giunta provinciale deciderà se vi sono i margini per un ragionevole compromesso che renda possibile la produzione di energia elettrica tenendo conto di tutti gli aspetti ambientali.

Nelle ultime settimane le proteste contro la costruzione di una centrale idroelettrica lungo l'Isarco sono andate aumentando. Dopo i pescatori, coloro che praticano sport acquatici e i gruppi ambientalisti, è stata soprattutto la protesta del comitato civico "SOS Isarco" a scatenare la discussione.

Nell'Alta Val d'Isarco il fondovalle è stato quasi interamente sacrificato per la costruzione di infrastrutture pubbliche (ferrovia, autostrada, strada statale, SADOBRE, stazioni ferroviarie, discarica ecc.), di modo che ogni ulteriore utilizzo equivarrebbe a un intervento irresponsabile. Anche se l'acqua è un bene pubblico, è lecito chiedere quali diritti hanno gli abitanti della zona e che importanza ha per loro il fiume Isarco. Questa volta bisogna dare prova del fatto che nel dubbio l'ambiente viene prima dell'economia.

Con la scusa dell'energia pulita non si può compromettere o persino distruggere l'ultimo pezzo dell'Isarco rimasto nello stato naturale.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale a classificare il fiume Isarco nel tratto tra Vipiteno e Fortezza come monumento naturale.

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Die Nutzung der Wasserkraft sorgt derzeit für sehr viel Diskussion. Die bevorstehende Verabschiedung des Wassernutzungsplanes beschäftigt die Landwirtschaft genauso wie alle anderen Bürger, und es ist ein großer Kampf über die Reihenfolge bei der Zuweisung des Wassers ausgebrochen. Vor allem aber sehen viele im Wasser das große Geschäft. Das Wasser hat in unseren Breitengraden natürlich auch eine große Bedeutung für die Gewinnung elektrischer Energie, und dagegen ist grundsätzlich auch nichts einzuwenden. Es kommt aber darauf an, dass man das alles ein bisschen abwägt und in die richtige Relation stellt. Ich weiß nicht, inwieweit es sinnvoll ist, die Wasserkraft zu nutzen bzw. Bäche auszutrocknen, um es ganz überspitzt zu formulieren. Immer mehr Menschen haben die Sorge, dass man ihnen - im wahrsten Sinne des Wortes - das Wasser abgräbt. Für die einen ist Wasser das weiße Gold, für andere ist es etwas, was dazugehört. Wasser spendet Leben, aber die Bedeutung eines Baches bzw. Flusses für die Beregnung der Landschaft ist ein Faktor, der viele Menschen beschäftigt.

Was den Eisack anbelangt, sollte man schon danach trachten, den noch verbliebenen Teil unter Schutz zu stellen, damit man im Wipptal wirklich noch von einem Fließgewässer sprechen kann, das die Landschaft prägt und wesentlich für die Kulturlandschaft in diesem Bereich ist. Die einzelnen Interessen, die damit verbunden sind, sind natürlich sehr unterschiedlich, begonnen bei jenen, die Wassersport betreiben, über jene, die die Wasserkraft nutzen wollen, bis hin zu den Notwendigkeiten der Landwirtschaft. Was das äußere Erscheinungsbild anbelangt, ist der Eisack grundsätzlich verbaut. Es gibt nur mehr wenige Bereiche, an denen er einen natürlichen Verlauf hat. Gerade der Bereich zwischen Sterzing und Franzensfeste ist noch ein natürlicher Wasserlauf. Nachdem in diesem Bereich ein größeres Kraftwerk errichtet werden soll, sind die Menschen besorgt. Sie möchten, dass dieser Bereich so erhalten bleibt. Es gibt ja die Aktion "SOS Eisack", die der Landesrat bestens kennt. Diese Menschen haben sich wirklich Gedanken darüber gemacht, wie man den Eisack naturbelassen erhalten kann. Ich war auch bei ein paar Veranstaltungen in Zusammenhang mit der Planung dieses E-Werkes dabei, und ich denke, dass die einzige Möglichkeit eines wirksamen Schutzes jene ist, indem man den Fluss als Naturdenkmal ausweist. Ich wohne in Vahrn, und der Schalderer Bach, der durch Vahrn fließt, ist einer der wenigen Bäche in Südtirol, der von der Quelle bis zur Mündung als Naturdenkmal ausgewiesen ist. Ich rate allen, sich diesen Bach einmal anzuschauen. In Südtirol gibt es wahrscheinlich nur mehr wenige Bäche, die noch einen so natürlichen Flussverlauf haben. Das ist nur möglich, weil er als Naturdenkmal ausgewiesen worden ist. Wenn man auch im Wipptal noch irgendwo

einen natürlichen Flusslauf finden will, dann muss der Eisack als Naturdenkmal ausgewiesen werden. Dann sind natürlich bestimmte Tätigkeiten nicht mehr möglich, aber der Hunger und Durst nach E-Werken ist ja sehr groß. Wir werden sehen, was der Gewässernutzungsplan mit sich bringt bzw. wie viele E-Werke zugelassen werden. Wenn wir nicht wollen, dass man Bäche nur mehr in Fremdenverkehrskatalogen findet, sondern auch in der Wirklichkeit, dann ist auch hier Handlungsbedarf gegeben. Deshalb schlagen wir vor, den Eisack als Naturdenkmal auszuweisen, damit er langfristig und dauerhaft geschützt ist.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Zu diesem Beschlussantrag möchte ich nicht unbedingt aus parteipolitischen Gründen das Wort ergreifen. Ich möchte dem Kollegen Leitner zunächst mit einer kleinen Korrektur dienen. Der von uns geliebte Schalderer Bach ist an seinem Ausgang inzwischen arg gezaust worden. Dort, wo der Radweg entstanden ist, ist er knapp an der Grenze zum Naturdenkmal vorbeigeschrammt. Auch hier hat der Fortschritt also nicht Halt gemacht.

Natürlich unterstützen wir diesen Beschlussantrag, der vorsieht, den Eisack als Naturdenkmal auszuweisen. Inzwischen ist ja noch ein weiterer Grund dazugekommen, warum das so sein sollte. Die Projekte wurden bereits in den Jahren 2005 und 2006 eingebracht. Kollege Leitner, Du hast in Deinem Beschlussantrag die Menge der Belastungen aufgeführt, die das Leben im Wipptal etwas versauen. Hinzugekommen ist in der Zwischenzeit die Einrüstung des Probestollens, und die Maulsner haben bereits einen Vorgeschmack darauf bekommen, wie das aussehen wird. Der Eisack sollte als intaktes Naturdenkmal erhalten werden. Der Wunsch nach Energie ist sicher vorhanden und die 90 Millionen Kilowatt locken auf jeden Fall. Sonst gäbe es nicht sechs bis sieben Projekte, die zum Teil durchaus interessant sind. Der Wunsch, den Eisack als Naturdenkmal zu erhalten, ist entschieden und überdeckt inzwischen vielleicht auch die Beweggründe der Gemeinden Freienfeld und Franzensfeste, sich jeweils mit 13 Prozent an einem SEL-Kraftwerk zu beteiligen. Wir können diesen Beschlussantrag nur nachdrücklich unterstützen und sagen, dass es der Eisack in diesem naturbelassenen Verlauf wirklich verdient, erhalten zu werden.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP): Herr Leitner, es darf nicht sein, dass durch die Errichtung von E-Werken Bäche trocken gelegt werden. Das gibt es auch nicht, denn wenn dem so wäre, dann müsste man absolut dagegen sein. Dass dem auch nicht so ist,

beweisen zum einen die Bestimmungen, zum anderen aber auch die Realität. Dass es ab und zu Leute gibt, die Missbrauch betreiben, kann man nicht leugnen. Die Errichtung eines Wasserkraftwerkes muss in Südtirol eine ganz spezielle Prozedur durchlaufen, nämlich das Umweltverträglichkeits-Verfahren, das Wasserrechts-Verfahren usw. Am Ende gibt es dann strenge Formeln bezüglich der Restwasser-Thematik. Ich habe sie heute Vormittag schon bei der Aktuellen Fragestunde dargelegt. Das sind einmal zwei Liter pro Sekunde und Quadratkilometer Einzugsgebiet, dann der variable Teil und bei Großkraftwerken auch noch die 0,5 Liter pro Sekunde und Quadratkilometer Einzugsgebiet. Man kann also nicht von einem Trockenlegen von Bächen reden.

Am Eisack gibt es eine stattliche Zahl von Projekten. In vielen Fällen gibt es dazu Konkurrenzprojekte und insofern würde sich die Zahl der möglichen Projekte stark reduzieren. Die Ausweisung eines Flusses als Naturdenkmal wäre der falsche Weg, einen Bach für die hydroelektrische Nutzung zu sperren. Das ist, wenschon, eine Frage des Gewässernutzungsplanes, der, rechtlich gesehen, viel höher liegt als ein Landschaftsplan. Im Gewässernutzungsplan gibt es eine Reihe von Bestimmungen, die sich zur Wasserkraft äußern. Das gibt es einmal die Thematik der Restwassermenge, zweitens aber auch eine Aussage zu den Kleinkraftwerken, die gemäß neuem Gewässernutzungsplan nicht mehr möglich sein werden, sofern ihr Einzugsgebiet kleiner ist als sechs Quadratkilometer. Allein diese Aussage reduziert die aufliegenden Gesuche von 300 auf 200. Wenn dann noch die Anzahl der Konkurrenzprojekte abgezogen wird, dann reduziert sich die Anzahl der Projekte auf 100, die behandelt, aber nicht unbedingt genehmigt werden müssen.

Was die großen Flussläufe betrifft, ist mit dem Gewässernutzungsplan geplant, bestimmte Flussläufe für eine hydroelektrische Nutzung zu sperren. Es handelt sich dabei um folgende Flussläufe: die Etsch unterhalb der Passermündung, die Ahr ab der Einmündung des Rheinbaches, die Passer ab der Einmündung des Waltner Baches, der Eisack unterhalb des Wasserkraftwerkes Kardaun und der Eisack im Talkessel von Sterzing im Abschnitt zwischen der Einmündung des Pfitscher und jener des Maulser Baches.

Für den Eisack liegen derzeit, wie Sie erwähnt haben, sieben Gesuche auf, unter anderem eines der Etschwerke, welches vom Pfitscher Tal bis nach Albeins führen würde. Außerdem gibt es ein Gesuch der Eisack-GmbH, ein privates Gesuch, das einige Seitenbäche anzapfen würde, unter anderem auch den Schalderer Bach. Dann gibt es noch andere Projekte, unter anderem auch ein Projekt der SEL-AG, welches das kleinste Projekt darstellt und südlich der Mäander beginnen und bis zum Franzensfester Stausee führen würde.

Die entsprechenden Verfahren sind nicht weitergeführt worden, weil alle Projektwerber auf das bevorstehende Energiegesetz des Staates warten. Das ist vor allem für die Privaten eine wichtige Entscheidung, denn wenn für die Privaten kein Gewinn herauschaut, werden sie kein Interesse haben, E-Werke zu bauen. Hingegen

sind Energiebetriebe durchaus daran interessiert, Strom zu produzieren, wobei es nicht immer nur um die Dividende geht, sondern auch um die Verfügbarkeit von Strom. Sollte also eine einschneidende Maßnahme von Seiten des Staates kommen, würden die Privaten sicher wegfallen.

Wie gesagt, wenn das so bleibt, würden einige der aufliegenden Projekte wegfallen. Insofern glaube ich, dass man in Abstimmung mit den Gemeinden eine Formulierung finden kann, die einen Teil des Eisacks schützt. Auf jeden Fall ist es nicht der richtige Weg, den Eisack über die Ausweisung als Naturdenkmal unter Schutz zu stellen. Das ist, wenn schon, ein Thema des Gewässernutzungsplanes, und zwar auch von der rechtlichen Bedeutung her, denn der Gewässernutzungsplan ist, rechtlich, gesehen dermaßen hoch angesiedelt, dass er in den nächsten 15 bis 20 Jahren nicht mehr angerührt wird und auch nicht mit Landesgesetz abgeändert werden kann.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Landesrat! Wir haben nichts dagegen, wenn die Geschichte mit dem Gewässernutzungsplan abgesichert würde, aber als ersten Schritt könnte man durchaus eine Unterschutzstellung in Erwägung ziehen. Wir wissen ja nicht, wie lange es dauern wird, bis der Gewässernutzungsplan verabschiedet sein wird. Derzeit schaut es so aus, als ob man mit der Verabschiedung des Gewässernutzungsplanes abwarten würde, um noch einige Dinge durchzubringen. Dieser Eindruck entsteht einfach! Es ist erfreulich, wenn der Eisack im Gebiet von der Einmündung des Pfitscher Baches bis nach Mauls für die Nutzung hydroelektrischer Energie gesperrt wird, aber unser Vorschlag würde weiterreichen, nämlich bis nach Franzensfeste. In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas sagen. Die Freizeitsportart Rafting, die in Südtirol sehr attraktiv, aber auch wichtig ist, um neue Schichten des Tourismus anzusprechen, wurde ja schon zeitlich eingeschränkt und auf diese Art und Weise wird sie auch gebietsmäßig eingeschränkt. Es gibt ja nur wenige Flüsse, auf denen Rafting erlaubt ist. In allen Alpenländern spielt diese Sportart eine wichtige Rolle. Wir brauchen uns nur in den Nachbarländern umschauen. Deshalb sollten wir hier nicht zurückbleiben. Bei dieser Gelegenheit darf ich vielleicht ein paar Zahlen nennen. Im "Erker" war unlängst ein Bericht über die Wasserkraft abgedruckt, um einmal zu verdeutlichen, wie viel Wasser die E-Werke dem Eisack entziehen. Die ENEL Brixen entzieht dem Eisack zwischen 13.250 und 19.100 Sekundenliter Wasser, was eine stattliche Menge ist. Die "società produzione idroelettrica UNO-GmbH" entzieht dem Eisack 9.999 Sekundenliter Wasser. Das städtische E-Werk Sterzing/Lurx entzieht dem Eisack immerhin zwischen 2.190 und 4.400 Sekundenliter Wasser. Dabei ist natürlich nicht angegeben, wie viel Fließwasser vorherrscht, aber die Menge ist doch beachtlich. Es

ist uns klar, dass es schwierig ist, alle Anliegen unter einen Hut zu bringen, aber beim Eisack geht es wirklich darum, die noch naturbelassene Strecke nicht zu verbauen. Wir möchten den Teil von Sterzing bis Franzensfeste unter Schutz gestellt wissen. Ich nehme Ihre Aussage zur Kenntnis, dass der Gewässernutzungsplan, rechtlich gesehen, stärker ist als die Unterschutzstellung, aber es wäre ein erster Schritt, diese Maßnahme zu setzen.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP): Ich möchte noch etwas ergänzend hinzufügen. Der Gewässernutzungsplan kommt noch im Juli in die Landesregierung und er ist so formuliert, dass er bereits mit der ersten Beschlussfassung durch die Landesregierung seine Wirksamkeit entfaltet.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 6 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Punkt 50 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 397/06 vom 24.7.2006, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Datenbank für Wohngebäude”.**

Punto 50) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 397/06 del 24.7.2006, presentata dal consigliere Pöder, riguardante banca dati delle abitazioni”.**

Datenbank für Wohngebäude

Derzeit ist es in den Südtiroler Gemeinden schwierig, Daten über die Nutzung von Wohnungen und Wohngebäuden, über die Herkunft der Wohnungseigentümer und über die Besteuerung der Wohnungen zu erhalten.

Deshalb sollten die Gemeinden jeweils eine eigene Datenbank mit Daten zu Wohngebäuden errichten.

Eine solche Datenbank, in der die Daten vom Grundbuchsamt, Katasteramt, Steueramt und vom Meldeamt zusammenlaufen, wäre für die Gemeinden ein wichtiges Informationspotential für die urbanistische Planung, bei Ausweisungen von Wohnzonen und bei der Beurteilung der Wohnverhältnisse in der Gemeinde.

Auch für die Raumordnungspolitik und Planungsinstrumente wie den Landesentwicklungs- und Raumordnungsplan wäre die Erfassung der Daten in den Gemeinden eine wichtige zusätzliche Informationsquelle. Eine anonymisierte zentrale Datenbank zur statistischen Auswertung, in der alle Daten der Gemeinden - bis auf die Namen der betroffenen Personen, die nur in den örtlichen Datenbanken aufscheinen - zusammenlaufen, sollte eingerichtet werden.

Die Datenbank sollte regelmäßig, möglicherweise vierteljährlich aktualisiert werden.

Dies vorausgeschickt,

beschließt

DER SÜDTIROLER LANDTAG:

Der Landtag befürwortet die Errichtung gemeindeeigener Datenbanken und einer zentralen anonymisierten Datenbank, in der alle Wohnungen und Wohngebäude erfasst werden.

Die Datenbank sollte unter anderem folgende Angaben enthalten: Adresse, Nutzungsart (vermietet, leerstehend, Freizeitwohnsitz usw.), Konvention, Müllgebühren, Wasser- und Abwassergebühren, Aufenthaltsabgabe, Art des Eigentümers (physische Person oder Gesellschaft u.ä.) sowie dessen Wohnsitz (Gemeinde, übriges Südtirol, andere italienische Provinzen, EU-Bereich, Nicht-EU-Bereich).

Die Landesregierung wird beauftragt, die Errichtung von örtlichen Datenbanken und einer zentralen Datenbank für Wohnungen und Wohngebäude zu unterstützen bzw. mit den zuständigen Stellen und in Zusammenarbeit mit dem Südtiroler Gemeindenverband in die Wege zu leiten.

Banca dati delle abitazioni

Al momento nei comuni del Sudtirolo è difficile ottenere dati sull'utilizzo di alloggi ed edifici abitativi, sull'origine dei proprietari e sulla tassazione degli appartamenti.

Per questo motivo tutti i comuni dovrebbero costituire una propria banca dati con informazioni sulle abitazioni.

Una banca dati di questo tipo, in cui convergono i dati dell'Ufficio libro fondiario, del Catasto, dell'Ufficio tributi e dell'Anagrafe, produrrebbe un importante potenziale informativo che i comuni potrebbero sfruttare nella pianificazione urbanistica, nella determinazione di zone residenziali e nella valutazione della situazione abitativa nel comune.

Anche per la politica urbanistica e gli strumenti di pianificazione come il piano provinciale di sviluppo e coordinamento territoriale il rilevamento di tali dati nei comuni costituirebbe un'importante ulteriore fonte di informazioni.

Andrebbe anche costituita una banca dati centrale, in cui i dati dei comuni, opportunamente anonimizzati (e quindi tutti i dati, eccetto i nomi delle persone interessate, che comparirebbero esclusivamente nelle banche dati locali) vengano raccolti a fini statistici.

La banca dati dovrebbe essere regolarmente aggiornata, se possibile quattro volte all'anno.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

delibera quanto segue:

Il Consiglio provinciale sostiene l'istituzione di una banca dati per ogni comune e di una banca dati centrale anonimizzata, in cui registrare tutti gli alloggi ed edifici abitativi.

Fra le altre cose, la banca dati dovrebbe contenere: indirizzo, tipo di utilizzo (affittato, sfitti, seconda casa ecc.), convenzione, tasse rifiuti, tariffe acqua, depurazione e fognature, tassa di soggiorno, proprietario (persona fisica oppure società o simili) e suo domicilio (comune, resto del Sudtirolo, altra provincia italiana, paese dell'UE, extra-comunitario).

Si incarica la Giunta provinciale di incentivare la costituzione di banche dati locali e di una banca dati centrale per le abitazioni e gli edifici abitativi e di avviare i passi necessari assieme agli organismi preposti e in collaborazione con il Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano.

Herr Abgeordneter Pöder, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

PÖDER (UFS): Danke, Frau Präsidentin! Wir haben bereits vor über einem Jahr bei den Gemeinden nachgefragt, um die Daten bezüglich der Anzahl der konventionierten und leer stehenden Wohnungen und der Wohnungen, die als Freizeitwohnungen genutzt werden usw. zu erhalten. Es hat diesbezüglich bereits Initiativen von Gemeinden gegeben – ich nenne beispielsweise Innichen -, die diese Daten der Öffentlichkeit präsentiert haben, und zwar auch auf Druck der Bürger hin. Wenn man durch die Dörfer geht, so sieht man oft Wohnungen, bei denen die Rollläden das ganze Jahr über geschlossen sind, das heißt, diese Wohnungen werden nur zu Freizeit Zwecken genutzt. Das ist die eine Frage. Die andere Frage ist natürlich die Kontrolle über die Konventionierung. Wir wissen, dass es diesbezüglich eine Datenbank gibt, aber es gibt keine Möglichkeit, statistische Daten zentral abzurufen. Vor allem aber gibt es keine Möglichkeit, sich einen Gesamtüberblick zu verschaffen. Ich denke, dass wir sehr wohl eine solche Gesamt-Datenbank einrichten sollten. Diese sollte zum einen eine anonymisierte Datenbank auf Landesebene sein. Anonymisiert deshalb, weil es dort nicht unbedingt wichtig ist, die Namen der Eigentümer der entsprechenden Wohnungen zu kennen. Auf der anderen Seite sollte man auf Gemeindeebene das tun, wozu man verpflichtet wäre, nämlich eine klar unterteilte Aufstellung aufgeteilte über die Wohnungen auf Gemeindeebene zu führen und die entsprechenden Auskünfte zu erteilen. Als Gemeinderat kann man sich ohne weiteres eine Auflistung aller Zahler oder Nicht-Zahler der ICI ausdrucken lassen, aber damit hat man noch lange nicht eine Aufteilung in verschiedene Sektoren. In gewisser Weise ist man als Gemeinderat natürlich auch verpflichtet, die Datenschutzbestimmungen einzuhalten. Man kann ja nicht überall herumlaufen und sagen, dass dieser oder jener die ICI nicht bezahlt hat. Trotzdem müsste man hier eine besser aufgeschlüsselte Datenbank einrichten.

Wie Sie im beschließenden Teil des Beschlussantrages sehen, sollte die Datenbank folgende Angaben enthalten: Adresse, Nutzungsart, Konvention, Müllgebühren, Aufenthaltsabgabe, Art des Eigentümers sowie dessen Wohnsitzgemeinde. *“Die Landesregierung wird beauftragt, die Errichtung dieser örtlichen Datenbank mit einer zentralen Datenbank zu unterstützen.”* Damit würden wir uns raumordnerisch, planungspolitisch und politisch leichter tun.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP): Es ist nicht so, dass es keine Datenerhebung

geben würde. Auf Gemeindeebene gibt es sehr wohl ein Verzeichnis, in welchem die Gemeinden die konventionierten Wohnungen auflisten, sogar unterschieden nach Wohnungen mit oder ohne Förderung und mit Namen und Adresse natürlich. Das gilt auch für Müllgebühren, Trinkwasser, Abwasser usw. Diese Daten sind vorhanden, sie müssen also nicht neu gesammelt werden. Die Daten können über die Gemeinden, über das Grundbuch und Kataster entsprechend abgerufen werden. Deshalb glaube ich, dass hier nicht die Notwendigkeit besteht, etwas zu tun. Sofern die Daten nicht unter die Privacy-Bestimmungen fallen, sind sie auch für jedermann einsichtbar. Dass es da und dort an der Vernetzung fehlt, mag stimmen. Daran wird aber gearbeitet. Landesrat Berger hat hier eine Reihe von Projekten laufen, mit all den Schwierigkeiten mit der Firma, die die Arbeiten bekanntlich nicht ordnungsgemäß durchgeführt hat. Es geht also mehr um die Abrufbarkeit der Daten, die natürlich eine technische Infrastruktur voraussetzt, die landesweit aber noch nicht entsprechend funktioniert.

PÖDER (UFS): Natürlich liegen die Daten auf, aber es gibt keine zentrale Datenbank, in der alle diese Daten zusammenlaufen und abrufbar sind. Wir haben festgestellt, dass diese Daten auf Nachfrage nicht geliefert werden bzw. nicht geliefert werden können, zumindest nicht in dem Ausmaß, in dem man sie gerne hätte. Ich denke schon, dass es sinnvoll wäre, wenn diese Daten in einer zentralen Datenbank zusammenfließen würden.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 4 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 53 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 400/06 vom 8.8.2006, eingebracht von den Abgeordneten Kury und Heiss, betreffend Villanderer Alm – Nachnominierung als Natura-2000-Schutzgebiet”.**

Punto 53) dell’ordine del giorno: **“Mozione n. 400/06 del 8.8.2006, presentata dai consiglieri Kury e Heiss, riguardante l’Alpe di Villandro – designazione quale sito Natura 2000”.**

*Villanderer Alm - Nachnominierung als Natura 2000 Schutzgebiet
In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird gegenwärtig ein Netz von Schutzgebieten errichtet, das den Namen "Natura 2000" trägt. In diesem ökologischen System sollen bedrohte Tier- und Pflanzenarten sowie Lebensraumtypen geschützt und in ihrer langfristigen Existenz gesichert werden. Die Europäische Kommission hat festgestellt, dass für die alpine biogeografische Region die Lebensräume*

4070 = Buschvegetation und 7140 = Übergangs- und Schwingrasenmoore unzureichend ausgewiesen worden sind.
Diese Mängel sollen gemäß Schreiben des Umweltministeriums vom 28. Juli 2005 mit der Ausweisung der Villanderer Alm, wo diese Lebensräume vorkommen, abgedeckt werden.

DER SÜDTIROLER LANDTAG

fordert

die Landesregierung auf, die Nachmeldung der Villanderer Alm als Natura 2000 Schutzgebiet unverzüglich vorzunehmen;
keine Entscheidungen über bauliche Erweiterungen oder Veränderungen auf der Villanderer Alm zu treffen, so lange nicht die Nachmeldung als Natura 2000 Schutzgebiet rechtmäßig erfolgt und bestätigt ist.

Alpe di Villandro - designazione quale sito Natura 2000

Gli stati membri dell'Unione europea stanno istituendo una rete di siti protetti con il nome di "Natura 2000". In questo modo si provvederà alla tutela di specie animali e piante a rischio di estinzione nonché di habitat naturali, garantendone il mantenimento a lungo termine. La Commissione europea ha rilevato che per quanto riguarda la regione biogeografica alpina sono state individuate troppo poche boscaglie (codice 4070) e torbiere di transizione e instabili (codice 7140). Secondo la lettera del 28 luglio 2005 del Ministro dell'Ambiente a questa mancanza si può sopperire designando l'Alpe di Villandro che ospita questi tipi di habitat.

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

invita

la Giunta provinciale a provvedere quanto prima a inserire l'Alpe di Villandro nell'elenco dei siti Natura 2000;
a non prendere alcuna decisione riguardo a eventuali ampliamenti o modifiche edilizie sull'Alpe di Villandro fino a quando non sarà stato effettuato e confermato l'inserimento dell'Alpe nell'elenco dei siti Natura 2000.

Frau Abgeordnete Kury, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke, Frau Präsidentin! Auf europäischer Ebene gibt es wichtige Richtlinien. Eine davon ist die Richtlinie für Natura 2000 bzw. die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie aus dem Jahre 1994, über die gestern auch im Rahmen der Behandlung des Jagdgesetzes in der zuständigen Gesetzgebungskommission gesprochen wurde, und zwar in Zusammenhang mit den Abschlussplänen von bedrohten Tierarten. Parallel dazu gibt es auch noch eine andere wichtige Richtlinie, nämlich die Vogelschutzrichtlinie. Diese beiden wichtigen europäischen Richtlinien zum Schutz der heimischen Pflanzen- und Tierwelt sind in Südtirol noch immer nicht vollständig umgesetzt worden. Nun geht man langsam daran, Teile davon zu rezipieren, so unter anderem auch gestern bei der Behandlung des Jagdgesetzes in der zuständigen Gesetzgebungskommission,

wobei allerdings der große Teil, nämlich die Rezeption des Schutzes des Lebensraumes, immer noch aussteht.

Die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie schreibt vor, dass jeder Mitgliedsstaat der EU eine bestimmte Anzahl von geschützten Gebieten ausweisen muss, mit dem Ziel, die heimische Flora und Fauna zu schützen. Dabei sind natürlich auch klare Vorschriften vorgesehen, die unter anderem vorsehen, dass die Biodiversität respektiert werden muss. Man kann also nicht nur einen Typ an Schutzgebieten ausweisen. Nun hat Südtirol eine Reihe von Vorschlägen zur Ausweisung von Schutzgebieten gemacht, die auch in einer schönen Broschüre aufscheinen. Ich zitiere aus dem Landschaftsleitbild: *“Bei dieser Ausweisung der Schutzzonen wurde zwar ein beträchtlicher Teil der Landesfläche in diese Schutzkategorie gestellt, dennoch sind in Bezug auf die Repräsentativität hauptsächlich die montanen bis alpinen Lebensräume abgedeckt. Andere für Südtirol sehr typische Kategorien sind hingegen nicht oder nur zu einem geringen Prozentsatz erfasst.”* Man hat also vor allem die nicht bewohnten Gebiete unter Schutz gestellt, während andere wichtige Gebiete vernachlässigt worden sind. Ein solches Gebiet ist sicher die Villanderer Alm. Internationale Experten sind sich einig, dass es sich bei der Villanderer Alm um ein einzigartiges Hochmoor handelt. Die Qualifikation “Moor” spielt auch für den Erhalt der Biodiversität eine wichtige Rolle, und auch hier möchte ich aus dem Landschaftsleitbild zitieren, in dem steht, dass vor allem die Trockenlegung bzw. Nicht-Schützung von Feuchtgebieten ein Anlass für den besorgniserregenden Rückgang der Artenvielfalt ist. Das Naturmuseum hat kürzlich eine “rote Liste” der Pflanzen herausgegeben, wobei eindeutig nachgewiesen wurde, dass bei uns bereits 30 Prozent der Pflanzenarten ausgestorben bzw. stark bedroht sind. Von der “roten Liste” der Tiere spreche ich gar nicht, denn diese ist nicht mehr aktuell.

Ich komme zum Schluss. Europa hat Italien mehrmals aufgefordert, endlich der in der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie enthaltenen Verpflichtung nachzukommen und jene Fläche auszuweisen, die die Biodiversität berücksichtigen. Das Land ist dieser Verpflichtung im Jahr 2002 kurz nachgekommen und hat einige Gebiete nachnominiert, aber die Nominierung des wichtigsten Reservoirs der natürlichen Artenvielfalt, das wir haben, nämlich der Villanderer Alm, steht noch aus. Wir haben das schon oft besprochen und Landesrat Laimer sagt immer wieder, dass man dabei sei, die Villanderer Alm nachzunominieren, aber inzwischen wird auf der Villanderer Alm weiter gebaut. Deshalb ersuchen wir dringendst, der internationalen Verpflichtung nachzukommen und die Villanderer Alm unter Schutz zu stellen.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP): Das Land Südtirol hat vor vielen Jahren nach einer sehr langen Vorarbeit eine Vielzahl von Natura-2000-Gebieten ausfindig gemacht und der

EU gemeldet. Nachdem das Land Südtirol flächendeckend Landschaftspläne, Gebietspläne, Naturparke und auch einen Nationalpark hat, sind die wertvollsten Naturelemente bereits seit vielen Jahren unter Schutz gestellt. Aufgrund der EU-Vorgabe hat Südtirol dann Meldungen gemacht, wobei es sich zum Großteil natürlich um Teile der Naturparks und Biotope handelt.

Schwierigkeiten gibt es in Bezug auf die Villanderer Alm, aber Sie tun so, als ob es auf der Villanderer Alm gar keinen Schutz geben würde. Die Villanderer Alm ist unter Schutz gestellt! Es gibt einen Landschaftsplan, in welchem die verschiedenen Kategorien aufgezählt, kartografisch analysiert und entsprechend unter Schutz gestellt sind. Da ist bereits Schutz ausgesprochen! Durch Natura 2000 käme lediglich der Name hinzu, sonst nichts, Frau Kury! Sie wissen, dass es in Villanders große Schwierigkeiten gibt und die Gemeindeverwaltung entschieden dagegen ist. Hier muss man mit den Gemeindevertretern reden, denn sonst nützt die Schutzkategorie nichts bzw. man könnte sogar das Gegenteil erreichen. Wir sind bemüht, den Dialog mit der Gemeinde Villanders aufzubauen, aber dazu braucht es auch die nötige Zeit. Sie wissen genau, dass die derzeitigen Schutzbestimmungen ausreichend sind, um eine Verbauung oder gar Zerstörung zu unterbinden. Wir alle wissen, dass das Moor auf der Villanderer Alm ein besonderes Naturelement darstellt, und Sie dürfen davon ausgehen, dass es auch in Zukunft erhalten bleiben wird.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich bin eigentlich von etwas anderem ausgegangen, nämlich davon, dass man internationale Verpflichtungen einzuhalten hat, und zwar auch als autonome Provinz. Sie haben indirekt bestätigt, dass das Land Südtirol von Italien mehrmals aufgefordert worden ist, diese Liste zu ergänzen. Es ist beschämend, dass wir als Land Südtirol, die wir auf jedem Werbeprospekt mit unserer Natur prahlen, nicht imstande sind, internationale Verpflichtungen einzuhalten. Ich empfinde es auch als beschämend, wenn gegen Italien Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden, weil wir den europäischen Richtlinien nicht entsprechen. Es gibt eine ganze Reihe von Vertragsverletzungsverfahren wegen uns, weil in Natura-2000-Gebieten Arbeiten durchgeführt worden sind, die man dort nicht hätte durchführen dürfen. Machen wir uns bitte nichts vor! Wenn bestimmte wirtschaftliche Interessen bestehen, dann haben Sie am Montag in der Sitzung der Landesregierung dagegen zu kämpfen, dass der Landschaftsplan nicht abgeändert wird. Wenn in Ihrem Landschaftsleitbild steht, dass es an der Zeit ist, die montanen und alpinen Gebiete, die als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen worden sind, mit anderen Gebieten zu ergänzen, und Sie mir dann sagen, dass die Villanderer Alm nicht als Natura-2000-Gebiet ausgewiesen werden wird, dann helfen die allerschönsten Fachpläne nichts. Sie wissen besser als ich, dass auf der Villanderer Alm Berggasthöfe und Wanderwege ausgebaut, Speicherbecken errichtet werden usw., weil man den Landschaftsplan ändern kann. Sie wissen, was in den letzten Jahren mit der Gasserhütte passiert ist. Und das alles auf der Villanderer Alm, etwas Einzigartigem, was

Südtirol zu bieten hat! Ich ersuche meine Kolleginnen und Kollegen wirklich darum, mich bei diesem Ansinnen zu unterstützen! Landesrat Laimer, ich weiß schon, dass die Gemeinde Villanders mit der Ausweisung der Villanderer Alm als Natura-2000-Gebiet nicht einverstanden ist, aber Sie sollten der Gemeinde klarmachen, dass wir als Land Südtirol internationale Verpflichtungen einzuhalten haben. Da geht es nicht um die Gemeindeautonomie, sondern es geht darum, Vertragsverletzungsverfahren zu vermeiden.

Ich ersuche um namentliche Abstimmung.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione sulla mozione, per appello nominale, come richiesto dalla consigliera Kury e da altri due consiglieri:

KLOTZ (UFS): Ja.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ja.

LADURNER (SVP): (Abwesend)

LAIMER (SVP): Nein.

LAMPRECHT (SVP): Nein.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ja.

MAIR (Die Freiheitlichen): Ja.

MINNITI (AN): (Assente)

MUNTER (SVP): Nein.

MUSSNER (SVP): (Abwesend)

PAHL (SVP): (Abwesend)

PARDELLER (SVP): (Abwesend)

PASQUALI (Forza Italia): Sì.

PÖDER (UFS): Ja.

SAURER (SVP): Nein.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Sì.

SIGISMONDI (AN): Sì.

STIRNER BRANTSCH (SVP): Nein.

STOCKER (SVP): Nein.

THALER (SVP): (Abwesend)

THALER ZELGER (SVP): Nein.

THEINER (SVP): Nein.

UNTERBERGER (SVP): (Abwesend)

URZÌ (AN): Sì.

WIDMANN (SVP): Nein.

BAUMGARTNER (SVP): Nein.

BERGER (SVP): (Abwesend)

CIGOLLA (Il Centro): No.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):
Sì.

DENICOLÒ (SVP): Nein.

DURNWALDER (SVP): (Abwesend)

FRICK (SVP): Nein.

GNECCHI (Pace e diritti – Insieme a sinistra – Frieden und Gerechtigkeit – Gemeinsam Links): No.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): (Abwesend)

KASSLATTER MUR (SVP): (Abwesend)

Do lettura dell'esito della votazione: 10 voti favorevoli e 13 voti contrari. Pertanto la mozione è respinta.

Punto 54) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 401/06 del 10.8.2006, presentata dai consiglieri Kury e Heiss, riguardante LEROP – piano di settore ‘Linee guida natura e paesaggio in Alto Adige’”.**

Punkt 54 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 401/06 vom 10.8.2006, eingebracht von den Abgeordneten Kury und Heiss, betreffend LEROP-Fachplan ‘Landschaftsleitbild Südtirol’ – Umsetzung Maßnahmenkatalog”.**

LEROP - piano di settore "Linee guida natura e paesaggio in Alto Adige" - attuazione dei provvedimenti previsti

Il 2 settembre 2002 la Giunta provinciale ha definitivamente approvato il piano di settore del LEROP "Linee guida natura e paesaggio in Alto Adige". Dal punto di vista del contenuto il piano ha ricevuto generali apprezzamenti. Tuttavia le associazioni ambientaliste e i Verdi hanno criticato il fatto che si tratta di un insieme di propositi non vincolanti che non hanno alcun valore prescrittivo. Altri piani di settore del LEROP (piste da sci, impianti di risalita, cave e torbiere, impianti sportivi ecc.) contengono invece prescrizioni vincolanti e ne è conseguito l'immediato inserimento nei piani urbanistici oppure sono stati realizzati gli interventi previsti. Nelle Linee guida natura e paesaggio è pur sempre prevista tutta una serie di provvedimenti, per cui entro 1 o 2 anni (vale a dire entro il 2004) si sarebbe dovuto attuare quanto segue:

riduzione del numero di capi di bestiame per ettaro di prato

contenimento della dispersione abitativa

estensione della tutela generica del paesaggio a tutto il territorio provinciale

tutela per legge per tutte le zone umide

estensione della tutela dei boschi ripariali

tutela per legge di tutte le torbiere esistenti

tutela per legge di nuove specie animali e vegetali

determinazione di nuove zone edificabili solo se conciliabili con i piani paesaggistici

*mantenimento del corso naturale dei fiumi
nel caso di interventi importanti elaborazione di progetti di riqualificazione ecologica*

piani per la gestione del verde residenziale

Questa lista, che si potrebbe anche allungare, mostra come la Giunta provinciale sia in grave ritardo con l'attuazione di queste linee guida. Oltre a ciò vengono continuamente prese decisioni in netto contrasto con quanto affermato in questo piano di settore che la Giunta ha pur sempre approvato: per esempio, nei soli ultimi mesi nei piani paesaggistici di Gais, Prato allo Stelvio e Lasa la Giunta provinciale ha cancellato ca. 100 ettari di bosco ripariale, zone umide e torbiere dai biotopi tutelati per legge, autorizzato aree turistiche all'interno di aree di rispetto con divieto di costruzione e approvato progetti per la realizzazione di nuove centrali idroelettriche lungo torrenti.

Tutto ciò premesso,

*IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
invita*

la Giunta provinciale a occuparsi al più presto delle misure da tempo necessarie, previste dalle Linee guida natura e paesaggio, approvate dalla Giunta stessa, provvedendo alla loro attuazione.

LEROP-Fachplan "Landschaftsleitbild Südtirol" - Umsetzung Maßnahmenkatalog

Am 2. September 2002 hat die Landesregierung den LEROP-Fachplan "Landschaftsleitbild Südtirol" endgültig genehmigt. Inhaltlich wurde der Plan allgemein gelobt. Schutzverbände und Grüne bemängelten jedoch, dass es sich um eine Sammlung unverbindlicher Vorschläge handelt, da rechtsverbindliche Vorschriften fehlten. Diese sind nämlich in anderen LEROP-Fachplänen (Skipisten, Aufstiegsanlagen, Schottergruben, Sportstätten, usw.) sehr wohl enthalten und führten zu unmittelbaren Bauleitpläneintragungen bzw. Realisierung der vorgesehenen Eingriffe. Immerhin findet sich im Landschaftsleitbild ein Maßnahmenkatalog. Demnach war innerhalb 1-2 Jahren (d.h. innerhalb 2004) u. a. Folgendes umzusetzen:

verringertes Viehbesatz pro Hektar Wiese

Vermeiden von Zersiedelung

Ausdehnung des generellen Landschaftsschutzes auf das ganze Land

gesetzlicher Schutz für alle Feuchtbiotop

Ausdehnung des Schutzes von Auwäldern

gesetzlicher Schutz aller Torfvorkommen

gesetzlicher Schutz für weitere Tier- und Pflanzenarten

neue Bauzonen nur in Abstimmung mit den Landschaftsplänen

Erhaltung der natürlichen Flussläufe

landschaftspflegerische Begleitpläne bei größeren Eingriffen

Grünordnungspläne im Siedlungsbereich

Die Liste, die sich fortsetzen ließe, zeigt, dass die Landesregierung mit der Umsetzung des Landschaftsleitbildes schwer im Rückstand ist.

Darüber hinaus werden ständig Beschlüsse gefasst, die im eklatanten Widerspruch zu den Aussagen des selbst beschlossenen LEROP-Fachplanes sind: Allein in den letzten Monaten wurden von der Landesregierung z. B. in den Landschaftsplänen von Gais, Prad und Laas

für rund 100 Hektar Auwald, Feuchtgebiete und Torfmoos der gesetzliche Biotopschutz gestrichen, Tourismuszonen in geschützten Bannzonen mit Bauverbot genehmigt und weitere Elektrizitätswerke in natürlichen Bachläufen gutgeheißen.

All dies vorausgesetzt,

fordert

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung auf, die überfälligen Maßnahmen, die das von ihr genehmigte Landschaftsleitbild vorsieht, dringend in Angriff zu nehmen und in die Tat umzusetzen.

La parola alla consigliera Kury per l'illustrazione.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke, Herr Präsident! Ich freue mich darüber, dass doch einige Abgeordnete im Saal sind, um über diesen Beschlussantrag zu diskutieren. Es gibt den LEROP, der allerdings schon seit knapp zwei Jahren abgelaufen ist. Dieser wird in den einzelnen Fachplänen konkretisiert. Einer dieser Fachpläne nennt sich Landschaftsleitbild. Er ist im September 2002 verabschiedet worden, und es gab damals eine recht angeregte Diskussion, da die Leute landauf, landab mit diesem Plan einverstanden waren, weil er eine integrierte Zusammenschau über Lebensschutz generell zum Inhalt hatte. Eine wichtige Rolle spielt hier beispielsweise der Gewässerschutz, und ich möchte sagen, dass es schon anachronistisch ist, was wir machen. Einerseits verkauft Landesrat Laimer dieses Landschaftsleitbild in Form von Broschüren an Schulen, andererseits werden Anträge, die die Umsetzung dieses Landschaftsleitbildes fordern, abgelehnt, mit zum Teil auch ziemlich arroganten Bemerkungen. Im Landschaftsleitbild ist die Ausweisung von eindeutigen Schutzabschnitten von noch unverbauten Gewässern eine der Maßnahmen, die dringend gefordert wird.

Ich habe im Beschlussantrag jene Maßnahmen aufgelistet, die im Landschaftsleitbild als vordringlich aufgezählt worden sind, und zwar quer durch den Gemüsegarten. Am Ende dieses Landschaftsleitbildes gibt es eine Zusammenschau der Maßnahmen, wobei klar definiert ist, welche Maßnahmen dringend und insofern kurzfristig umzusetzen sind. Die im Beschlussantrag aufgelisteten Maßnahmen sind alle dringlich und sollten innerhalb von ein bis zwei Jahren umgesetzt werden. Nachdem das Landschaftsleitbild im September 2002 verabschiedet worden ist, hätten diese Maßnahmen spätestens bis September 2004 umgesetzt werden sollen. Wir sind jetzt im Juni 2007 und alle diese Maßnahmen stehen weiterhin nur auf dem Papier. Deshalb möchte ich fragen, wozu Fachpläne eigentlich dienen. Sind sie reine Beschäftigungstherapien für die Landesregierung, für die Landesverwaltung? Sind sie reine Publicity für den zuständigen Landesrat oder haben sie doch einen bindenden Charakter? Im Grund genommen müssten diese Pläne den höchsten Schutzrang

haben, zumal sie die Konkretisierung unseres Hauptplanungsinstrumentes, nämlich des LEROP's, sind. Ich zitiere ein paar Dinge, damit wir merken, dass die Umsetzung des Landschaftsleitbildes tatsächlich eine Veränderung im Umgang mit unserer Umwelt mit sich gebracht hätte. Südtirol ist alpenweit wohl jenes Land mit dem höchsten Viehbesatz. Einer der Schwerpunkte im Landschaftsleitbild ist der verringerte Viehbesatz pro Hektar Wiese, und ich wollte Landesrat Laimer noch daran erinnern, dass die Südtiroler Geologen, wenn sie sich treffen, nicht mit dem Vater Unser, sondern mit einem Loblied auf die Villanderer Alm und ihre Einzigartigkeit beginnen. Weitere Punkte im Landschaftsleitbild sind die Vermeidung von Zersiedelung, die Erhaltung der natürlichen Flussläufe, die Umsetzung der angekündigten Instrumente usw. Während wir das beschlossen haben, sind in Gais, Prad und Laas 100 Hektar Auwald verschwunden. Es ist peinlich, dass der Landtag die Landesregierung dazu verpflichten muss, die Maßnahmen, die die Landesregierung selbst beschlossen hat, umzusetzen. Wir sind fünf Jahre in Verzug, vielleicht sollten sie im sechsten Jahr doch endlich umgesetzt werden!

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie - SVP): Das Landschaftsleitbild Südtirol ist, wie Sie gesagt haben, ein Fachplan des LEROP's. Die Verfasser dieses Leitbildes haben seinerzeit der Landschaftspolitik des Landes ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Die Inhalte dieses Fachplanes sind als Zielvorgaben formuliert. Es handelt sich um eine Entwicklungsbeschreibung, die die Leitplanken für die Entwicklung in diesem Bereich formuliert. Es handelt sich um ein sehr umfassendes Thema, das in viele Bereiche hineinwirkt, von der Bauleitplanung über die Landschaftsplanung bis hin zur Landwirtschaft.

Mehrere Maßnahmen bedingen aber auch viele andere Voraussetzungen. So zum Beispiel ist ein verringerter Viehbesatz pro Hektar Wiese eine Grundvoraussetzung für viele weitere Maßnahmen. Hier hat Landesrat Berger sehr wohl terminliche Vorgaben gemacht. Sie können den Bauern ja nicht von heute auf morgen die Großvieheinheiten wegnehmen! Wer von der Landwirtschaft lebt, braucht Einnahmen! Da braucht es schon auch seine Zeit. Das Landschaftsleitbild hat auf jeden Fall dazu beigetragen, dass eine öffentliche Diskussion über dieses Thema stattgefunden hat. Man hat verstanden, dass man die Gesamtheit sehen und bewerten muss und eine Lösung der Probleme nur in der Gesamtbewertung liegt. Deshalb liegt kein Vergehen gegen das Landschaftsleitbild vor. Im Gegenteil, wir befinden uns genau auf diesem Weg einer nachhaltigen Entwicklung.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Mir fehlen die Worte! Ich möchte Landesrat Laimer empfehlen, einmal einen Blick in das Landschaftsleitbild zu werfen. Offensichtlich kennt er es nämlich nicht! Es gibt ein Schlusswort, und zwar mit dem Titel "Zusammenschau der Maßnahmen". Darunter

sind dann die Maßnahmen im Bereich der Vorsorgestrategie aufgezählt. Unter dem Stichwort "Viehwirtschaft" steht "Festlegung des verringerten Viehbesatzes". Daneben ist ein blaues Pünktchen, und darunter wird dann beschrieben, was das bedeutet, nämlich, dass diese Maßnahme sehr wichtig ist und innerhalb von ein bis zwei Jahren umgesetzt werden sollte. Verehrter Herr Landesrat, ich empfinde es als eine Provokation, mir zu sagen, dass ich doch verstehen müsse, dass man doch nicht von heute auf morgen den Bauern den Viehbestand reduzieren könne. Das habe ich nie gesagt! Ich habe lediglich gesagt, dass man innerhalb von zwei Jahren, wie von der Landesregierung beschlossen, einen verringerten Viehbesatz pro Fläche festzulegen hat. Sonst machen Sie sich nämlich lächerlich, weil Sie offensichtlich nicht imstande sind, das, was Sie eigentlich wollen, umzusetzen! Mir zu erzählen, dass man in Bezug auf die Umsetzung des Landschaftsleitbildes auf gutem Wege sei, wenn genau all jene Maßnahmen, die im Leitbild aufgezählt sind und als dringlich definiert worden sind, nicht umgesetzt werden, ist wirklich nicht logisch. Oft denke ich, dass wir in unterschiedlichen Welten leben! Man erzählt der Menschheit einfach etwas, aber in Wirklichkeit will man ganz etwas anderes! Dieser Logik, Herr Landesrat, möchte ich mich nicht anschließen. Ich hoffe, dass der zukünftige LEROP besser angegangen wird, und zwar indem man wirklich auch etwas für Südtirol tut, um nicht nur bei den nächsten Wahlen mehr Stimmen zu bekommen. Ich stelle nämlich generell fest, dass man ausschließlich den Wirtschaftslobbys nachläuft, ohne Rücksicht auf Verluste, um bei den nächsten Landtagswahlen noch einmal ein kleines bisschen an Stimmen sammeln zu können. Alles Soziale und Ökologische geht den Bach hinunter, was ich sehr bedauere!

PRESIDENTE: Metto in votazione la mozione n. 401/06: respinta con 6 voti favorevoli, 11 voti contrari e 1 astensione.

Punto 59) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 406/06 del 15.9.2006, presentata dalla consigliera Klotz, riguardante il rinnovo della patente di guida – difficoltà"**.

Punkt 59 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 406/06 vom 15.9.2006, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend die Erneuerung des Führerscheins – Belastungen"**.

*Rinnovo della patente di guida - difficoltà
Anche se la Provincia ha ottenuto ufficialmente la competenza per la motorizzazione, la procedura per il rinnovo della patente di guida*

passa ancora per il Ministero dei Trasporti a Roma. Quando una patente è scaduta, al cittadino viene rilasciato un permesso provvisorio, riconosciuto sul territorio dello Stato italiano, ma non "all'estero" ovvero in Austria, Germania ecc. Solo dopo aver applicato l'adesivo del Ministero dei Trasporti di Roma, la patente è di nuovo valida dappertutto. L'Ufficio motorizzazione della Provincia fa sapere che in alcuni casi ci vogliono 5-6 mesi per avere l'adesivo che spesso contiene anche errori e non solo nella dicitura del nome.

Questa situazione è particolarmente grave per i dipendenti delle ditte di trasporti, il cui lavoro dipende dalla validità della patente. Molti hanno tentato la strada della patente "internazionale", ma anche lì ci sono problemi nel vicino "estero", ovvero nel Tirolo del Nord e in Austria in generale. L'Ufficio motorizzazione della Provincia non si limita a registrare questi problemi, ma ne è anche direttamente coinvolto, perché i conducenti vanno lì a protestare. Tuttavia i funzionari di quell'ufficio provinciale non possono fare niente, perché la questione non rientra fra le loro competenze.

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

incarica

pertanto la Giunta provinciale di fare tutto il possibile, anche tramite i parlamentari sudtirolesi a Roma, per arrivare a una rapida soluzione di questo problema che minaccia l'esistenza lavorativa di molte persone.

Erneuerung des Führerscheins - Belastungen

Obwohl das Land offiziell die Zuständigkeit für die Motorisierung bekommen hat, läuft die Prozedur bei den Führerschein-Erneuerungen immer noch über das Transportministerium in Rom. Ist ein Führerschein verfallen, so bekommt der Bürger eine provisorische Fahrgeheimung, die zwar im Staatsgebiet Italien, jedoch nicht im sog. Ausland (Österreich, Deutschland usw.) anerkannt wird. Erst wenn das "Pickerle" aus dem Transportministerium in Rom eingeklebt ist, gilt der Führerschein wieder überall. Nach Auskunft des Motorisierungsamtes des Landes dauert es in manchen Fällen 5 bis 6 Monate, bis dieses "Pickerle" kommt, häufig enthält es auch Fehler, nicht nur was die Schreibung der Namen anbelangt.

Besonders schwerwiegend ist diese Situation für die Angestellten von Transportunternehmen, deren Existenz berufsbedingt von der Gültigkeit des Führerscheins abhängt. Viele haben es mit dem Weg über einen "internationalen" Führerschein probiert, aber auch da gibt es im benachbarten "Ausland", also in Nordtirol und Österreich generell Probleme. Das Motorisierungsamt des Landes kennt diese Probleme nicht nur, sondern ist selbst auch direkt betroffen, weil die Fahrzeuglenker ihm die Türen einrennen. Aber die Beamten dieses Landesamtes haben nicht die Möglichkeiten, diese Probleme zu lösen, weil es nicht in ihre Zuständigkeit fällt.

DER SÜDTIROLER LANDTAG

beauftragt

deshalb die Landesregierung, alle Anstrengungen zu unternehmen, auch über die Südtiroler Parlamentarier in Rom, um die schnellst mögliche Lösung dieses für viele existenzbedrohenden Problems zu erreichen.

La parola alla consigliera Klotz per l'illustrazione della mozione.

KLOTZ (Südtiroler Freiheit – Freies Bündnis für Tirol): Der Beschlussantrag datiert mit dem 15. September 2006. Inzwischen haben sich einige Stellen mit diesem Problem befasst, aber gänzlich gelöst ist es noch nicht. Auch das Motorisierungsamt des Landes hat bestätigt, dass es bei der Erneuerung des Führerscheines Probleme gibt, und zwar vor allem für jene, die den Führerschein berufsbedingt vor allem im sogenannten Ausland brauchen. Wenn der Führerschein verfällt, dann wird eine provisorische Fahrgenehmigung ausgestellt, wobei es oft sehr lange dauert – beim Motorisierungsamt hat man bestätigt, dass es teilweise sogar fünf bis sechs Monate sind -, bis man den neuen Führerschein erhält. Viele kleine Transportunternehmer sind in arge Bedrängnis geraten, weil die provisorische Fahrgenehmigung im sogenannten benachbarten Ausland nicht anerkannt wird. Viele haben es dann mit dem sogenannten internationalen Führerschein versucht, aber auch da gab es große Probleme, weil die Ausstellung des internationalen Führerscheins an die Voraussetzungen auf staatlicher Ebene gekoppelt ist. Auch dieser Weg hat also nicht funktioniert. Das Motorisierungsamt klagt darüber, dass sehr viele Leute protestieren, und es ist natürlich sehr schwierig, den Leuten klar zu machen, dass das Motorisierungsamt des Landes nicht für die Verlängerung von Führerscheinen zuständig ist. Jeder, der den Führerschein hat erneuern müssen, kennt die Prozedur, und sie ist umso schwerfälliger und zeitaufwendiger, wenn dann noch Fehler enthalten sind, die man sofort melden muss. Wie gesagt, das sind Hürdenläufe sondergleichen! Deshalb soll der Südtiroler Landtag die Landesregierung beauftragen, alle Anstrengungen zu unternehmen, auch über die Südtiroler Parlamentarier in Rom, um eine schnellstmögliche Lösung dieses für viele existenzbedrohenden Problems zu erreichen. Letzten Endes geht es aber auch um die Frage, wann es endlich soweit sein wird, dass das Land die Zuständigkeit für die Ausstellung und Verlängerung der Führerscheine übernehmen kann. Das ist schon eine Herausforderung für das Land Südtirol, denn das sind halbe Sachen. Man sieht ja an den Schwierigkeiten für unsere Bürger, dass diese halben Sachen im Grunde genommen eine Zumutung sind.

WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen – SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Klotz, Sie haben vollkommen Recht, wenn Sie sagen, dass dieser Zustand unzumutbar ist. Theoretisch haben wir ja die Zuständigkeit für die Erneuerung der Führerscheine, aber wir müssen die Unterlagen dann an das zentrale Führerscheineamt nach Rom schicken. Oft warten wir Monate, bis wir das sogenannte "Pickerl" bekommen und dann die Auslandszulassung durchführen können. Vor

allem für Berufsfahrer, aber auch für Vertreter usw. ist die ganze Sache nicht zumutbar.

Wir sind bestrebt, verschiedene Kompetenzen im Bereich der Motorisierung zu übernehmen. Das gilt auch für die Verfahrensregeln vom Verwaltungsweg her. Die Kompetenzen nützen uns ja nichts, wenn wir die Daten sowieso alle nach Rom schicken müssen! Diesbezüglich stimme ich Ihnen also vollkommen zu. Der beschließende Teil des Beschlussantrages kann so aber nicht stehen gelassen werden, denn wir unternehmen schon seit Jahren Anstrengungen in dieser Hinsicht. Es hat verschiedene Treffen mit dem Generaldirektor des Transportministeriums in Rom gegeben. Außerdem haben wir mehrere Briefe an Minister Bianchi geschrieben. Des Weiteren haben wir unseren Senatoren in Rom mehrere Vermerke geschickt, um bei verschiedenen Gesetzesinitiativen auf diesen Missstand hinzuweisen. Ich wäre bereit, dem Beschlussantrag zuzustimmen, wenn der beschließende Teil des Beschlussantrages folgendermaßen abgeändert würde: "Der Südtiroler Landtag fordert die Landesregierung auf, auch weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, ..."

KLOTZ (Südtiroler Freiheit – Freies Bündnis für Tirol): Ich nehme diese Anregung gerne auf. Ich nehme zur Kenntnis, dass diesbezüglich Anstrengungen unternommen worden sind und das zuständige Amt dahinter ist. Ich ersuche also darum, den beschließenden Teil so abzuändern, wie von Landesrat Widmann vorgeschlagen. Danke!

PRÄSIDENTIN: Va bene. La parte impegnativa della mozione viene così modificata: "... incarica la Giunta provinciale a continuare a fare tutto il possibile, ...".

Votiamo sulla mozione così modificata: approvata all'unanimità.

Punto 69) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 413/06 del 12.10.2006, presentata dai consiglieri Urzì, Minniti e Sigismondi, riguardante monitoraggio sulla qualità della lingua italiana in Alto Adige**".

Punkt 69 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 413/06 vom 12.10.2006, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Minniti und Sigismondi, betreffend Überwachung der Qualität der italienischen Sprache in Südtirol**".

*Monitoraggio sulla qualità della lingua italiana in Alto Adige
In provincia di Bolzano l'uso della lingua italiana mostra, in termini
qualitativi, disattenzione verso le regole della linguistica e della gram-
matica con conseguenze talvolta grottesche.*

Ciò deriva molto spesso dalla "traduzione" dei testi dalla lingua tedesca, quindi dalla mancanza di originalità degli stessi che sono un adattamento di un testo che ha la versione originale in una lingua diversa rispetto a quella italiana. Ma accade anche che la lingua mostri una degenerazione che deriva dall'isolamento sempre maggiore dei parlanti la stessa, in contesti particolari come quelli periferici.

Così non è infrequente che per esempio si utilizzino parole come "placati" per "manifesti", attingendo dalla forma linguistica tedesca della parola, così come nella Svizzera italiana si definisce "azione" una "promozione".

Ciò se da un lato ciò mostra una predisposizione positiva all'integrazione, anche linguistica, dall'altra impoverisce il profilo linguistico della comunità di lingua italiana esponendola a una degenerazione dei propri riferimenti culturali, che affondano in primo luogo nella lingua.

La Provincia ha la necessità di affinare da subito un programma teso a costituire nuclei di valutazione e monitoraggio permanente sulla qualità della lingua italiana usata e scritta (in particolare nelle comunicazioni della burocrazia nei riguardi dei cittadini) al fine di correggere eventuali incertezze che dovessero manifestarsi in termini significativi e oltre la soglia di allarme.

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna

la Giunta provinciale a studiare sin d'ora forme di collaborazione con Atenei, Centri di valutazione linguistica o istituendo Consiglio superiore della lingua italiana al fine di garantire l'avvio di un monitoraggio ed una valutazione dei livelli qualitativi della lingua italiana usata nel territorio altoatesino al fine di proporre ausili opportuni al mantenimento dei migliori standard qualitativi.

*Überwachung der Qualität der italienischen Sprache in Südtirol
In der Provinz Bozen werden beim Gebrauch der italienischen Sprache die grammatikalischen und linguistischen Regeln häufig missachtet, was zum Teil zu grotesken Wortschöpfungen führt.*

Dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich vorwiegend um Übersetzungen aus dem Deutschen handelt, wir es also nicht mit Originaltexten zu tun haben, sondern mit einer Adaptierung eines nicht italienischsprachigen Textes. Teilweise weist die Sprache auch regelrechte Degenerationserscheinungen auf, die auf die Isolation derjenigen zurückzuführen sind, die sie sprechen, besonders wenn sie auf dem Land leben.

So ist es keine Seltenheit, dass von "placati" - vom deutschen Wort "Plakat" - anstatt von "manifesti" die Rede ist, ebenso wie in der italienischen Schweiz ein Aktionsverkauf "azione" anstatt "promozione" heißt.

Obwohl es sich einerseits um eine positive Öffnung zu einer - auch sprachlichen - Integration handelt, bringt dies andererseits eine Verarmung der Sprachbeherrschung der italienischen Bevölkerungsgruppe mit sich, deren kulturellen Bezugspunkte, die ja vor allen Dingen in der Sprache wurzeln, immer weniger werden.

*Das Land muss sofort mit der Ausarbeitung eines Programms beginnen, das darauf hinausläuft, Arbeitsgruppen einzusetzen und sie damit zu betrauen, die Qualität der (vor allem in Mitteilungen der Verwaltung an die Bürger) verwendeten Schriftsprache ständig zu überwachen, um etwaigen Unsicherheiten vorzubeugen, die den Sinn verzerren und den Text unverständlich machen könnten.
All dies vorausgeschickt,*

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung, sich bereits jetzt über die Möglichkeiten einer organischen Zusammenarbeit mit Universitäten, Sprachinstituten oder dem zu errichtenden Obersten Rat für die italienische Sprache Gedanken zu machen, damit eine ständige Erfassung und Beurteilung des qualitativen Niveaus der in Südtirol verwendeten italienischen Sprache in die Wege geleitet werden kann und in der Folge gezielte Maßnahmen zur Aufrechterhaltung einer möglichst gepflegten Sprache ergriffen werden können.

La parola al consigliere Urzì per l'illustrazione della mozione.

URZÌ (AN): Sarò molto rapido, perché la mozione nella sua parte delle premesse rappresenta un quadro che è noto ai più e che riguarda una evoluzione, qualcuno l'ha chiamata anche corruzione, della lingua d'uso, la lingua italiana minoritaria nella nostra provincia, di conseguenza di una condizione demografica, culturale e linguistica della stessa comunità in provincia di Bolzano. Dove si determinano momenti di incontro, confronto, migliori delle situazioni delle integrazioni delle comunità linguistiche diverse, si determinano spesso particolari fenomeni che attengono l'uso, lo sviluppo, l'evoluzione e talvolta la corruzione della lingua. Questo è un fenomeno che da un certo punto di vista può essere definito naturale, non si può contribuire a determinati fenomeni, a delle volontà, però costituisce un elemento di attenzione e di interesse, perché laddove si sviluppa un particolare fenomeno linguistico attraverso le forme indicate, che talvolta presuppongono anche la modificazione degli usi linguistici, c'è la necessità che si attivi un interesse sul piano culturale e scientifico, e anche politico dove necessario.

A me interessa più il piano scientifico e culturale che il piano politico, ed è per questa ragione che si è ritenuto di proporre una formulazione della parte impegnativa della mozione ampia, legata alla necessità di uno studio delle forme di collaborazione con atenei, centri di valutazione linguistica, anche istituendo un Consiglio superiore della lingua italiana - leggo la parte impegnativa: *“al fine di garantire l'avvio di un monitoraggio e di una valutazione dei livelli qualitativi della lingua usata nel territorio altoatesino, al fine riproporre ausili opportuni al mantenimento dei migliori standard qualitativi”* - perché una lingua ha bisogno di una costante valutazione, soprattutto quando viene esercitata nell'ambito di un

territorio ristretto che perde, talvolta per determinate forme delle istituzioni locali, dei naturali collegamenti una forma di rapporto con il proprio retroterra culturale, quindi si sviluppa in forma talvolta autonoma.

Abbiamo citato ad esempio il caso della Svizzera dove normalmente si usano forme linguistiche che non sono ormai più d'uso nel territorio nazionale italiano e che lì hanno trovato una loro piena legittimazione non solo d'uso e popolare, ma anche scientifica e linguistica.

Studiare non significa necessariamente giudicare in positivo o in negativo, significa valutare, avere costantemente monitorato un processo evolutivo o corruttivo della lingua. Possiamo dire che ciò ha la necessità di prendere atto di una condizione, che era quella che citavamo al principio, la condizione di una comunità linguistica che si riconosce nella condizione fondamentale nell'uso di una lingua per la comunicazione orale e scritta all'interno di essa stessa e in talune aree del territorio altoatesine, che vive una sua particolarissima condizione di minoranza e che quindi presta se stessa a questo tipo di modificazione nell'arco del tempo. Questo è un dato che noi tutti abbiamo potuto prendere in considerazione anche attraverso le esperienze personali. Talvolta si usano in determinate aree del nostro territorio provinciale forme linguistiche italiane diverse dal ceppo madre. Sembrerà paradossale ma è così. Non si parla solo necessariamente di una forma linguistica che lascia il campo ad un'altra lingua, quella tedesca, si tratta di una modificazione del linguaggio italiano adeguato alle realtà locali attraverso la raccolta dal lessico locale di elementi linguistici, di forme particolari di comunicazione che poi vengono accolte nel linguaggio comune e talvolta adattate.

Ritengo che una iniziativa di questo tipo possa rappresentare un arricchimento delle conoscenze di uno dei nostri patrimoni culturali più significativi, quello della lingua di uno dei tre diversi gruppi linguistici che abitano in provincia. Auspico che la nostra proposta possa essere accolta dal Consiglio come un atto di buona volontà per valorizzare una parte del patrimonio importante di cui dobbiamo farci tutori e gestori attenti.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Nur ein paar kurze Bemerkungen zu dem, was Kollege Urzì gesagt hat. Wir würden uns wünschen, dass wir im Deutschen die Probleme hätten, die der Kollege Urzì für die italienische Sprachgruppe vorgibt zu haben. Wenn wir die Verwendung der deutschen Sprache in Südtirol betrachten, so lebt sie von hochgradiger Differenzierung, aber auch von einer weitestgehenden Verwendung des Dialektes, den man besonders im Bereich der SMS-Kontakte unserer Jugendlichen feststellen kann. Kollege Pöder, wenn Deine Kinder heranwachsen, dann wirst Du Dich wundern, welche sprachschöpferischen Formen Du bei ihren SMS vorfinden wirst.

Das zeugt einerseits davon, dass die Kreativität der Dialekt-Sprache zweifellos ausgeprägt ist, aber darunter leidet mitunter auch die Verwendung der Hochsprache. Damit will ich sagen, dass nicht alles, was die lokalen Idiome und die Hochsprache miteinander in Kontakt bringt, schlecht ist, aber das will der Kollege Urzì auch nicht unterstellen. Vom Kontakt zwischen Hochsprache und Dialekt gehen durchaus Anregungen aus, und der Kontakt zwischen der einen und anderen Sprache löst natürlich auch Anregungsfunktionen aus. Ein ähnliches Phänomen wie hier in Südtirol kann man auch im Latium und in der Toskana feststellen. Wie gesagt, in Südtirol ist es durchaus so, dass die Begegnung zwischen dem deutschen Dialekt und der italienischen Sprache zu Austausch führt, der mitunter die Reinheit der italienischen Hochsprache beeinträchtigen, aber auch zu einer gewissen Anregung führen kann. So sind etwa die Begriffe “Knödel” oder “Schlutzkrapfen” im Italienischen einmigriert. Das muss man nicht so dramatisch sehen, aber in gewisser Hinsicht teile ich den Problemansatz des Kollegen Urzì, dass es notwendig ist, einen gewissen hochsprachlichen Standard zu halten. Ich unterstütze Deine Vorstellung schon deshalb. Ich erinnere daran, dass die deutsche Sprachgruppe eine Fülle von Sprachbeobachtungsstellen eingerichtet hat, die allerdings vielfach sehr stark in Richtung einer Beschäftigungstherapie für die jeweiligen Wissenschaftlicher ausarten. Deshalb möchte ich das nicht unbedingt zur Nachahmung empfehlen.

Wie gesagt, ich teile nicht ganz Deinen pessimistischen Duktus, würde aber doch diesen Beschlussantrag unterstützen, und zwar im Hinblick darauf, dass eine gemeinsame Hochsprache nicht schaden kann und deren Pflege auch notwendig ist.

CIGOLLA (Assessore alla Cultura italiana, edilizia abitativa – Il Centro): Se fosse possibile commutare le parole “*Atenei, Centri di valutazione linguistica o l'istituendo Consiglio superiore della lingua italiana*“ con la LUB, Facoltà di scienze della comunicazione, e l'Istituto pedagogico in lingua italiana, la richiesta avrebbe un significato, premesso che nel nostro contesto altoatesino dovremmo dire che la stessa cosa vale sia per il gruppo linguistico tedesco e che per il gruppo linguistico ladino. Quindi promuovere una mozione che riguarda un solo gruppo linguistico in un'aula che comprende tre gruppi, non sarebbe molto ortodosso per lo meno dal punto di vista della pari dignità. Se poi vogliamo andare unicamente sul ceppo della qualità della lingua italiana, sarebbe opportuno che la collaborazione avvenisse con la LUB, facoltà della comunicazione, e con l'Istituto pedagogico in lingua italiana in quanto istituti specializzati per la qualità della nostra lingua italiana.

Dal momento che ci sono tre culture e tre lingue, meglio sarebbe comprendere le tre lingue, perché per lo stesso motivo anche la lingua tedesca deve essere tendenzialmente focalizzata ad avere una miglior qualità costante e continua, così come la lingua ladina, altrimenti dovremmo dire che ci sono cinque vallate che

parlano cinque idiomi come matrice semantica diversa, anche se i fonemi sono simili. Una mozione in quest'aula che coinvolga tutte e tre le lingue avrebbe un significato diverso, altrimenti lavoreremmo solo per il gruppo linguistico italiano, e questo non ha molto senso.

URZÌ (AN): Sull'ordine dei lavori. Che si lavori solo per l'italiano mi sembra un po' singolare e curiosa come affermazione, però io ho intenzione di replicare, ma ho intenzione anche di raccogliere uno stimolo che è venuto dall'assessore, cercando di sposarlo con il testo della parte impegnativa della mozione. Chiedo quindi al Presidente se posso presentare la modifica domani mattina e fare anche la replica, in modo che domani si possa concludere la discussione e andare al voto.

PRESIDENTE: Sospendiamo la mozione in attesa della modifica che il consigliere Urzì ci presenterà domani.

Il consigliere Seppi ha proposto di chiudere la seduta. Se non ci sono obiezioni accolgo la richiesta.

La seduta è tolta.

ORE 18.29 UHR

SEDUTA 132. SITZUNG

26.6.2007

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

BAUMGARTNER (55)
CIGOLLA (13, 39, 91)
GNECCHI (15)
HEISS (11, 12, 15, 16, 24, 27, 28, 31, 37, 53, 57, 69, 90)
KLOTZ (17, 18, 20, 21, 25, 26, 29, 30, 86, 87)
KURY (3, 4, 23, 45, 56, 76, 77, 82, 84)
LAIMER (4, 6, 8, 9, 22, 69, 71, 74, 77, 83)
LAMPRECHT (5, 7, 8, 21, 23)
LEITNER (12, 13, 31, 36, 40, 59, 62, 64, 65, 67, 71)
MAIR (14, 15)
MUSSNER (11, 24)
PASQUALI (44)
PÖDER (8, 10, 73, 74)
SAURER (19, 61)
SEPPI (43, 47, 48)
SIGISMONDI (54, 60)
STIRNER BRANTSCH (18, 20)
THEINER (17, 20, 25, 27, 29, 46, 56)
URZÌ (89, 92)
WIDMANN (14, 27, 31, 65, 87)